

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 27. November 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando:
Bieteljähr 3.30 Mk., monatl. 1.10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
Eingetrogen in der Post-Zeitungs-
Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die festgesetzte Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf. Für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Genossen! Auf zur Kommunalwahl! Beseitigt den Freisinn aus der Wählerklasse des Volkes! Die dritte Wählerklasse gehört der Socialdemokratie!

Zur handelspolitischen Lage.

Demnächst ist ein Jahr vergangen, seit der Exgründer der Zaura-
hütte, der Abgeordnete v. Kardorff, als Geschäftsführer einer sich in
ihren heiligsten Profitinteressen verletzt fühlenden zollkünstlichen Mehr-
heit im Reichstage jenen Antrag auf Erhebung der Zölle „nach
Rathgabe der dem Reichstage vorgelegten endgültigen Beschlüsse der
XVI. Kommission“ einbrachte, der nach äußerster Gegenwehr der
socialistischen Minderheit in der denkwürdigen Nacht vom 13. auf
den 14. Dezember zur Annahme gelangte — unterstützt durch eine
Regierung, die wiederholt durch die Hofadamsky, Richthofen und
Bermuth hatte erklären lassen, daß ein Hinanschrauben der Zölle
über die Höhe des Regierungsentwurfs den Abschluß neuer Handels-
verträge in Frage stelle, die nun aber willig den Kardorffischen
Vorgeschrittenen Schleppe dienen ließen. Als wären alle diese
Erklärungen nie gefallen, versicherte Graf Bülow am 13. Dezember
der Zollwucher Mehrheit das Einverständnis der Regierung
mit ihren zur Durchsetzung des Tarifs ergriffenen Maßnahmen
und feierte schließlich in unfeindlicher Selbstironie gar die Tarif-
reform als „großes Werk zum Segen des Vater-
landes“.

Und dieselbe Tonart schlug damals die konservative und teil-
weise auch die nationalliberale Presse an. Der schwierigste Teil des
großen Werkes sei, so hieß es, vollbracht, die Abschließung neuer
Tarifverträge bei einigem Geschick der Regierung ein relativ leichtes
Nachspiel; wußte doch das feudale Organ für König, Vaterland,
Bigotterie und Brotwucher zu melden, daß Rußland, wie diplo-
matische Sondierungen ergeben haben sollten, durchaus nicht einer
Akzeptierung der deutschen Mindest-Großgetreidezölle abgeneigt sei, wenn
den Vereinigten Staaten von Amerika nicht ebenfalls der Minimal-
zoll für Weizen zugestanden und das russische Petroleum dem
amerikanischen gegenüber begünstigt werde.

Seitdem ist ein Jahr verfloßen, aber bisher hat die Regierung
die von ihr übernommene Verpflichtung, auf Grund des „großen
Werkes“ der Kardorffischen Tarifreform neue Handelsverträge zu
stande zu bringen, nicht erfüllt. Dagegen hat sich das agrarische
Geschwätz von der Geneigtheit Rußlands zur Annahme der deutschen
Mindestzölle als bloße Erfindung zum Zweck der politischen
Stimmungsmache erwiesen. Ungeachtet der Dienstbefissenheit der
deutschen Regierung gegenüber dem Zarenreich, wie sie sich erst
jüngst wieder in der sonderbaren Verfassung deutscher Staatsbürger
wegen angeblicher Weisheit zum Hochverrat gegen das russische Reich
äußerte, hat die russische Regierung sofort nach der Annahme des
deutschen Zolltarifs mit der Aufstellung eines Gegenentwurfs geantwortet,
der sich direkt gegen den deutschen Export lehrt, indem er
ganz speziell die von der deutschen Industrie nach Rußland aus-
geführten Erzeugnisse mit Zollserhöhungen bedenk und überbies für
circa 80 Artikel der Eisen-, Maschinen- und Textilbranche Zoll-
zuschläge von 25 Proz. festsetzt, wenn diese Artikel zu Lande über
die westliche Grenze eingeführt werden.

Erst zu Anfang des August, fast acht Monate nach Bülow's Er-
klärung des Einverständnisses der Regierung mit dem Kardorffischen
Antrag, ist es dem auch der preussischen Diplomatenkunst gelungen,
die russische Regierung zu Vertragsverhandlungen zu bestimmen oder
vielmehr, wie die „Korrd. Allg. Ztg.“ mit feiner Unterscheidung ver-
sichert, nur erst zu „einleitenden Verhandlungen“, einer Vor-
konferenz zur Sondierung der gegenseitigen Standpunkte. Etwa
drei Wochen dauerten diese Vorverhandlungen in Petersburg, bei
welchen, wie die aus dem Witten'schen Finanzministerium inspirierte
russische Presse versicherte, keine der Parteien über das „Ve-
riechen“ der andern hinausgelangte; dann erklärte plötzlich Herr
Witte, dem die bei dieser Procedur wahrgenommenen Gerüche nicht
sonderlich behagt zu haben scheinen, er sei erholungsbedürftig. Die
Unterhandlungen wurden abgebrochen und die Herren v. Körner
und Bermuth reisten mit den ihnen beigegebenen Geheimräthen
wieder nach Hause.

Vor einer Woche sind die Verhandlungen von neuem auf-
genommen worden, diesmal zur Freude der Agrarier in Berlin.
Nach offiziellen Nachrichten sollen sie demnächst gefördert werden,
daß sie noch vor Weihnachten beendet werden können, damit nach
Neujahr mit der zweiten Lesung der deutsch-schweizerischen Vertrags-
vorschläge begonnen und dabei auf die Resultate der deutsch-
russischen Beratungen Rücksicht genommen werden kann. Ein selbst-
samer Optimismus! Daran, daß noch vor Weihnachten die Ver-
handlungen wieder abgebrochen werden, ist kaum zu zweifeln; man
wird nicht gern über Weihnachten tagen — aber daß bis dahin
irgend welche positiven Ergebnisse erreicht werden, ist recht
fraglich. Das Abbrechen und Wiederaufnehmen der Ver-
handlungen wird sich wohl noch etliche Male wiederholen,
bis endlich von wirklichen Resultaten gesprochen werden kann; denn
dadurch, daß Witte seine Stellung als Finanzminister verloren hat,
aber trotzdem durch kaiserliche Verfügung verantwortlicher Leiter der
Vertragsverhandlungen mit Deutschland geblieben ist, hat sich die
Lage völlig verschoben. Als wichtigstes Ziel verfolgte die Wirtschaftspolitik

Witte die Hebung der russischen Industrie, um die Kapitalkraft
Rußlands zu mehren und dieses mehr und mehr zu einer geschlossenen
selbständigen Wirtschaftseinheit auszugestalten, welche die von ihr
erzeugten Rohstoffe selbst zu fertigen Fabrikaten verarbeitet, anstatt
landwirtschaftliche Rohprodukte auszuführen und dafür ausländische
Industrieerzeugnisse einzuführen. Und in diesem Bestreben, eine russische
einheimische Industrie großzuziehen, behandelte Witte, wenn
die landwirtschaftlichen Interessen mit denen der Industrie
differierten, die letzteren meist als die wichtigeren; eine
Wirtschaftspolitik, die ihm von seiten der russischen Agrar-
grundbesitzer nicht wenige Anfeindungen eingetragen hat. Es
war deshalb anzunehmen, daß wenn der russischen Industrie bei
den Vertragsverhandlungen ein erhöhter Zollschutz zugebilligt worden
wäre, Herr v. Witte schließlich in Bezug auf die deutschen Agrar-
zollforderungen eine gewisse Nachgiebigkeit gezeigt haben würde.
Diese Ansichten sind jedoch durch seine Abberufung vom Posten des
Finanzministers völlig gestört. Er kann heute nicht mehr wie einst,
als mächtiger Säugling des Zaren, die Ansprüche der russischen
Grundbesitzer ignorieren. Er muß, will er sich wieder eine einfluß-
reiche Position verschaffen, ihnen Rechnung tragen. Thatsächlich hat
denn auch die russische offiziöse Presse alsbald nach Witte's Sturz
begonnen, in ihren Erörterungen der russisch-deutschen Handels-
beziehungen einen schärferen Ton gegen den lieben westlichen Nachbarn
anzuschlagen. So schrieb beispielsweise die Moskauer „Bje domosti“
in einem von der „Import- und Exportrevue“ Rußland und Deutsch-
land“ wiedergegebenen Artikel:

Ein für Rußland vorteilhaftes Uebereinkommen kann nur
ein solches sein, das die Interessen der russischen Landwirtschaft
voll und ganz berücksichtigt; der neuernannte russische Finanz-
minister, der für die Wahrung dieser Interessen verantwortlich
ist... wird auf die Herabsetzung der Zollsätze
auf russisches Getreide im neuen deutschen
Tarife bestehen müssen. Deutschland, für dessen
Industrie- Erzeugnisse Rußland, zumal in seinem sich rasch
entwickelnden fernem Osten, der denkbar vorteilhaftesten Absatzmarkt
bildet, wird von derartigen außerordentlichen Getreidezöllen ab-
sehen müssen, da es an dem Zustandekommen des Handelsvertrages
ein weit größeres Interesse hat als Rußland, und, entsprechend
einem gewissen deutlich ausgesprochenen Wunsch und mit einer
bestimmten Beharrlichkeit wird die Regierung des Grafen Bülow
im Reichstage schon die nötige Mehrheit für die Durchführung
solcher erniedrigten Sätze finden.

„Zwar ist nach der Erläuterung eines solchen erregten
Agrariers, wie Herr Camp es ist, die Regierung moralisch ver-
pflichtet, die Durchführung der Minimalzölle wenigstens zu ver-
suchen; aber sie binden die Regierung durchaus nicht, falls dieser
Versuch ein Fiasko erleidet; und dieses Fiasko wird sich zweifel-
ohne einstellen, da die Annahme der vorgeschlagenen Minimalzölle
seitens Rußlands durchaus keine Aussichten hat. Ihre Annahme
wäre ein vernichtender Schlag für unseren ganzen Ackerbau.
Alles hängt somit von der Entscheidung der
Frage über die Getreidezölle ab.“

Und nicht viel glücklicher steht es um die Vertragsverhandlungen
mit den andern Staaten. Auch mit der Schweiz sind, obgleich in
Bezug auf diesen Staat die Verhältnisse relativ am günstigsten
liegen, die Unterhandlungen nicht über eine sogenannte „Zählung-
nahme“ hinausgelangt und vorläufig wieder abgebrochen worden.
Mit Oesterreich-Ungarn haben sie, da dort in den wichtigsten zoll-
politischen Fragen zwischen beiden Reichshälften noch immer keine
Einigung erzielt ist, überhaupt noch nicht begonnen. Mit Belgien
sollen sie demnächst anfangen; mit Spanien ist man bisher nach der
Mitteilung dortiger Blätter über einen ersten Notenwechsel noch nicht
hinausgekommen, und ebenso hat, wie kürzlich die „Süddeutsche
Reichs-Korrespondenz“ auf eine Wiener Meldung offiziös zu berichten
suchte, mit Italien bisher nur „ein erster Schriftwechsel“
stattgefunden. Doch soll, wie hinzugefügt wurde, sicher sein,
„daß auf beiden Seiten für den Abschluß eines neuen
Vertrages günstige Dispositionen herrschen“. Eine Versicherung, die
noch weniger wert ist, als die meisten andern Erklärungen, Ver-
sicherung und Beteuerungen, die seit zwei, drei Jahren die offiziöse
Presse gebracht hat. Sicherlich besieht, den Ausserungen italienischer
Blätter nach zu urteilen, fast allgemein in Italien die Ansicht, daß es
gelingen wird, mit Deutschland zu einem Einverständnis zu gelangen;
aber diese Ansicht fußt auf dem dort fast überall verbreiteten Glauben, die
im neuen deutschen Zolltarif enthaltenen Zollserhöhungen auf Süd-
früchte (Apfelsinen, Citronen, Pomeranzen etc.) seien ebenso wie die
Weinzollserhöhungen nur zum Zweck der Einschüchterung der italie-
nischen Unterhändler aufgenommen, und die deutschen Kommissare
würden deshalb nach einiger Weigerung auf die Zollsätze des heute
gültigen Vertragstarifs zurückgehen. Wenn diese Annahme sich nicht
bestätigt, wird kaum die heutige Stimmung in Italien standhalten.

Unter diesen Umständen ist es zwecklos, schon jetzt Wahrheits-
lichtheitsrechnungen über die Annahme oder Nichtannahme der bisher
noch nirgends über die allerbedeutsamsten Vorbereitungsarbeiten hinaus-
gediehenen Vertragsentwürfe im Reichstage anzustellen; zweifellos ist
jedoch, daß seit der Annahme des neuen Tarifs die Haltung der
liberal-freihändlerischen Elemente sich wesentlich geändert hat und
deshalb heute noch mehr als vor einem Jahr die Ansicht eine völlig
verkehrte ist, der Kampf um die Handelsverträge werde sich zwischen
der rechten und linken Seite im Reichstage abspielen.

Schon gleich nach der Annahme des neuen Tarifs hat das ganze
und halbe Freihändlerium der Hansestädte im Verein mit der
Hochfinanz deutlich genug verkündet, daß es die Annahme des
Tarifs als ein fait accompli betrachte und willens sei für jeden Ver-
trag einzutreten, der auch nur einigermaßen die Aufrechterhaltung
der bisherigen Handelsbeziehungen zum Auslande gewährleiste. Und
diese Geneigtheit, ihre frühere Opposition fahren zu lassen, ist seit-
dem mehr und mehr gewachsen. Ganz erklärlich. Ihr Veredle von
der Belastung der unteren Volksschichten durch die Erhöhung
der Zölle auf Lebensmittel war von vornherein für jene
Elemente nur ein rein agitatorisches Mittel; in Wirklichkeit handelte
es sich für sie stets nur um die Frage, wie weit ihre besonderen
Handels- und Verkehrsinteressen geschädigt werden. Finden diese
Interessen einigermaßen Berücksichtigung in den neuen Handels-
verträgen, dann sind jene Herren um so mehr zur Nachgiebigkeit
bereit, als sie darauf rechnen, daß nach Erledigung der heutigen
Zollschwierigkeiten die Regierung wieder unternehmungslustig in
dem welt- und kolonialpolitischen Fahrwasser weiterreizen wird.

Der Zustimmung dieser Kreise ist also der Regierung ziemlich
sicher; zudem aber haben sie im Reichstage doch nur geringen Ein-
fluß, und daß der Nationalliberalismus ernstlich rebelliert, ist nicht
zu erwarten. Er wird für jeden Vertrag stimmen, wie dieser
auch aussehen mag. So ergibt sich für die Regierung
die Aufgabe, die Vertragsvereinbarungen so weit „agrarschutz-
zöllnerisch“ zu gestalten, daß aus den Reihen der Konservativen
und der Centrumsfraction so viele Abgeordnete zur nationalliberal-
freisinnigen Handelsvertragsgruppe stoßen, um mit dieser eine
Mehrheit zu bilden. Ob das der Regierung gelingen wird, läßt
sich heute noch nicht beurteilen; jedenfalls aber erscheint es im
Anbetracht des Widerstandes, der sich in den bisherigen Vertrags-
staaten gegen die deutschen Agrarzollserhöhungen geltend macht,
als völlig ausgeschlossen, daß die Vertragsentwürfe auch den
agrarischen rechten Flügel der Konservativen und des Centrum's be-
friedigen, und andererseits werden diese Entwürfe doch wieder viel
zu sehr schutzzöllnerisch ausfallen, als daß die social-
istische Arbeiterpartei für sie stimmen könnte. Die vor-
ausgesetzliche Konstellation wird also nicht sein: handelsvertrags-
freundliche Linke gegen agrarische Rechte, sondern agrarische
äußerste Rechte (nebst rechtem Flügel des Centrum's) und
socialistische Arbeiterpartei gegen einen sich um
den schutzzöllnerischen Nationalliberalismus als
Centralpforte scharenden konservativ-liberal-
liberal-freisinnigen Mißmachers.

Aber selbst wenn dieser Mißmachers sich als so stark erweisen
sollte, die von der Regierung eingebrachten Handelsvertrags-
entwürfe glatt durch die rechts und links drohende Brandung zu
bringen, wäre damit erst ein halber Erfolg errungen; denn es bleibt
dann noch immer die schwierige Arbeit, auf Grund der neuen Zoll-
und Vertragstarife unser handelspolitisches Verhältnis zu den
Vereinigten Staaten von Amerika sowie zu Großbritannien und seinen
Kolonien zu ordnen. Daß das bisherige, durch Specialabkommen vom
Jahre 1900 neugeregelt sogenannte Meißbegünstigungsverhältnis
zwischen Deutschland und der Union, das der letzteren alle jenen
Zollermäßigungen zusichert, die Deutschland seinen Vertragsstaaten:
Belgien, Italien, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Rußland und Serbien
gewährt, einfach bestehen bleibt, kann als ausgeschlossen gelten, da nach
diesem Abkommen die Vereinigten Staaten ohne weiteres auf alle neuen
Zollreduktionen der Tarifverträge Anspruch haben, die Deutschland mit
jenen Staaten abschließt, während Deutschland weder beanspruchen
kann, daß die Vereinigten Staaten die Höhe ihres Tarifs nicht ein-
seitig nach ihrem Bedürfnis erhöhen, noch daß ihm jene
Zollermäßigungen eingeräumt werden, die Amerika durch besondere Reciprocitätsverträge
andern Staaten zugestehet. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit
für die deutsche Regierung, nach Abschluß neuer Tarifverträge das Ab-
kommen mit den Vereinigten Staaten zu kündigen — die Kündigungs-
frist beträgt drei Monate — und auf der veränderten Grundlage ein
neues handelspolitisches Verhältnis mit ihnen herzustellen: eine Arbeit,
die noch bedeutendere Hindernisse zu überwinden haben wird, als der
Abschluß eines neuen Vertrages mit Rußland.

Außerdem muß aber auch das Zollverhältnis Deutschlands zu
England und seinen Kolonien neugeregelt werden. Zunächst wird
allerdings das zur Zeit zwischen Deutschland und England be-
stehende Handelsprovisorium jedenfalls auf ein weiteres Jahr, bis zum
31. Dezember 1904, verlängert werden; aber welchen Ausgang auch
immer die jetzigen Chamberlain'schen Zollagitationen haben mögen, zu
der Abschließung eines neuen Meißbegünstigungsvertrages auf der
Basis des früheren, eines Vertrages, der eine gegen-
seitige Einräumung von Differenzialzöllen zwischen England und
den englischen Kolonien ausschließt, wird Großbritannien sich
unter keinen Umständen verstehen. Auch mit England
wird also Deutschland infolge der dort, wie überall, durch die
deutsche Schutzpolitik aufgestachelten schutzzöllnerischen Reactions-
bewegung noch manchen Strauß anzusehen haben. Ein herrlicher
Erfolg „zum Segen des Vaterlandes.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. November.

Schiffahrts-Abgaben.

Die Gemeingefährlichkeit der neuesten agrarischen Wünsche, auf die wir gestern hinwiesen, wird um so offensichtlicher, je spezieller man sich die wirtschaftliche Bedeutung der Abgabefreiheit der natürlichen Wasserstraßen für das deutsche Volk ins Gedächtnis ruft; und ganz besonders gemeingefährlich wird dieser agrarische Vorstoß in dieser Hinsicht wieder für die minderbemittelten Volksklassen, da gerade die Zufuhr der notwendigsten Lebensmittel auf dem Wasserwege stattfindet. Erinnern wir uns nur, daß trotz der verhältnismäßigen Mangelhaftigkeit der deutschen Wasserstraßen nach einer neueren zuverlässigen Berechnung in der Zeit von 1894 bis 1896, die Verhältnisse haben sich seitdem nur wenig verändert, 90 Proz. der Roggencinfuhr, 88 Proz. der Weizeneinfuhr, 82 Proz. der Hafer- und Gersteneinfuhr auf dem Wasserwege einging! Diese Zahlen erst machen das agrarische neue Axiom völlig klar, das eben nur auf eine Preissteigerung agrarischer Produkte abzielt und damit auf eine enorme Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel des Volkes.

Die sehr ferner die Einführung dieses neuen agrarischen Wunsches eine weitere Absperrung gegen das Ausland bedeuten würde, erhellt daraus, daß z. B. nach Berechnungen einer der ersten Autoritäten auf dem Gebiete des Wasserstraßenwesens, des Majors a. D. Victor Kars, auf der deutschen Elbe allein 1300 Millionen Tonnenkilometer ausländische, aber nur 300 Millionen inländische Erzeugnisse gefahren wurden! Und im Jahre 1901 kamen von den 23 Millionen Doppelcentner Weizeneinfuhr allein 18 Millionen auf dem Rheine und 225 000 Doppelcentner auf der Elbe von der Seeher über. Und wie Professor Enders 1897 auf der Versammlung deutscher Forstmänner in München hervorhob, treffen von den 5 Millionen Kubikmeter Holz, die jährlich vom Auslande eingeführt werden, mindestens 4 Millionen auf dem Wasserwege an Ort und Stelle im Binnenlande ein, während für das inländische Holz die Eisenbahn das Hauptbeförderungsmittel ist. Ja, gerade gewisse Holzarten würden wir überhaupt nicht einführen können, wenn die Abgaben auf natürlichen Wasserstraßen die Transportkosten dafür den Eisenbahnfrachten näherten. So lange nämlich, um nur wieder ein Beispiel herauszugreifen, der Elbenahmer für Rundholz einen Streckenfuß von 3 Pf. pro Tonnenkilometer aufweist, kann russisches Rundholz überhaupt nicht nach Rheinland-Westfalen, 900—1000 Kilometer von der russischen Grenze, transportiert werden, selbst wenn die Russen und das Holz schenken würden! Denn die Fracht würde pro Wagon 22—312 M. betragen und der mögliche Verkaufspreis der Ladung nur 250—300 M. Und genau so ergeht es vielen anderen agrarischen Produkten.

Schließlich wird die Bedeutung dieser Versuche der Einengung des natürlichen und bisher billigsten Verkehrs auch wirtschaftlich dadurch besonders groß, daß Deutschland ein wesentlich anderes Verhältnis zwischen seinen natürlichen und seinen künstlichen Wasserstraßen aufweist wie andere industrielle Länder. Während Deutschland gegenüber 8928 Kilometern natürlicher Wasserstraßen nämlich nur 6271 Kilometer künstliche aufweist, hat Frankreich fast dieselbe Länge künstlicher Wasserstraßen, nämlich 6120 Kilometer bei nur 7884 Kilometer natürlicher Wasserstraßen und England hat sogar mehr künstliche Wasserstraßen als natürliche, nämlich 4882 Kilometer gegenüber 4358 Kilometer natürlichen. Alle Mittel, den Verkehr auf den natürlichen Wasserstraßen noch zu beschranken, müssen selbstverständlich erst recht dazu beitragen, ihn auf den künstlichen Wasserstraßen zu vermindern und damit deren Ausgestaltung zu verhindern. Und dies ist ja gerade auch der sehnlichste Wunsch unserer Agrarier, obwohl in allen Kreisen, die nicht völlig agrarisch verfaßt sind, über die dringende Notwendigkeit dieser Ausgestaltung ja kein Zweifel besteht.

Aus allen diesen Gründen, und in erster Linie aus den rein wirtschaftlichen, gilt es mit aller Macht, diesen neuesten agrarischen Vorstoß schon im allerersten Anlauf zurückzuwerfen!

Besonders in den industriellen und kommerziellen Kreisen der Rheinlande regt sich lebhaft Opposition gegen die agrarische Stromfeindschaft.

Die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden hat in ihrer Plenarversammlung vom 23. November beschlossen, gegen die eventuelle Einführung von Schiffahrtsabgaben entschiedenen Protest einzulegen, und spricht sich insbesondere auch gegen die Annahme aus, daß die zur Korrektur des Rheines ausgeführten Arbeiten dem Strome seinen Charakter als Wasserstraße benommen hätten. Gleichzeitig giebt die Kammer der Hoffnung Ausdruck, daß nicht allein von jeder Maßnahme zur Einführung von Schiffahrtsabgaben abgesehen, sondern daß auch den beteiligten Kreisen durch eine bestimmte Erklärung von berufener Seite die zur gedeihlichen Entwicklung jeder geschäftlichen Thätigkeit erforderliche Ruhe in Bälde wiedergegeben werden wird.

Die sozialdemokratische Fraktion des Straßburger Gemeinderats hat folgende Interpellation eingebracht: „Ist es dem Herrn Bürgermeister bekannt, daß maßgebend bereits in Preußen die Absicht besteht, die gebührenfreie Schiffahrt auf dem Rheine aufzuheben, und welche Maßregeln glaubt der Herr Bürgermeister dem Gemeinderat vorschlagen zu sollen, die Ausführung dieser die Interessen der Stadt Straßburg so schwer in Mitleidenhaft ziehenden Absicht zu hintertreiben?“

Die Vieheinfuhr. Agrarische Organe schlagen Vorn, weil unter den russischen Handelsvertrags-Unterhändlern die Forderung für Veterinärfragen ganz besonders hart vertreten seien. Das schlechte Gewissen der Agrarier entnimmt diesem Umstande die Bekräftigung, die deutsche Regierung könnte geneigt sein, hinsichtlich der Viehsperren Konzessionen zu bewilligen. Die „Deutsche Tageszeitung“ reagiert gewaltig auf:

Jede Abmilderung unserer seuchenpolizeilichen Vorschriften würde den deutschen Viehstand aufs schwerste gefährden. Eine derartige Gefährdung könnte durch keinerlei Zugeständnisse Russlands ausgeglichen werden. Die deutsche Landwirtschaft würde eine derartige Milderung geradezu als einen Schlag ins Gesicht empfinden müssen, sie würde zu der Ueberzeugung gedrängt werden, daß sie wieder einmal der Industrie geopfert werde, die auf eine Befreiung der russischen Differentialzölle für die Landeinfuhr hinarbeitet. Das muß die deutsche Regierung sich selbst sagen. Deshalb hoffen wir, daß sie auf diesem Gebiete nicht die mindesten Zugeständnisse machen werde. Die wirtschaftlichen und die politischen Folgen solcher Zugeständnisse würden in hohem Maße bedenklich sein, nicht nur für die Landwirtschaft sondern auch für die Regierung selbst.

Es ist ganz selbstverständlich, daß sich kein Staat mehr den großen Veterinärwindel gefallen lassen wird, durch den die den Agrariern höfliche deutsche Regierung das deutsche Volk sowohl wie das Ausland betrügt. Gesundheitsliche Schutzmaßregeln sollen so wirksam sein wie möglich, die Grenzsperrn für Vieh aber sind durch nichts zu rechtfertigen. Der Herd der Viehsuchen liegt zudem im Ausland. So vermindert sich z. B. der Schweine-Rotlauf nicht, trotz der Grenzsperrn für Schweine. Gerade der Ausschluß der fremden Konkurrenz bewirkt die Verschlechterung der inländischen Viehschundheit, weil auch das minderwertige Fleisch seinen Käufer findet und deshalb die inländische Durchschmuggelung franker Viehs rentabel ist. Die Agrarier wehren sich dem auch mit aller Macht gegen die Verschärfung der gesundheitslichen Kontrolle des inländischen Viehs. Sie waren es auch, welche die Freigabe der Dauschlachtungen, und im preussischen Abgeordnetenhaus das Verbot der nochmaligen Untersuchung in den städtischen Schlachthäusern durchsetzten.

Für die Agrarier ist eben alles ausländische Vieh krank und alles inländische, und hätte es alle Kranheiten im Leibe, ferngesund.

Es ist aber nicht zu verlangen, daß sich das Ausland diese agrarische Logik des Betrugs gefallen läßt.

Gegen das Reichstags-Wahlrecht wählt wiederum die „Post“. Zwar betreibt dieses Blatt augenblicklich den Sport, alle Tataren nachrichtlich zusammenzulassen, die in irgend welchen Flugblättern über angebliche Missethaten der sozialdemokratischen Wahlmänner sich finden. Immerhin findet es nebenbei noch Zeit und Raum zur Verbreitung seiner höchsten politischen Aufgabe. Die „Post“ läßt sich über „Lehren aus den Landtagswahlen“ schreiben:

„Aus den eben stattgehabten Landtagswahlen ist die Lehre zu ziehen, daß in demselben die politische Einsicht der gebildeten und besitzenden Klassen zum klaren Ausdruck kommt, und daß diese Klassen jede Liebäugerei und jedes Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie unbedingt ablehnen. An Bestätigung dazu hat es wahrlich nicht gefehlt, auch ein Teil der sonst vernünftigen nationalliberalen Kreise hat verstanden, im Verein mit Barth, Hans Delbrück, Brentano, Raumann und Genossen die Geschäfte der Sozialdemokraten zu besorgen. Sie haben aber nur bewiesen, daß sie Offiziere ohne Soldaten, einflußlose Schwärmer ohne Gefolgschaft im Lande sind.“

Daraus ist die Lehre zu ziehen, daß an dem preussischen Dreiklassen-System mit öffentlicher Abstimmung unbedingt festzuhalten und eine Reform des Reichstagswahlrechts im selben Sinne in Angriff zu nehmen ist.

Der Terrorismus, welcher seitens der Sozialdemokratie bei den Reichs- und Landtagswahlen geübt worden ist, die Verurteilung einer turbulenten Minderheit, das freie Wahlrecht zu unterdrücken, muß die Frage vor nahe Entscheidung bringen: ob mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht mit geheimer Abstimmung überhaupt eine monarchische Verfassung und eine geordnete Verwaltung auf die Dauer aufrecht zu erhalten ist. Nach den bisherigen Erfahrungen führt dieses Wahlrecht direkt zur Anarchie und zur Pöbelherrschaft, und es dürfte wohl an der Zeit sein, den ersten Versuch zu machen, die Elemente ohne Unterschied der Partei zu vereinigen und zu organisieren, welche willens sind, dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft geordnete, geistliche Verhältnisse zu sichern und zu erhalten. Die Ansätze dazu sind überall vorhanden, es gilt, sie zu sammeln und zu organisieren.“

Das preussische Wahlrecht, das nichts ist als ein einziger Akt brutaler Terrorisierung der Wahlfreiheit des Volkes, gefällt der „politischen Einsicht der gebildeten und besitzenden Klassen“ vorzüglich. Es wäre wunderbar, wenn dieses ausgezeichnete Wahlrecht auch für den Reichstag gelten würde, da das Reichstags-Wahlrecht die Konventionen von Besitz und Bildung ebenso zur dürftigsten Klummerlichkeit verurteilt, wie das Landtags-Wahlrecht ihnen die ganze Macht im Staate ausliefert.

Es sei bemerkt, daß die „Germania“ dieser Keuherung der „Post“ hündig hinzusetzt: „Die Post“ sollte doch wissen, daß alles Drängen auf den Umsturz des Wahlrechts zum Reichstage vergeblich ist und am Centrum einen unbegreiflichen Gegner findet.“

In Schimpfleistungen gegen die Sozialdemokratie hat die „Postische Zeitung“ sich durchaus auf die Höhe der verblödeten Reaktionsblätter erhoben. Auf unsern Artikel „Der Kampf um das rote Haus“ erwidert sie:

Die wüsten Ausfälle gegen den Rathhaus-Freisinn werden von niemand ernst genommen werden, wenn man die sozialdemokratische „Parteimoral“ kennt. Man hat gehört, wie die bedeutendsten Führer der Partei über den politischen Eid denken. Man hat vernommen, wie sie den rohesten Terrorismus predigen und Geschäftsleuten, die nicht sozialdemokratisch stimmen, mit dem Boykott drohen. Auf dem Dresdener Parteitag ist dem Schriftstellern der Partei zu Gemüte geführt worden, daß sie in ihren wissenschaftlichen Ausführungen die Grenzen der Partei-Interesses einzuhalten haben, ganz nach dem Muster, das die römische Kurie aufweist, wenn sie die Wissenschaft in die Fesseln des Dogmas schlägt. Und endlich ist der Grundfah mit cynischer Offenheit erklärt worden, daß man zur Wahrheit nur der Partei, nicht dem Gegner gegenüber verpflichtet sei. Daraus erklärt sich genugsam das Treiben des „Vorwärts“ bei den Gemeindevahlen. Sind seine maßlosen, widerwärtigen Beziehungen gegen den Rathhaus-Freisinn wahrheitswidrig, was thut es? Dem Freisinn gegenüber sind die „Genossen“ nicht an die Wahrheit gebunden. Was kümmert es sie, daß die Gemeindeverwaltung die größten Opfer für die minder bemittelten Klassen gebracht hat und fortgesetzt bringt? Zwar wenn Herr Singer diese Wahlartikel liest, könnte er sich schämen; denn er weiß, daß sie nicht begründet sind. Aber im Wahlkampf scheint der Sozialdemokratie jedes Mittel recht. Sie steht völlig jenseits von Gut und Böse.“

Ganz die Kampfesart der — „Post“. Im ganzen Artikel der „Postischen Zeitung“ nicht ein Wort sachlicher Widerlegung der von uns deutlicht und im einzelnen bezeichneten Thatsachen. Nichts als freche Lügen, zusammengeliebt aus dem Rinnstein der Reaktionspresse. Die morgigen Kommunalwahlen werden der „Postischen Zeitung“ beweisen, wie sehr der Berliner Wahlschickel das Postische Freisinnstreben zum Elend wurde.

Konservative Wahlzügen.

Zu den Wahlschwindelmeldungen, die in der Zeit der Reichstagswahl durch die konservative Presse zogen, gehörte auch die von uns früher mitgeteilte Meldung pommerischer Amtsblätter von einer angeblichen brutalen Messertat, die der sozialdemokratische Flugblattverbreiter Mielke aus Volkow gegen den Gastwirt Jelsch in Volkow, Kreis Belgard-Dramburg, verübt haben sollte. Damals hieß in dem „Dramburger Kreisblatt“ und danach auch in der hauptstädtischen Reaktionspresse:

„Die Maß- und Zügellosigkeit der bei der diesmahligen Reichstagswahl in unserm Wahlkreise betriebenen sozialdemokratischen Agitation ist, so heißt es in der „Zeitung für Bad Polzin“, der wir diese Ausführungen entnehmen, kaum zu beschreiben. Mit blindem Fanatismus stürzen die willenlosen Werkzeuge der sozialdemokratischen Organisation sich auf ihre Gegner, wenn sie erfahren müssen, daß man ihren Lehren kein Gehör schenkt. Als am zweiten Feiertage nachmittags ein Flugblattverbreiter, der Maurer Karl Mielke von hier, in dem Dorfe Volkow von dem Gastwirt Herrn Jelsch in dessen Hause an seiner Arbeit gehindert werden sollte, schickte Mielke mit einem Taschenmesser auf Herrn Jelsch ein und verletzte ihn so bedenklich, daß Herr Sanitätsrat Dr. Schmidt herbeigerufen werden mußte. Wir wissen nicht, was wir in diesem Fall mehr verurteilen sollen, den gewaltthätigen Charakter des M. oder die sozialdemokratischen Organisationsunförmigkeit Mielkes, welche sich eines solchen Werkzeuges bedienten. Soviel steht aber fest, daß diese ruchlose That einzig und allein auf das Schuldkonto der sozialdemokratischen Partei zu setzen ist, welche bisher zufriedenen Arbeitern die Köpfe verwirrt und sie zu jeder Handlung fähig macht. Wie das sozialdemokratische SM wirkt, zeigt dieser Fall, welcher hoffentlich auch seine gerechte Sühne finden wird, aber noch ganz besonders.“

Die „gerechte Sühne“, so teilt jetzt der Stettiner „Volkshote“ mit, das sei nur kurz vorausgeschickt, hat dieser Fall nun vor kurzen gefunden. Und zwar hat das Kösliner Landgericht den Maurer Mielke freigesprochen. Vor Gericht wurde festgestellt, daß der Gastwirt Jelsch in Volkow der Angreifer war. Nicht Mielke hat sich auf den Gastwirt Jelsch in Volkow im „blinden Fanatismus“ gestürzt, sondern umgekehrt: der brave konservative Gastwirt Jelsch hatte sich vorher mit dem Gutsoverwalter in Volkow vereinbart, den Maurer Mielke, der dort Verwandte besaß, im „blinden Fanatismus“ zu bedrängen. Der Gastwirt Jelsch mußte vor Gericht sogar selber zugeben, daß er der Angreifer war, daß er den Mielke bedrängte und ihm das von demselben bezahlte Bier ins Gesicht goß. Und nun die Messertat! Dieselben bestanden aus dem abwehrnden Mielke mit einem Spazierstock nach dem Angreifer Jelsch. Aber auch die politische sehr interessante

Ursache des konservativen „blinden Fanatismus“ wurde vor Gericht enthüllt. Jelsch sagte vor dem Kösliner Landgericht aus:

„Dem Landratsamt sind wir (die inländischen Besitzer jedesfalls! D. Red.) angefordert worden, vorzugehen, daß namentlich sozialdemokratische Stimmzettel und Flugblätter im Dorfe verteilt würden und da mir mitgeteilt war, daß zwei Zettelvertheiler im Orte wären, machte ich mich auf die Suche nach ihnen!“

Aber die konservative Presse schaute sich nicht, die Thatsachen in das Gegenteil umzulehren. Ja, diese konservativen Wahlzähler zutribüdeten sich sogar nicht einmal, auch in ihren Wahlflugblättern diese Lügen zu verwenden. In den Flugblättern, welche die Kandidatur des Landrats z. B. v. Brockhausen empfahlen, hieß es an die „Wähler des Kreises“:

Dagegen haben wir im lieben Pfingstfest den Besuch einer andern Sorte von Menschen gehabt, die sich als besondere Freunde des Volkes ausspielen. Sie haben die heilige Feststille geschändet, die ärgsten Ausschreitungen begangen, den Gastwirt Jelsch am 2. Juni durch Messertat lebensgefährlich verwundet. In ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

So haben die Konservativen bei der Wahl gearbeitet und — gelogen.

Schließlich sei noch erwähnt, daß die konservative Schwindelpresse noch mit keiner Silbe auf die Freisprechung des angeblichen Volkower Messertäters zurückgekommen ist.

„Die in ihren Grundzügen schwer erschütterte Volkswirtschaft“ bedarf erhöhter staatlicher Fürsorge; darin sind sich alle wahrhaft vaterlands- und freilebenden Parteien im Sinne der „Kösl. Zeitung“ einig. Zur Erreichung dieses Zweckes ist zunächst vorgezogen, daß in dem preussischen Etat für 1901 eine bedeutend höhere Summe für Staatspreise eingesetzt wird. Das nationalliberale Blatt fügt gleich hinzu, daß diese Forderung die Zustimmung des Abgeordneten- und des Herrenhauses finden wird, da diese beiden Körperschaften notwendigen Aufwendungen für die Landes-Forstwirtschaft niemals ihre Genehmigung verweigern haben.“

Auch wir sind fest davon überzeugt, daß diese beiden hohen Häuser gern einen Teil der Steuern des preussischen Volkes zu Kennzeichen bewilligen werden, um so eher, als dasselbe gar nicht darin vertreten ist. Dagegen dürfte der Plan, durch Reichsgezeß die Totalfaktor-Steuer wieder herabzusetzen, doch auf Schwierigkeiten stoßen, wenn auch die Regierung, wie bei allen ihren Maßnahmen, dabei das Wohl der wirtschaftlich Schwachen im Auge hat, insofern diese vom überflüssigen Betten abgehalten werden sollen.

Der königliche Kriminalkommissar v. Rantuffel hat bereits eine Abhandlung über „Wettbüreau und Wirtelbuchmacher in Deutschland“ herausgegeben, worin auf die Reformbedürftigkeit des deutschen Kennsports hingewiesen wird und die Herbeiführung geordneter Kennverhältnisse gefordert wird, wie sie eines „civilisierten“ Staates würdig seien. Der Herr Kommissar geht schneidig gegen die Buchmacher vor, aber nicht etwa aus sittlicher Entrüstung, sondern weil sie dem Totalfaktor Konkurrenz machen.

Nachdem in dieser Angelegenheit von hoher kultureller Bedeutung bereits geheime Sitzungen stattgefunden haben, deren Ergebnisse vorläufig nicht in die Öffentlichkeit gedrungen sind, darf man gespannt sein, womit die Edeln und Edelsten der Nation das Volk beglücken werden.

Dresden, 26. Novbr. Bei den gestrigen Stadtvorordnetenwahlen errang unsere Partei glänzende Ergebnisse. Bei dem reaktionären Listensystem, das keine Wahlbezirke kennt, sondern der Liste, welche die Mehrheit für die ganze Stadt erreicht, die Gesamtzahl der zu erneuernden Mandate giebt, konnte ein Sieg der sozialdemokratischen Liste noch nicht ermöglicht werden. Die Partei erreichte aber eine Stimmenzahl, die außerordentlich ist gegenüber früheren Wahlen, nämlich 3000—4000, d. h. mehr als das Doppelte der Wählerzahl, die bei der vorjährigen Ergänzungswahl für uns wählte. Noch einmal konnte die konservative-antifemilische Clique ihre Liste retten, aber die Stimmenzahl der Sozialdemokratie zeigt, daß die reaktionäre Kleinbürgerliche Herrlichkeit auf kommunalem Gebiet, der letzten Position, die sie in Dresden und Sachsen hat, ihrem Zusammenbruch entgegengeht.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Frage der Handelsverträge. Aus Wien wird uns vom 22. November geschrieben: Ende dieses Jahres laufen bekanntlich fast sämtliche internationale Handelsverträge ab — wenn auch, mit einer Ausnahme, für keinen die vertragmäßige Kündigung erfolgt ist. Immerhin sind sie aus dem Zustande der Gebundenheit in die Höhe der Kündigungsmöglichkeit getreten: sie können nun jeden Tag mit der Wirkung gekündigt werden, daß sie nach einem Jahre erlöschen. Für Oesterreich-Ungarn ist die Sache um so kritischer, als es seinen autonomen Tarif, die Basis neuer Verhandlungen, nicht fertig gestellt hat, und so ziemlich jede Aussicht geschwunden ist, ihn neuer noch fertig zu bringen, im Gegenteile ventiliert man schon ganz ernsthaft den Gedanken, ihn in Oesterreich mit dem § 14, also auf dem Wege einer unabweidenden Verfassungserlegung, „ins Leben zu rufen“. Doch das sind Zukunftsvorlegungen; was sofort nach einer Lösung verlangt, ist die Neuregelung der Vertragsverhältnisse zwischen Oesterreich und Italien. Dieser Vertrag ist von Oesterreich-Ungarn Ende vorigen Jahres gekündigt worden und tritt somit Ende Dezember außer Kraft. Die Kündigung erfolgte wegen der Weinzollkaufel — die es Italien ermöglicht, Wein nach Oesterreich zu einer weit unter dem Zollfuß sich bewegenden Grenzbezugung einzuführen. Da die Fortdauer dieser Begünstigung vom 1. Januar 1901 auch für Frankreich gelten hätte müssen und da die agrarischen Kreise in Oesterreich und Ungarn auf ihre Befreiung lebhaft drängten, entschlossen sich die Regierungen zur Kündigung — wohl in der Hoffnung, daß der neue autonome Tarif rechtzeitig fertig sein werde, um auf seiner Grundlage die neuen Verhandlungen zu führen. Nun besteht aber selbst für den Abschluß eines provisorischen Uebereinkommens eine Specialschwierigkeit. Das ungarische Gesetz macht nämlich für den Abschluß neuer internationaler Verträge die Gesetzgebung des neuen Tarifes zur Voraussetzung — so daß vorher eigentlich gar nicht verhandelt werden darf. Das ist die berüchtigte Szekessy-Formel — ein Meisterstück legislativer Ungeheuerlichkeit.

Da beide Staaten den vertragslosen Zustand aber keineswegs wünschen, so soll dennoch ein provisorischer Vertrag zu stande kommen und zu diesem Behufe soll im Reichsrat und im Reichstag eine gesetzliche Ermächtigung ausgesprochen werden, dieses Uebereinkommen mit Italien abzuschließen. Die bittere Frage der Weinzollkaufel soll so gelöst werden, daß Italien wohl ein Ausnahmestück bewilligt wird — wenn auch kein so niedriger wie jetzt und nur für eine begrenzte Quantität von Weizweinen — was natürlich nicht nach dem Gesetze der Weinproduzenten in Oesterreich und Ungarn ist, die einen Minimalzoll von 20 Gulden Gold begehren. Die Aussicht, daß diese Ermächtigungsgesetze parlamentarisch zu stande kommen werden, ist freilich sehr gering und so wird man sich damit abfinden, daß sich die beiden Regierungen einfach selbst bevollmächtigen. Mit und ohne § 14. Wie man sieht, ist das Verhandeln mit dem Staate des Dualismus alles nur keine einfache Sache.

Rom, 26. November. Die Unterhändler Oesterreich-Ungarns für einen vorläufigen Handelsvertrag mit Italien sind heute hier eingetroffen und werden heute vom Ministerpräsidenten Giolitti, dem Minister des Aeußern Tittoni, dem Schatzminister Luzzatti und dem Minister für Ackerbau, Industrie und Handel Rava empfangen werden.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus kam es am Donnerstag zu erregten Szenen. Bei Beginn erklärte Präsident Perczel, der Präsident der liberalen Partei, Baron Podmaniczky, habe schriftlich den Antrag auf Abhaltung von Parallelsitzungen

Im Parlamente eingereicht; hierüber werde morgen am Schluß der Sitzung abgestimmt werden. (Ungehöriger Lärm, Widerspruch links.) Ugron erörtert darauf in längerer Rede, daß die Erklärung des Präsidenten die Hausordnung verlege; über den Antrag muß die Debatte eröffnet werden. Während der Rede Ugrons sind die Mitglieder der äußersten Linken sehr unruhig. Der Präsident ernennt die Aufseher wiederholt zur Ordnung. Andreas Rath wird, da die Ordnungstrafe bei ihm nichts fruchtete, vor den Immunitäts-Ausschuß gestellt werden, wo über ihn wegen systematischer Außer Achtlassung abgeurteilt werden wird. Dem Präsidenten wird unter andern leidenschaftlichen Juristen vom Abgeordneten Horvath das Wort Vandit ins Gesicht geschleudert. Der Präsident rügt dieses Wort. Hierauf spricht Ministerpräsident Graf Tisza; seine Rede ist bei dem fortwährenden Lärm nur schwer verständlich. Er kommt unter andern darauf zu sprechen, daß gewisse Bestimmungen der Hausordnung auf einer Verständigung der Parteien beruhen. Nikolaus Bartho (Szederkengipartei) ruft dazwischen: Die Vorteile dieser Verständigung haben Sie in die Tasche gesteckt. Der Ministerpräsident erwidert: Sprechen wir nicht von der Tasche, worauf Bartho ruft: Ich bin kein verkrachtter Wanddirektor! Geza Gajary (lib.) schreit daraufhin: Man hat Sie einen Schurken genannt; widerlegen Sie das! Dadurch veranlaßt, stürzt der Oppositionelle Erner drohend auf Gajary los. Die Abgeordneten schoren sich im Halbkreise; aus dem ungeheuren Lärm tönen hin und wieder leidenschaftliche Ausrufe hervor. Man glaubt jeden Augenblick, es werde zu Thätlichkeiten kommen. Der Präsident suspendiert daher die Sitzung. Nach Wiederaufnahme der Sitzung leht der Ministerpräsident seine Rede fort. Er erklärt, es erfülle ihn mit besonderer Gemüthsruhe, daß Ministerpräsident v. Koerber in seiner geistigen Rede eine so präzise, dem ungarischen Staatsrechte völlig entsprechende Erklärung über die gemeinsamen Institutionen abgegeben habe; man könne weder von einem Siege noch von einer Niederlage sprechen, er gebe einfach seiner Freude Ausdruck, daß Koerber die Gelegenheit ergriffen habe, um in so befriedigender Weise zur Schlichtung der schwebenden Differenzen beizutragen. (Lebhafte Beifall rechts.) Redner appelliert dann nochmals an den Patriotismus der Opposition und bemerkt, alle, die diese unheilvolle, die Verfassung gefährdende Obstruktion trieben, würden bittere Vorwürfe treffen. Bei dem Vorschlage des Präsidenten, auf die morgige Tagesordnung auch die Abstimmung über den Antrag auf Parallelsitzungen zu setzen, schreit der zur Opposition gehörende Schriftführer Rathay: Das ist nicht gerecht. Darauf ruft die Regierungspartei: Wie können Sie es wagen, vom Siege der Schriftführer aus dergleichen zu sagen! Unter großer Erregung wird die Sitzung geschlossen. —

Frankreich.

Vom Streit der Weber in St. Quentin. Die Stadt ist voll von Militär, was der Gemeinde jeden Tag ca. 1000 Fr. kostet. Die Reaktionsäre freuen sich dessen, weil die Verwaltung der Gemeinde in sozialistischen Händen liegt. Nach den Mitteilungen, welche die „Petite République“ von ihrem Korrespondenten erhält, hat der Streit auch einen politischen Hintergrund. Danach wollen die Unternehmern, die bei den Kommunalwahlen 1900 unterlegen sind, durch die Einführung des Dreifach-Systems unter Herabsetzung des Lohnes um 25 Prozent etwa 1000 der anfänglichen Weber übermäßig machen und zum Fortziehen zwingen. Damit würden den Sozialisten die Stimmen verloren gehen. In der Lage des Streiks selbst ist eine Aenderung nicht eingetreten. —

In Armentières ist nach Ablauf der ersten Arbeitswoche die versprochene Entschädigung und Lohnhöhung richtig an die Arbeiter zur Auszahlung gelangt. Die Fabrikanten haben sich also vollkommen in ihre Niederlage gefügt. —

Italien.

Prozess Terzi-Bettolo.

Rom, den 23. November. (Fünfter Verhandlungstag.) Der heutige Tag beginnt mit der Mitteilung des Präsidenten, daß an Stelle des Intendanten Vettori der Anwalt Borgoni getreten ist.

Es werden darauf die folgenden Zeugen der Zivilpartei verhört: Fiorito, der sich über ein von Bettolo vorgeschlagenes Gesetz über die Handelsmarine auspricht. Casini, ein Ministerialbeamter, der Konteradmiral de Drefsis, der Oberinspektor der Marinekonstruktionen Martinez, der Borkenmann dall'Orso, der Direktor der Eisenwerke und Hochöfen „Terni“ Vettini, der Präsident der Handelskammer von Genoa Romairone und der Buchhalter und Konkursverwalter Viale.

Es handelt sich im wesentlichen darum, folgende Punkte zu klären: Aus welchen Gründen erklärt sich das Auffrischen der Terni-Affäre nach Bettolos Berufung zum Minister? — welche Beziehungen bestanden zwischen einigen Bettolo nahestehenden Finanzleuten und einem Genueser Vorkämpfer Scartazzini, der Bankrott gemacht hat und dessen Bücher trotzdem nicht bei den in Betracht kommenden Behörden deponiert wurden? — war der Lieferungsvertrag in der Höhe von 20 Millionen, den Bettolo der Terni gab, im Interesse der Marineverwaltung?

Das Auffrischen der Affäre wollten die Zeugen auf den Umstand zurückführen, daß gerade damals die Terni durch ein einer Marinekommission vorgeschicktes Experiment die Leistungsfähigkeit ihrer Panzerplatten bewies. Von den Ursachen der Vergünstigung Scartazzinis geben die Zeugen an, nichts weiter zu wissen. Sie wollen allerdings gehört haben, daß er infolge großer Zahlungen, die er den auf Haupte der Terni-Affäre spekulierenden Herren zu machen hatte, seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. Auch, daß seine Register nicht veröffentlicht wurden, um niemand zu kompromittieren. Die Zeugen meinen aber, Bettolo sei nicht dabei beteiligt gewesen. Schließlich halten die darüber befragten Zeugen dafür, daß der Staat, als die „Terni“ mit den großen Lieferungsverträgen betraut wurde, tatsächlich entweder neue Panzerschiffe brauchte oder die alten reparieren lassen mußte.

Alles in allem war der Tag ruhig, die große Zurückhaltung der Zeugen machte aber einen der Zivilpartei nicht günstigen Eindruck. Der Prozess wurde auf morgen vertagt. —

Ein Advokatenstreik. Rom, 23. November. Gestern sind die Rechtsanwälte des Appellhofes von Aquila (Abruzzen) in einen regelrechten Streik eingetreten. In diesem Schritte haben sie sich genötigt, um Verhältnisse zu beseitigen, die ihrem Stande und der Verwaltung der Justiz überhaupt in hohem Maße unzulässig sind. In Aquila sind nämlich seit mehreren Jahren mehrere Richter untereinander, mit den Staatsanwälten und Advokaten verbandt und verchwägert und folgen in der Erfüllung ihrer Berufspflicht mehr dem Familien- als dem Rechtssinn. In ganz Aquila und Umgebung pflegt man seit langem zu sagen, daß der dortige Appellhof mehr Gefälligkeiten erweise als Urteile fällt. Bereits im vorigen Sommer war eine Ständesvertretung der Advokaten von Aquila beim Justizminister, um die Beseitigung des Mißstandes zu fordern. Da trotz der empfangenen Versicherungen keiner aus der Verwandtschaft verweist wurde, beschlossen gestern die Rechtsanwälte den schon dem Minister angedrohten Streik. Sie verlangen Neubesehung der Richterstellen und erklären, bis zur Erledigung dieser Forderung jede Thätigkeit bei Zivilprozessen zu verweigern. Wird ihrem Wunsche nicht Genüge geschehen, so werden sie den Streik auch auf die Strafsachen vor dem Appellhof und vor den Assisen ausdehnen. —

Rußland.

Aus den litauischen Gefängnissen.

In Grodno ist das Gefängnis überfüllt. Es sitzen dort politische Gefangene aus Warschau, Suwalki, Kiew, Odessa und den benachbarten Städten. Die Verpflegung der Gefangenen ist

miserabel: drei russische Pfund Brot pro Tag, warmes Wasser morgens und abends und Grütze zu Mittag — das ist alles. Für 9 M. monatlich kann man eine Suppe mit einem Stück Fleisch erhalten. Die verhafteten Arbeiter können aber 9 M. nicht bezahlen.

Ungefähr dasselbe ist im Wilnaer Gefängnis. Die Gefangenen klagen, daß das Essen schmutzig und aus Faulnis riechend ist. Es ist nicht zu essen. Wenn ein Gefangener den Arzt in Anspruch nimmt, so erhält er die Antwort: „Trinken Sie etwas warmen Thee, da wird's schon besser.“

Eines Tages besam ein Kriminalist beim Abend-Appell einen heftigen Wutsturm. Die Gefangenen wollten nach dem Arzt laufen. Der diensthabende Beamte verbot es aber; erst müsse der Appell beendet sein. Als der Arzt kam, war der Gefangene schon tot. Unter den Gefängnisärzten befindet sich auch der berüchtigte Michajlow, der sich durch seine bestialische Roheit bei der Massen-auspeithung der Maidemonstranten von Wilna im vorigen Jahre ausgezeichnet hat. Legitim wurde Michajlow im Gefängnis-Korridor mit dem litauischen Auf: „Weg mit dem Henker“ und einem Hagel von rohen Kartoffeln und Brotschäden empfangen. Er floh so schnell wie möglich.

In den Gefängnissen von Wilna saßen nach der letzten Feststellung unserer Genossen folgende politische Gefangene: In Nr. 14 am 20. Juni: 1. Poles Kowicz. 2. Jan Karimajyn. 3. Adolf Karimajyn. 4. Wertha Kowicz. 5. Dwarja Pupo. 6. Janfel Pupo. 7. Benjamin Pupo. 8. Manter Pupo. 9. Stanislaw Trusiewicz. 10. Poles Willmierski.

Im Gefängnis Antokol am 10. Juli: 1. Fritz Steinberg, Landmann aus Kurland, verhaftet am 24. September 1902 in Kowno mit über 300 Pfund polnischer, russischer und lettischer Schriften. Er sah vorher in Kowno in Untersuchungshaft. Am 12. Mai wurde er in Wilna zu 3 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Polizei-Aufsicht verurteilt. 2. Wolf Eric, Maler. 3. Elias Sergin, Klemptner. 4. Werdach Sapoznik, Druker. 5. Josef Gieslman und 6. Motel Gajdoski, Strumpfarbeiter. 7. Szymul Szymulman, Bildhauer. 8. Nordese Kaplan, Arzt. 9. 10. 2–8 in Untersuchung wegen der Demonstration im Wilnaer Theater vom 2. März 1903. 9. Mathias Valtysis, am 6. Oktober 1902 auf dem Wilnaer Bahnhof mit 100 Pfund Schriften verhaftet. 10. Anton Rozer, Gerber und 11. Stanislaw Mackiewicz, verhaftet am 29. September und 6. November 1901 in der Sache des Streiks von Smogon. 12. Israel Nymman, Handlungsgehilfe, verhaftet zum drittenmal am 2. April 1903; man fand bei ihm 10 Pfund Schriftsack. 13. Stefan Walukiewicz, Gerber, war 1897 auf 4 Jahre nach Sibirien verbannt; nach seiner Rückkehr unter dem Verdacht der Flugblattverbreitung am 31. Mai 1903 verhaftet. 14. Wladyslaw Walukiewicz, Gerber, verhaftet am 15. April 1903. 15. Joseph Valtroszkojts, Maler, verhaftet am 19. Mai 1903. 16. Franz Rutkiewicz, Schüler der technischen Schule in Wilna, verhaftet am 20. Mai 1903. 17. Janfel Kaganowicz, verhaftet 10. April 1902. 18. Wulf Dondzj, verhaftet 2. April 1902. 19. David Gopner, verhaftet 11. April 1903; man fand bei ihm Schriftstücke und die Photographie von dem Wahl-Kandidaten Ledert vor. 20. Gabriel Kreczmer, Lehrer; Schriftstücke und Schriften waren bei ihm. 21. Franz Japaloki, Landmann, verhaftet 24. April 1903. 22. Laska Andruszowski, Klemptner, verhaftet 11. April 1903; man fand bei ihm Flugblätter der P. P. S. 23. Alfons Dofalski, verhaftet 1903 beim Ankleben von Flugblättern der P. P. S. Das Urteil lautet: 6 Monate Gefängnis, 3 Jahre Verbannung. 24. Alfons Krasowski, Schuhmacher, verhaftet 28. Mai 1903; man fand bei ihm Flugblätter der P. P. S. 25. Abram Gieslman. 26. May Epstein. 27. Jurdzj Szymel. 28. Schmidt. 29. Janfel Jabinski. 30. Janfel Margolis. 31. Szymul Gajdoski. 32. Szalam Mejerow; zu 25 bis 32 verhaftet im Mai 1903 bei einer Verammlung im Walde. 33. Szejpel Zeller. 34. Jojne Kagan. 35. Josef Remzer. —

Nach den Landtagswahlen.

Das Ende des Freisinn.

Es wird uns geschrieben: Das Wahljahr 1903 hat einen Tiefstand der Freisinnigen, namentlich in Preußen, aufgedeckt, der es fast ausgeschlossen erscheinen läßt, daß von ihnen im Kampf gegen die Reaktion irgend etwas Remmeswertes zu erwarten ist. Dabei denken wir noch gar nicht an die politischen Sünden, sondern nur an deren äußere Symptome — die zahlenmäßig festzustellende Schwäche. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß bei einer künftigen Landtagswahl in Preußen ein etwaiges Entgegenkommen der Freisinnigen seitens der Socialdemokratie mit der Frage: „Was kannst Du armer Teufel bieten?“ abgelehnt werden muß; es sei denn, daß sich die wenigen einsichtigen, wohlhaft liberalen Elemente in ihnen, ad, so gelächelten Reihen zusammenschließen, dann an der Seite der Socialdemokratie im großen Kampf gegen die Reaktion mit streiten könnten.

Die Freisinnigen dürfen sich für ihre Mißerfolge bei der Landtagswahl nicht auf das elendeste aller Wahlsysteme berufen; das Selbstadrecht ist ihnen vielfach günstig; zudem hatte die konservative Presse die Parole: „Unterstützung der Richterschen“ abgegeben, die diesen denn auch reichlich zu teil geworden ist — so darf auch die Dessenität der Wahl für sie keine Entschuldigung abgeben. Das verbietet aber vor allen Dingen das vernichtende Urteil der geheimen Abstimmung bei der Reichstagswahl. Mit besonderer Energie wurde diesmal der Kampf geführt; von der mächtig gestiegenen Zahl der Wahlberechtigten gingen in Preußen 75,5 Prozent zur Reichstagswahl gegen 68,4 Prozent im Jahre 1898. Abgesehen von der Reichspartei, den Antisemiten und dem Bund der Landwirte hatten alle andern Parteien wenigstens eine Zunahme der absoluten Stimmenzahl zu verzeichnen, wenn sie auch mit Ausnahme der Nationalliberalen und Polen relativ mehr oder weniger zurückgegangen waren. Die freisinnige Volkspartei dagegen, die 1898 auf preussischem Gebiete noch 432 970 Stimmen für ihre Reichstagskandidaten gezählt hatte, erhielt 1903 nur 386 411 Stimmen!

Wir entnehmen unsere Zahlen, die sich sämtlich auf das Ergebnis der Reichstagswahlen innerhalb Preußens beziehen, dem Bericht des kaiserlichen Statistischen Amtes für 1903. Die freisinnige Vereinigung, deren parlamentarische Vertreter sich im denkwürdigen Kampf gegen den Zollwucher den Socialdemokraten angeschlossen hatten, erhielt 154 204 Stimmen gegen 139 400 im Jahre 1898; auch relativ war sie nur wenig zurückgegangen, sie hatte 2,7 Proz. der gültig abgegebenen Stimmen erhalten gegen 2,9 Proz. im Jahre 1898. Dagegen war die freisinnige Volkspartei von 9,2 im Jahre 1898 auf 6,7 Proz. im Jahre 1903 zurückgegangen, ihre Stellung hatte sich fast um ein Drittel verschlechtert — alles das unter dem Reichstags-Wahlrecht, für das sie ja voll und unentwegt eintreten — wie sie sagen. Und wie sieht es nach der Landtagswahl aus?

Vergeßlich hatte der geistig bei weitem überlegenste Führer der Freisinnigen Vereinigung — Dr. Theodor Barth — zu einem kraftvollen Vorstoß gegenüber der Reaktion geraten, einem Vorstoß, der, wie er klar erkannt hatte und scharf hervorhob, in Preußen nur noch in Verbindung mit der Socialdemokratie geschehen kann. Seine Parteigenossen folgten ihm nicht; in würdigem Stolz lehnte Barth es ab, unter diesen Umständen überhaupt zu kandidieren, er hat seinen Anteil an der Schmach der übrigen. Und das Ergebnis für diese? Die freisinnige Vereinigung hat acht Mandate behauptet — oder neun, wenn man ihr den wildliberalen Wollast in Kiel zurechnet —, und zwar mit starker Majorität in Stettin, wo alle National-socialdemokraten einschließlich der Konservativen für sie eintreten. Leidlich im Königsberg, wo sie neben einem Volksparteiler und einem Nationalliberalen ein Mandat verteidigte, sehr schwach in Danzig,

wo zwei ihrer Kandidaten nebst einem Volksparteiler nach Gängen und Gängen mit wenigen Stimmen Majorität durchkamen; — beteiligt sich in Danzig bei gleichem Wahlsystem das nächste Mal die Socialdemokratie, so genügt ihr der geringste Erfolg, um das Schicksal der Danziger Freisinnigen in Händen zu haben. Die übrigen vier Mandate verbandt die freisinnige Vereinigung ausschließlich den nationalen Verhältnissen, unter denen die braven deutschen Bürger sich mit Außerachtlassung politischer Fragen gegen die Polen zusammenschließen. Drei der freisinnig-vereinigten Abgeordneten gemessen so den Vorzug, mit je einem konservativen Abgeordneten gemeinschaftlich gewählt zu sein, während der vierte zusammen mit zwei Freikonservativen von denselben Wahlmännern erkoren wurde.

Aber auch mit den „Unentwegten“ am Richter sieht es traurig aus. Ihr Königsberger und Danziger Mandat haben wir bereits erwähnt und beurteilt. Sie behaupteten ferner mit starker Majorität Berlin I, II, IV mit zusammen sieben Mandaten, Nordhausen und Hagen-Schwelm mit drei Mandaten und Frankfurt a. M., wo neben ihrem eigentlichen Mitglied der deutsche Volksparteiler Dejer gewählt wurde. Sehr schwach war ihr „Sieg“ in Berlin III, wo sie das nächste Mal ziemlich sicher der Socialdemokratie werden weichen müssen. Die fünf neuen Siege, die sechs Verluste gegenüberstehen, verdanken sie den Zusammengehen mit den Nationalliberalen! Frankfurt-Lebus und Liegnitz-Gahndau nahmen die vereinten Nationalliberalen und Freisinnigen den Konservativen ab; in Lennep-Remscheid überließen die Nationalliberalen eins ihrer drei Mandate den Freisinnigen, während in Halle-Saalkreis und Elberfeld-Varmen je ein freikonservatives Mandat einem Freisinnigen zufiel, indem die Nationalliberalen, um sich selbst das bisher mit Hilfe der Konservativen erlangte Mandat zu sichern, diesmal einen Pakt mit den Freisinnigen schlossen. Die beiden Siege in Elberfeld und Halle verdankt die freisinnige Volkspartei dem Vordringen der Socialdemokratie; die Nationalliberalen sahen sich veranlaßt, das Kartell mit den Freisinnigen zu lösen, weil sie mit diesen zusammen nicht mehr auf die Majorität der Wahlmänner rechnen durften; hatte doch schon im Jahre 1898 die Socialdemokratie in Halle 81, in Elberfeld 177 Wahlmänner durchgebracht, während sie jetzt 120 und 219 erhielt.

Außer den erwähnten 22 Mandaten verdankt die freisinnige Volkspartei ein Mandat ebenfalls der „polnischen Wirtschaft“, indem in Bromberg ein Wasserhändler neben einem konservativen und einem Freikonservativen dem Geschmach der deutschen Wahlmänner zusagte!

Haben wir unter Hinweis auf ihre Stimmenzahl bei den Reichstagswahlen mindestens der freisinnigen Volkspartei das Recht abgesprochen, sich auf das Wahlsystem zu berufen, so müssen wir den Freisinnigen auch das Recht absprechen, zu behaupten, die Socialdemokratie habe ihren Vorstoß gegen die Reaktion gemehmt. Wir sind so frei zu behaupten, daß es sich um einen ernstlichen Vorstoß gar nicht gehandelt hat. Das folgt nicht nur aus dem Mangel einer ernsthaften Agitation — ist doch eine freisinnige Wahlbeteiligung überhaupt nur in verhältnismäßig wenigen Kreisen zu verzeichnen —, sondern auch aus dem Umstand, daß die ärgsten Reaktionsäre an der Unterstützung der Freisinnigen nicht den geringsten Anstoß nahmen — unter der an sich schon wenig imponierenden Löwenhaut war Schmid der Schreiner zu deutlich sichtbar. Aber weiter: als 1898 die Leg. Rede drohte und sich bei der noch unentschiedenen Stellung der Socialdemokratie den Freisinnigen die glänzendste Gelegenheit bot, sich als Vorkämpfer bei einem Vorstoß gegen die Reaktion zu zeigen, wo blieb 1898 der freisinnige Vorstoß? Der Stuttgarter Parteitag hatte es den Genossen der einzelnen Kreise überlassen, ob und wie sie sich an der damals bevorstehenden Wahl beteiligen wollten, in den wichtigsten Kreisen, so in Teltow-Deestow und Nieder- und Oberbarnim, hatten die Parteigenossen, wie in Berlin, Wahlenthaltung beschlossen. Damals haben private Besprechungen mit Führern beider freisinnigen Gruppen stattgefunden — natürlich gesondert —, um sie zu ausgedehnterem Vorgehen zu bewegen; bei einigermaßen energischer Agitation, so wurde ihnen in Aussicht gestellt, würden unsere Parteigenossen ihnen vielfach ihre Stimmen geben, auf die ja die eigne Partei keinen Anspruch machte. Vergeblich — die Führer sahen die Wichtigkeit solcher Ausführungen ein; aber der Stumpfsinn ihrer Philistergarden erlaubte keine energischen Schritte, kleinlicher Egoismus lähmte selbst die Lust zu einem Versuch. Und diese Leute sollten jetzt einen Vorstoß geführt haben und nur durch die „perfidie Taktik“ der Socialdemokratie gehindert worden sein? Ach nein, umgekehrt wird ein Schuh daraus; die kleinen Erfolge von 1898 verdankten die Freisinnigen nur dem Eingreifen der Socialdemokratie, was sie in Frankfurt a. M. mit zwei, Breslau mit drei und Götlich-Lauban mit drei Mandaten auch dankend anerkannten. Und sollte es noch eines weiteren Beweises bedürfen, wie wenig die Freisinnigen ernstlich der Reaktion zu Leibe gehen wollten, so liefert ihn ein Blick auf die Stichwahlstatistik der Freisinnigen bei der letzten Reichstagswahl. Mit vollem Recht spricht Theodor Barth es aus: Der Liberalismus hat durch sein ganzes Verhalten „den Glauben an den Ernst seines Kampfes gegen das elendeste aller Wahlsysteme erschüttert.“

Die preussische Socialdemokratie ist in diesem von ihr jetzt allen Ernstes angenommenen Kampf auf sich allein angewiesen; sie wird ihn umso entschlossener und erditterter weiterkämpfen!

Freisinnsmoral.

Zur Rechtfertigung ihrer Verräterei greifen die Freisinnigen Volksparteiler zu Wahrheitswidrigkeiten aller Art. In Breslau leidet der Redakteur Dr. Dehke von der „Breslauer Zeitung“, ein Nichtermann unentgeltlich ein Stück, um das ihn die „Freisinnige Zeitung“ weiden könnte. Er verteidigt das klägliche Verhalten des Breslauer Liberalismus; es könne kein Zweifel bestehen, „daß eine Verbrüderung mit der Socialdemokratie die Chancen des Liberalismus nur verschlechtert haben würde“; „die Socialdemokratie ist eben einflussreicher noch nicht händnisfähig“; „zunehmende Rigorosität und Gemeinheit eines Teils der socialdemokratischen Presse“; das Vorkommen will „von einer Verbrüderung mit der Socialdemokratie, in welcher Form auch immer, absolut nichts wissen“; es sei gut, daß der Freisinn in Breslau die Verbrüderung mit der Socialdemokratie abgelehnt habe. Dr. Dehke schließt:

„Wir sind nunmehr das Odium, das in Form eines Verdachtes heimlichen Valtierens auf uns lastete, endgültig los. Wir marschieren der Zukunft entgegen mit leichterem Gepäck. Die Principientreue und Festigkeit, die wir am Freitag bewährt haben, wird uns neue Sympathien im Bürger-tume eintragen.“

Es wäre überflüssig, das liberale Gerede von den socialdemokratischen Verschuldungen nochmals als das zu kennzeichnen, was es ist, als blöden Versuch, die liberale Thätigkeit zu bedauern. Die Breslauer „Volkswacht“ ist aber in der Lage, altermäßig nachzuweisen, wie durchaus verlogen das Verhalten der Liberalen in dem besonderen Breslauer Fall ist:

„Es war vor zehn Jahren, 1893, als der Breslauer Freisinn den Versuch machte, der Reaktion die drei Landtagsmandate wieder abzukämpfen. Er mochte sich wohl damals schon zu schwach fühlen, um das Werk aus eigener Kraft zu vollbringen. Deshalb begabten sich die freisinnigen Führer zu dem damaligen socialdemokratischen Vertrauensmann Emil May und veranlaßten ihn und mehrere andere Genossen, ein Flugblatt „an die Breslauer Arbeiter“ loszulassen, in welchem für die Unterstützung freisinniger Wahlmänner und freisinniger Abgeordneter Stimmung gemacht wurde. Schon 1893 schaute man den Pakt mit den Socialdemokraten trotz gefährlicher Prognosen und „abschreckender Theorie“

nicht, man suchte im Gegenteil die Unterstützung solch gefährlicher Patrone für die freisinnigen Wahlen zu finden.

Fünf Jahre später. Wieder ging's zur Landtagswahl. Unter Anleitung des Genossen Bruns beteiligten sich 1898 die Sozialdemokraten Breslaus zum erstenmal offiziell und selbständig an dieser Wahl mit dem Erfolge, daß sie 88 Wahlmänner-Mandate erwarben. Der liberale Gedanke war auch diesmal nicht kräftig genug gewesen, um den Sieg sich zuzuwenden, und abermals trat der Freisinn an die offizielle Vertretung der Breslauer Sozialdemokratie heran mit dem Ersuchen, ein Bündnis abzuschließen. Zuerst erhoben uns Genossen damals schon die Forderung auf Abtretung eines Mandats, ließen sich aber im Laufe der Verhandlungen von den Freisinnigen überzeugen, daß die Forderung „diesmal“ noch nicht zu verwirklichen sei. Gegen eine Minderheit wurde 1898 das Bündnis mit dem liberalen Bürgerturn abgeschlossen. Und als der Pakt den erwarteten Erfolg gezeitigt hatte, da bedankten sich mittels Interzats in der „Volkswacht“ die Freisinnigen bei ihren roten, „gefährlichen“ und „absprechenden“ Bundesbrüdern für die gehaltene Treue.

Durch eine auf unserer Seite verübte Ungeschicklichkeit erfolgte 1900 die Kassation der Breslauer Wahl laut Beschluß des Abgeordnetenhauses. Zum drittenmal stritten die „Bürger“ die Bruderhand aus nach der schwierigen Fäust der bündnisunfähigen Sozialdemokraten. Wieder schlugen wir ein, wieder siegte der Freisinn, wieder Lobeserhebungen der liberalen Blätter über die vernünftige Haltung der Bundesbrüder von der roten Partei.

Und zwischendurch laufen mancherlei Posten sekundärer Natur... Treulich haben wir jedesmal unser Versehen gehalten, dankbar haben die Freisinnigen das stets anerkannt und heute kommt Herr Dehße, um uns zu beweisen, daß wir bündnisunfähig sind.

Diese Bündnisunfähigkeit trat erst in dem Augenblick ein, als wir ein Mandat forderten, vorher hat man sie nicht gemerkt...

Diese Erinnerungen der „Volkswacht“ an einstige Freisinn-Bereitschaft, sich durch die Sozialdemokratie Vorteile zuzugewinnen zu lassen, beantwortete Dr. Dehße durch Fortsetzung ebenso hochmütiger wie unwahren Darstellungen: es sei richtig und spreche für die Vorurteilslosigkeit der Liberalen, daß es „von freisinniger Seite in Breslau an wohlwollenden Versuchen, eine gewisse Verständigung mit der Sozialdemokratie wenigstens in einigen Fällen herbeizuführen, in früheren Jahren nicht gefehlt hat“, aber „nie hat unsre Parteileitung ein Abkommen dahin getroffen, den Besitzstand mit der Sozialdemokratie zu teilen, sie ist nicht einmal so weit gegangen, die freisinnigen Wähler in irgend einem Falle dazu anzufragen, für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Vorschläge letzterer Art sind zwar in früheren Jahren im Schoße der Parteileitung ausgetauscht, aber schließlich doch jedesmal abgelehnt worden.“

Die „Volkswacht“ setzt diesem dreifachen Ablehnungsversuch die Veröffentlichung dieses Rundschreibens entgegen:

Stadtverordnetenwahl.

III. Abteilung, Bezirk 20.

Breslau, Dezember 1900.

Sehr geehrter Herr!

Die sozialdemokratische Partei empfiehlt ihren Parteifreunden, in der Stichwahl im Bezirk 20 und 24 für die freisinnigen Kandidaten Rende, Müller und Schleifer zu stimmen.

Wir empfehlen unsrerseits unsren Parteigenossen im 20. Bezirk dringendst, in der Stichwahl für die sozialdemokratischen Kandidaten, die Herren

Tischler Hermann Wrofig

und

Köpfer Hermann Neuberger

zu stimmen.

Der diesem unsren Rats folgt, bekämpft die Reaktion und fördert gleichzeitig die Wahl unsrer Kandidaten im 20. und 24. Bezirk.

Das Wahlbureau der vereinigten freisinnigen Parteien.

Simon Heilberg.

Das freisinnige Bezirks-Wahlkomitee.

In den Unterzeichnern dieses Rundschreibens gehörte unter andren Freisinnanhängern auch — Dr. Dehße!

Es ist danach unausweichlich festgestellt, daß der Freisinn stets gegen die sozialdemokratische Hilfe nahm, besonders wenn unmittelbare Gegenleistungen nicht gefordert wurden, daß er aber neuerdings das frühere Verhalten fortzujagen sich bemüht und die einst heiß umwordene Sozialdemokratie unsinnig und wahrheitswidrig lästert, nur um die liberalen Gefolgskleute für das Bündnis zu jähnen, das er mit rechtsstehenden und reaktionären Parteien abzuschließen durch seine eigne reaktionäre Entwicklung sich begeistert fühlt.

Terrorismus! Der „Hannoversche Courier“ veröffentlicht Namen, Stand und Wohnort derjenigen eif. für die Kandidatur Wof verpflichteten Wahlmänner, die nicht zur Wahl erschienen. — Bei dieser Gelegenheit wird festgestellt, daß in der Stadt Linden, wo 198 Wahlmänner zu wählen waren — also in jeder Abteilung 68 — die Sozialdemokratie 122 Wahlmänner durchsetzte. Im Landkreis Linden mit 150 Wahlmännern erhielten die Sozialdemokraten nur 19 (gegen 18 im Jahre 1898). Für ungültig erklärt wurden 6 nationalliberale Mandate, oder wie der „D. C.“ sich ausdrückt, um dem Loben und Lärmen der Sozialdemokraten ein Ende zu machen, verzichteten diese Wahlmänner auf die Ausübung ihres Wahlrechtes! Bei einer etwaigen kommenden Wahl wird mit besonderem Nachdruck in Linden-Land gearbeitet werden müssen, das zum großen Teil auch industriell bevölkert ist. Das Resultat von Linden-Stadt zeigt, was durch zähe Arbeit — 1898 standen sich dort 84 sozialdemokratische und 60 nationalliberale Wahlmänner gegenüber — in städtischen Industriebezirken erreicht werden kann.

Zu Stiebers Spuren. Zu unsrer Notiz unter dieser Aufschrift bemerkt die „Freisinnige Zeitung“, daß sie die Schmach mit der „Kölnischen Zeitung“ teilt. Ihre Ansrede: „Offenbar ist nicht beachtet worden (von wem? vom Sieger?), daß die drei Worte durchstrichen waren“ ist absolut haltlos; gerade die drei Worte waren ja die Hauptsache, ohne die der Heß gegen den „Vorwärts“ völlig unmöglich war.

Ein letztes Wort an die Gemeindegewähler

wurde gestern noch einmal in 15 Versammlungen gerichtet. Unse Genossen thun, indem sie sich an der Wahl beteiligen, einfach ihre Pflicht, und nach vollendeter Wahl gehen sie unermüdet wieder an die Organisationsarbeit. Solche brachte ihnen die verflozene Landtagswahl und wird ihnen auch die jetzige Stadtverordnetenwahl wieder in Halle und Halle bringen. Die Sozialdemokratie jaugt aus allen Blüten Honig, warum nicht auch aus der öffentlichen Abstimmung, mit deren Hilfe gerade der abhängige Wähler gelnebelt oder der Wahl ferngehalten werden soll?

Bei der öffentlichen Abstimmung lernt man so manchen bisher unbekanntem Genossen kennen, den man der Organisation und dem man die sozialistische Presse zuführen kann!

Gegen die Sozialdemokratie ist eben kein Kraut gewachsen. Das haben die Berliner Kommunal-Freisinnigen bei der Stadtverordnetenwahl in der dritten Klasse bereits zur Genüge erfahren. Wer weiß, vielleicht kommt nach den Erfahrungen der Landtagswahl auch noch die Zeit, wo man ihnen da oder dort auch in der zweiten Klasse einmal ernsthaft zu Leibe rücken wird.

Die Unzufriedenheit mit dem Kommunal-Freisinn ist riesengroß; vielleicht noch größer als mit dem politischen. Sie reicht in Kreise hinein, wo die Herren es nicht ahnen; sonst hätten sie sich bei der Aufstellung „Ihrer“ Wahlmänner gelegentlich der Landtagswahl nicht so oft und so arg vergiffen.

Die Wortworte, welche gestern die Redner in den 15 sozialdemokratischen Kommunalwähler-Versammlungen der freisinnigen Stadtverordneten-Majorität machten, fanden nicht nur den Beifall der Versammelten, sondern werden von der großen Mehrheit der Berliner Bevölkerung als berechtigt anerkannt.

In den Armiregimenten waren die Vorliebesoffen des 2. Kommunal-Wahlbezirks zahlreich versammelt. Mit sichtlichem Interesse und lebhaftem Beifall nahmen die Anwesenden das Referat des Genossen Karl Liebknecht sowie die Ausführungen des Kandidaten, Genossen Manasse entgegen, der in beredten Worten zum Kampf gegen das volkschädigende Regiment des Freisinn aufrief.

In Zähltes Salon, Demewitzstraße, tagte die Versammlung für den 5. Kommunal-Wahlbezirk. Hier beauftragte Reichstags-Abgeordneter Sturm noch einmal die Wahl des Genossen Werner mit warmen Worten, nachdem er das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie entwickelt, den Liberalismus kritisch beleuchtet und nachgewiesen hatte, wie thöricht das freisinnige Märchen von der angeblich ihrem Wesen nach unpolitischen kommunalen Verwaltung sei, wo die Interessen aller Bevölkerungsschichten gleichmäßig gewahrt würden. Das Gegenteil sei der Fall. Lebhafter Beifall folgte dem Vortrage.

Die Wähler des 8. Bezirks waren noch einmal nach Habels Brauerei-Kaufhaus zusammengerufen worden, wo der sozialdemokratische Kandidat Genosse Krieger das Referat hielt. Treffend kennzeichnete er das Wesen des Kommunal-Freisinn, indem er durch eine kritische Betrachtung seiner Thaten und seiner Unterlassungssünden den aufmerksamen Hörern unter andern vor Augen führte, wie oft in der Kommune der Freisinn in seiner dortigen Nachstellung sein eignes politisches Programm verrät. Demgegenüber stellte er das Wirken der Sozialdemokratie. Redner fand bei der Versammlung diesen Beifall. Einhellig war man mit ihm und dem Genossen Scholz, der nach ihm fertige Worte sprach, der Meinung, daß der Bezirk mit aller Kraft der Partei wiedererobert werden müsse.

Im Alten Schützenhause hatten sich die Wähler des 28. Bezirks ziemlich zahlreich versammelt und folgten mit lebhaftem Interesse dem Vortrag des Genossen Dr. Weyl, der treffend den Unterschied zwischen der Sozialdemokratie, die die Kommune zu einem sozialen Gemeinwesen gestalten will, und dem Freisinn, der sie gleichsam als ein kapitalistisches Unternehmen betrachtet, darlegte und zum Schluß darauf hinwies, daß der sozialdemokratische Kandidat Franz Kopsche, der sich bereits in mehreren städtischen Ehrenämtern auszuweisen bewährt hat, vortrefflich zur Thätigkeit eines Stadtverordneten vorgebildet und befähigt ist. Hierauf nahm Genosse Kopsche das Wort zu einer fertigen Ansprache, die starken Beifall hervorrief.

Im Saale der Brauerei Königsstadt, wo die Versammlung für den 31. Bezirk tagte, waren etwa 500 Personen versammelt. Hier sprachen zunächst Genosse Poersch und darauf der Kandidat Hermann Schubert, der unter andern auf ein für den freisinnigen Reichswehr-Kandidaten Max Groß verbeichtetes Flugblatt einging, das von Lügen über die Sozialdemokratie sprach, so daß es kaum von der schwärzesten Reaktion überboten werden kann. Die von gründlicher Sachkenntnis und erwiehten Willen zeugenden Ausführungen des Referenten und des Kandidaten fanden lebhaften Beifall.

In der „Arantia“ sprach Genosse Reichstags-Abgeordneter Stadthagen vor zahlreichen Zuhörern, die seinen fesselnden Ausführungen mit gespannter Aufmerksamkeit folgten. Der Redner begann seine Kritik an der liberalen Kommunalpolitik mit einer Verpötlung des liberalen „Männerstolzes“ vor Königströmen und erörterte die Bodenpolitik der liberalen Hausbesitzer in der Stadtverwaltung. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung legte der Redner die sozialdemokratischen Forderungen an die Kommune dar.

Der weite Saal der „Drachenburg“ war vollständig besetzt. Der Referent, Genosse Singer, wurde von den lebhaftesten Zustimmungsrufen der begeisterten Zuhörer fortwährend unterbrochen. Nach einer Darlegung des erbärmlichen Verhaltens der Freisinnigen bei den Landtagswahlen erörterte der Redner in eingehender Weise die Mißstände in der Berliner Stadterwaltung, für welche die freisinnige Mehrheit verantwortlich sei. Die Darlegung des Verhaltens der Verwaltung gegen die städtischen Gasarbeiter anlässlich der Landtagswahl rief die stürmische Entrüstung der Versammlung hervor, welche Genosse Singer mit den Worten beantwortete: „Darüber wird noch an anderer Stelle ein Wortchen geredet werden“. In der Versammlung herrschte begeisterte Kampfstimmung.

In dem Saale der Brauerei Germania, Frankfurter Allee 13, hatten die Genossen Heimann und Druns, letzterer als Kandidat für das Stadtparlament, es übernommen, ein letztes Wort an die Wähler zu richten. Beide gaben ein erschöpfendes Resümee der Aufgaben, die unsrer Genossen im Roten Hause noch harren, und feierten die Versammelten an, durch recht zahlreiche Beteiligung an der Wahl den Sieg zu einem vollständigen zu machen!

37. Kommunal-Wahlbezirk. Trotz des unangenehmen Schneegewitters hatten sich die Genossen zahlreich in Hirtens Lokal eingefunden. Der bisherige Vertreter des Bezirks, Genosse Worgmann, führte den Wählern in seinem beifällig aufgenommenen Vortrage die zahlreichen Schäden und Mängel der hiesigen liberalen Kommunalpolitik vor Augen und legte ihnen nahe, auch noch die letzten paar Stunden vor der Wahl auszunutzen, damit der Bezirk nicht nur wiedererobert, sondern auch eine möglichst große Stimmenzahl auf die sozialdemokratische Partei vereinigt werde.

Im Saale von Herzog, Memelerstr. 67, sprach der Stadtverordnete Genosse Ad. Hoffmann vor einer sehr stark besuchten Versammlung. Seine reichen Erfahrungen aus der kommunalen Praxis verwendete er zu einem eindrucksvollen Referat. Er wurde wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen. Nach Beendigung des Vortrags richtete der Kandidat Genosse Paul Schneider noch einige Worte an die Versammlung, die nach kurzer Diskussion mit Hochrufen auf den Genossen Ad. Hoffmann auseinanderging.

Im Saale der Sprechhallen in der Kirchstraße referierten die Genossen Ewald und Kagenstein vor den Wählern des 42. Kommunal-Wahlbezirks. Die Ausführungen der Redner, besonders die an den Freisinnigen geübte scharfe Kritik, fanden lebhaften Beifall. Nach den Referenten nahm der Kandidat des Bezirks, Genosse Anders, zu einer kurzen Ansprache das Wort. Auch aus den Reihen der Versammelten wurde auf die Bedeutung der Wahl hingewiesen und zur regen Beteiligung aufgefordert.

Für den 47. Kommunal-Wahlbezirk fand im Feldschlößchen, Müllerstraße, eine Versammlung statt. Genosse Reichstags-Abgeordneter Jubel gab in seiner Rede einen historischen Rückblick auf die Entstehung der Städteordnung, die ein Ausfluß des reaktionärsten Geistes ist. Diese Verordnung hält man noch aufrecht, daß sie das Eindringen der Arbeiterklasse in die Stadtparlamente verhindern und das Regiment des Grundbesitzes aufrecht erhalten soll. In treffender Weise schilderte der Redner die Rückständigkeit der Hausbesitzer und kritisierte in scharfer Weise unter der Zustimmung der Versammlung ihre kulturwidrigen Forderungen. Die Berliner Arbeiterklasse möge dafür sorgen, daß den Herren ihre Suppe versalzen wird.

47. Kommunal-Wahlbezirk. Im „Marienbad“ referierte Doktor Friedberg. Nach einer gründlichen Kritik unsrer kommunalen Zustände feuerte er die Genossen an, für eine möglichst zahlreiche Wahlbeteiligung zu sorgen, damit die Gegner für immer darauf verzichten, und den Bezirk je wieder freitig zu machen. Hierauf richtete der Kandidat und bisherige Vertreter des Bezirks, Genosse Augustin, noch eine kurze Ansprache an die Erschienenen. Wäher ist noch nichts darüber bekannt geworden, ob die Gegner einen Kandidaten aufgestellt haben oder nicht.

In der in Schmidts Gesellschaftshaus, Gartenstraße, stattgefundenen Versammlung sprach Genosse Walded Manasse. Er legte dar, welche hohes Interesse der Ausfall der Kommunalwahlen für die Arbeiterklasse Berlins habe. In satirischer Weise beleuchtete

er das Treiben des Freisinn im Roten Hause und forderte die Anwesenden auf, durch die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten dem Freisinn den Lohn für sein feiges und verräterisches Verhalten bei den Landtagswahlen zu geben.

Verfammlungen.

Der Centralverband der Stultateure hielt am Montag seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Ueber den ersten Punkt, Anstellung eines Verbandsbeamten, referierte H. S. n. e. r., welcher die Notwendigkeit einer solchen Anstellung darlegte, und berechnete, daß bei einer Erhöhung des Wochenbeitrages um 10 Pf. es den Mitgliedern der Filiale Berlin möglich sei, sämtliche dadurch entstehende Unkosten zu decken. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, eine Urabstimmung in der Filiale darüber herbeizuführen, ob die Mitglieder gewillt sind, pro Arbeitswoche 10 Pf. Extrasteuer zu zahlen, und wenn eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder dafür ist, soll ein Kollege als Beamter angestellt werden. — Hierauf wurde der letzte Leitartikel des Fachorgans einer scharfen Kritik unterzogen und wurde beschlossen, der Redaktion eine Erklärung zum Ausdruck zu unterbreiten, in welcher dagegen protestiert wird, daß der Berliner Vorstand, ohne im Einverständnis mit den Mitgliedern zu sein, die Geschäfte führen soll. — Abdam wurde mitgeteilt, daß den Arbeitgeber Cirkulare zugesandt seien, worin dieselben ersucht werden, darauf hinzuwirken, daß die Baupolizei-Verordnung vom 1. Oktober 1901 auch überall innegehalten wird und worin ferner darauf hingewiesen wird, daß die Arbeitszeit der Stultateure sich im Winter entsprechend der der Maurer verkürzt. Hierbei soll besonders darauf geachtet werden, daß da täglich um 4 Uhr Feierabend gemacht wird, dieses des Sonntags um 3 Uhr geschieht. — Das Resultat der Urabstimmung in betreff der Arbeitslosen-Unterstützung ergab für Berlin die Ablehnung derselben mit 420 gegen 150 Stimmen. — Unter Verschiedenem teilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand in seiner Sitzung den freitenden Textilarbeitern in Grimmitzhan 100 M. als zweite Rate, den Metallarbeitern 200 M. und den Adressenschreibern 50 M. zugebilligt habe. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Hierauf wurde mitgeteilt, daß der Schlichtungskommission einige Streitfragen bei der Firma G. Wiele vorliegen, und soll hierbei gleichzeitig versucht werden, durch eine besondere Definierung klar festzulegen, was ein Preisgebot ist. — Nach Erledigung mehrerer Angelegenheiten von geringerer Bedeutung wurden die Anwesenden noch ersucht, sich zahlreich an den demnächst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen, damit recht viele Vertreter der Arbeiterinteressen ins rote Haus ihren Einzug halten.

Teltow. In einer gut besuchten Versammlung von Männern und Frauen sprach am Sonntag im „Schweizerhäuschen“ in Seehof-Teltow Genosse Dr. Maurer über den Ausfall der preussischen Landtagswahlen. In andershalbtündigem Vortrage geißelte der Redner das Verhalten der bürgerlichen Kräfte gegenüber der Sozialdemokratie. Obwohl es dem Freisinn nochmals möglich war, in einigen Wahlkreisen eine Anzahl Stimmen zu erhalten, schwand den Freisinnigen dieser Trost infolge ihrer jämmerlichen Haltung bei den Stichwahlen für die nächsten Wahlen mehr und mehr, da für wirklich oppositionell genante Wähler nur allein die Sozialdemokratie als einzige Kampfpartei übrig bleibe. Haben wir auch keine Mandate erobert, so sind doch die Erfolge für uns große zu nennen und müssen bei weiterer Beteiligung sich noch vergrößern. Geradezu erbärmlich nannte der Redner das Geschrei der Gegner, angeführt der Dreifachenwahl von einer Niederlage der Sozialdemokratie zu schreiben. Die fesselnden Ausführungen des Referenten wurden von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — In der kurzen Diskussion kam die grenzenlose Wut unsrer Gegner hierher zur Sprache, da in der 3. Abteilung unsre Wahlmänner mit erdrückender Mehrheit 110 gegen 30 bürgerliche gewählt wurden. Alle kleinen Geschäftsleute, welche nicht nach dem Geizmaß unsrer Philister gewöhnt haben, sollen bofottiert werden. — Im zweiten Punkt der Tagesordnung erstatteten die Genossen Röder und Kehler als Stadtverordnete Bericht über ihre Thätigkeit in der Stadtverordneten-Versammlung. Der Bericht fand den Beifall der Genossen. — Abdam erfolgte die Aufstellung eines Kandidaten für die am 30. d. Mts. stattfindende Stadtverordneten-Wahl. In Vorschlag gebracht als solcher und von der Versammlung angenommen wurde unser Parteigenosse Schneidermeister Gustav Franke. Die Versammelten versprachen, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß Genosse Franke als dritter im Bunde ins Stadtverordneten-Kollegium einzieht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stadtverordnetenwahl in Reimscheid.

Reimscheid, 26. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden 3 Sitze mit großer Mehrheit von der Sozialdemokratie erobert.

Abgeordnetenhaus.

Wien, 26. November. (W. T. V.) In der Debatte über die Erklärung des Ministerpräsidenten führt Abg. Forsthat aus, die Gesehen seien unter Aufrechterhaltung ihres politischen Programms jederzeit bereit, an den Versuchen zur Konsolidierung Oesterreichs teilzunehmen, sofern ihre Rechte, ihre politische und kulturelle Bedeutung geachtet würden. Abg. Neuner erklärt, die Ueberweisung der der Krone bezüglich der Armee stehenden Hoheitsrechte an die gesetzgebenden Körperschaften in Oesterreich würde einlose Parteikämpfe auf die Armee übertragen. Abg. Klossac spricht sich dafür aus, daß der Föderalismus auch auf die Armee Anwendung finden solle. Die Weiterberatung wird sodann auf morgen vertagt.

Nach Schluß der Sitzung stellten die Czetsch-Radikalen Pressi, Klossac und Schnal den Journalisten Mandl, welcher die Nachricht von dem angeblichen Uhnredlichstahl Preßis im Belgrader Konal verbreitet haben soll, in der Parlamentshalle energisch zur Rede, wobei es zu einem heftigen Wortwechsel kam, der in Thätigkeiten ausartete.

Rom, 26. Nov. (W. T. V.) Die Unversität ist wegen der heute von den Studenten veranstalteten Kundgebungen geschlossen worden.

Wohum, 26. November. (W. T. V.) Auf der Straße Wanne-Münster wurden heute mittag zwei Streifenarbeiter von dem Schnellzuge 93, Münster-Köln, erfaßt. Der Westfälischen Volkszeitung zufolge war der eine Arbeiter sofort tot, während der andre kurz nach dem Unglücksfall seinen Verletzungen erlag.

Liens, 26. November. (W. T. V.) Infolge des letzten Regenwetters sind im Defreggerthale viele Felsstürze erfolgt. Die Straße ist gesperrt; zahlreiche Felder sind verschüttet und viele Häuser in großer Gefahr.

Genf, 26. November. (Melung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) Auf Ersuchen der Landes-Polizeibehörde verhaftete die hiesige Polizei zwei Anarchisten Namens Stohanoff oder Wurtzoff und Arafoff. Der Name des ersten ist ungewiß. Er kam zum erstenmal im Jahre 1889 von Sibirien nach Genf, blieb aber nicht dauernd hier. Später wurde er in London wegen anarchoistischer Propaganda und Aufreizung zur Anwendung gewaltthätiger Mittel zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung dieser Strafe lehrte er hierher zurück, wo er vor zwei Jahren Arafoff kennen lernte. Sie haben beide ein Blatt „Narodovolch“ (Volkswille) heraus. Zur Täuschung der Polizei trug das Blatt den Berner: Gedruckt in London. Beide Anarchisten hielten sich bald in Genf, bald in Clarens und in Montreux auf. Voraussichtlich werden sie ausgewiesen und an die Landesgrenze geführt werden, welche sie wählen.

Jaurès gegen Kritschewsky.

Bereits aus dem Artikel unfers Pariser Korrespondenten, des Genossen Kritschewsky: „Die Jaurès citiert und warum er schimpft“ (Nr. 271 des „Vorwärts“) erfahren unsere Leser, daß Genosse Jaurès die Berichterstattung des Genossen Kritschewsky in der „Petite République“ bemängelt, ihr „seltenerische Voreingenommenheit“ und „monströse Verleumdung“ vorgeworfen hat. Genosse Kritschewsky hat auf diesen Angriff durch obigen Artikel eingehend geantwortet. Er hat jedoch auch gleichzeitig der „Petite République“ eine kurzgefaßte Entgegnung eingesandt, an die dann Genosse Jaurès eine umfangreiche Replik geknüpft hat. Am Schlusse dieser Entgegnung erklärte Jaurès, daß er es der Loyalität des „Vorwärts“ überlasse, ob er diesen Artikel, wiedergeben wolle. Trotzdem der Jaurès'sche Artikel, wie er selbst hinzufügt, „ziemlich heftig in seiner Form“ ist, tragen wir selbstverständlich nicht das geringste Bedenken, diesen Ausfluß „einer schon lange zurückgehaltenen Entrüstung“ in seinem vollen Umfange abzubilden. Wie uns Genosse Kritschewsky mitgeteilt hat, beabsichtigte er, in der „Petite République“ selbst dem Genossen Jaurès abdermals, diesmal ausführlicher, zu entgegnen. Sobald diese Entgegnung unfers Korrespondenten vorliegen wird, werden wir auch sie selbstverständlich zur Kenntnis unfers Leser bringen.

Der Artikel des Genossen Jaurès lautet: Wenn Kritschewsky sagt, daß der Säbelschlag über die Unternehmer von Armentières auch durch mich mit herbeigeführt sei, wenn er dieser Einmischung der bewaffneten Macht (intervention du sabre — Dazwischenschaltung des Säbels) die angebliche Niederlage des Streiks zuschreibt, so habe ich das Recht, zu sagen, daß er damit unsere ganze Politik und unser ganzes Bestreben dahin zusammenfaßt, das Proletariat des Nordens unter das Regiment des Säbels zu bringen. Und wie kann er sagen, ich hätte die Anwendung der Gewalt gegen die Streikenden gutgeheißen? Ohne Unterlaß habe ich dem Ministerpräsidenten die Beschlüsse des Streikkomitees über die militärische Besetzung übermitteln und dieser hat sofort Instruktionen gegeben, die schreiendsten Mißstände abzustellen.

Was konnten wir in diesem Punkte mehr thun? Sieht es heute bei der gegenwärtigen politischen und sozialen Entwicklung eine Regierung, von der man erwarten könnte, daß sie niemals Soldaten nach einem Streikgebiet entsendet? Soll man, bis dieser Augenblick einmal kommt, der durch nichts anderes beschleunigt werden kann als durch eine starke Organisation der Arbeiterklasse, die befähigt ist, ihre Bewegungen selbständig zu regeln, soll man sich bis dahin jeden wirksamen Eingreifens zu Gunsten der streikenden Arbeiter enthalten? Und doch macht mir im Grunde genommen der Korrespondent des „Vorwärts“ gerade daraus einen Vorwurf. Es scheint, daß wir Unrecht thäten, indem wir nicht der Tagesordnung Delors, die weder von dem Schiedsgericht, noch von der Enquete spricht und die sich darauf beschränkt, die Zurückziehung der Truppen zu verlangen, den Vorzug gaben. Ein ohnmächtiges Votum, eine „platonische“ Manifestation, in diesem entscheidenden Augenblick des Streiks, wo es galt, zu handeln und etwas zu erreichen. Ich habe in meiner Rede selbst gegen die übermäßige Truppenzusammenziehung protestiert. Unsere Freunde haben der Budgetkommission, die demnächst ihren Bericht erstatten wird, einen Antrag unterbreitet, wonach den Familien der Streikenden eine staatliche Unterstützung von 100 000 Fr. bewilligt werden soll. Aber in die Resolution, welche ich der Kammer unterbreitete, wollte ich nur zwei Forderungen hineinbringen, Schiedsgericht und Enquete, für welche ich auf eine Majorität hoffen konnte.

Dies hätte ich mit Vorbedacht gethan, im Interesse der kämpfenden Arbeiter und unter Zustimmung von zwei Delegierten der Arbeiter, den sozialistischen Bürgermeistern von Armentières und von Houplines, die nach Paris gekommen waren, um mich in der Disziplin zu unterstützen. Wir dauern einen Vortour zu machen und zu behaupten, daß ich damit den Unternehmern des Nordens den Säbelschlag gegenüber den Arbeitern bewilligt hätte, das ist eine untragliche Verleumdung, das ist eine so ungeheuerliche Entstellung der Absichten und der Thatsachen, daß ich wohl das Recht habe, dies als einen Skandal zu bezeichnen. Der Genosse Kritschewsky scheint sich auch nicht im Zweifel zu sein über die Schwere dieser Entstellung und er enthält damit den Grad von Gewissenlosigkeit, bis zu welchem die Sektiererei führen kann.

Alltürkisches.

Die deutsche Socialdemokratie ist nicht mehr so naiv, wie der Bürger im „Raust“ zu sagen:

Nichts besseres weis ich mir an Sonn- und Feiertagen Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei. Wenn hinten, weit, in der Türkei Die Völker aufeinander schlagen.

Sie weiß vielmehr, daß eben so wie in China so auch in der Türkei die Interessensphären des Handels und der Gewalthaber der großen Nationen Europas zusammenstoßen, daß ein Punkt dort einen Weltbrand entfachen kann. Die Socialdemokratie weiß, was ihr Karl Marx über die orientalische Frage in den fünfziger Jahren und Wilhelm Liebknecht 1877/1878 in seiner Broschüre „Soll Europa losatisch werden?“ gesagt haben, daß mit Russlands Macht über die Türkei seine Uebermacht über das übrige Europa wächst und damit die Gefahr für Freiheit und Kultur; daß die Socialdemokratie also für die Unabhängigkeit der Türkei von Russland, gegen russische Annexionsgelüste einzutreten hat, sowie für Loslösung und Selbständigkeitsklärung von Macedonien und Albanien. Doch die Socialdemokratie hat ein noch weitergehendes Interesse an der Türkei als das durch die augenblickliche politische Konstellation bedingte. Sie hat die Pflicht, auf die kulturwidrigen Zustände immer von neuem hinzuweisen, unter denen ein für höhere Kultur reifes Volk leidet, und den türkischen Revolutionären gerecht zu werden, die ihrem Vaterland die Achtung vor Menschewürde und Menschenrecht erobern wollen, die aber entweder in ihrer Heimat getöbelt sind oder im Ausland als Flüchtlinge umherirren. So soll im folgenden wiedergegeben werden, was türkische Freunde mir zu sagen wollten, und zwar sei eine Schilderung der Verhältnisse in der Türkei gegeben, weil sie ein Musterbeispiel bieten, wie es unter der uneingeschränkten Herrschaft reaktionärer Gewalten aussieht.

Es giebt selbstredend keine Oppositionspresse in der Türkei, vielmehr nur offizielle, von der Regierung subventionierte Zeitungen, die zwar in verschiedenen Mäßen unterliegen, doch alle in Geist und Ausdrucksweise den gleichen Regierungsstempel tragen. Daher müssen wir und der geheimen türkischen Presse zuzuwenden, die in London, Genf, Brüssel, Paris erscheint, wenn wir die revolutionären Elemente der türkischen Tagesdruckschriften kennen lernen wollen. In Genf war in den 90er Jahren der Sammelplatz der unbotmäßigen türkischen Intelligenz; eine Gruppe von Leuten, meist Ärzte, die ihr Studium aus politischen Gründen nicht absolvieren hatten, daher kurz die Mediziner (Tıbbiiler) genannt, hatte den Vorschlag gefaßt, eine nationale türkische, entschieden freiheitliche, aktiviätige Partei zu gründen und vertrat ihre Forderungen in einer Zeitung, dem „Önänen“. Unter diesen Flüchtlingen herrschte aber keine Einmütigkeit der Ueberzeugungen und der Affion. Der eine wollte den Anarchismus, der andre den Socialismus, wieder ein anderer erwartete alles Heil vom Atheismus. So ging jede Einmütigkeit verloren, der Regierung mußte es gelingen, mit Hilfe einer stumpfsinnigen Spitzelwirtschaft die Genfer Partei zu zersprengen. Der „Önänen“ wurde später nach London verpflanzt. Bester als der „Önänen“ ist ein andres, noch jetzt

Es ist wahr, der Genosse Kritschewsky urteilt von oben herab und benützet das Resultat unserer Bemühungen. Die Unternehmer hatten das Schiedsgericht, welches der Präsekt vorgeschlagen und das von den Arbeitern acceptiert worden war, abgelehnt. Der Augenblick war kritisch; alle Auswege waren verstopft. In diesem Moment erlangten wir von der Kammer ein einstimmiges Votum für das Schiedsgericht und die Enquete und dies bedeutete eine direkte Verleumdung und Verurteilung des unverföhlichen Standpunktes der Unternehmer. Dadurch wurde das Vertrauen der Arbeiter wieder belebt und die Möglichkeit einer gerechten und billigen Lösung des Konflikts eröffnet. Aber was bedeutet das für den Genossen Kritschewsky? Nichts oder fast nichts: Ein „einstimmiges und platonisches“ Votum. Als ob nicht schon diese Einstimmigkeit an sich, die sich infolge meiner Rede, in der ich die Täuschungen der Unternehmer kennzeichnete, ergab, die Unternehmer des Nordens in eine unangenehme Lage versetzt hätte! Als ob die Abstimmung nicht die Widerstandskraft der Unternehmer gegen die gerechten Forderungen der Arbeiter wesentlich geschwächt hätte! Aber nein, weil die Unternehmer selbst auch unter dem Eindruck des Kammervotums noch das Schiedsgericht ablehnten, beist sich der Korrespondent des „Vorwärts“ zu schreiben, daß die Abstimmung der Kammer nutzlos ist, daß sie nicht zählt; und er läßt vor den Augen der Socialdemokratie Deutschlands nur den (mit meiner Zustimmung) über den Arbeitern des Nordens geschwungenen Säbel erscheinen. Blindheit und Verleumdung!

Umsonst beruft sich der Genosse Kritschewsky zu seiner Verteidigung darauf, daß er diese Korrespondenz drei Tage vor dem streikenden Ende des Streiks abgehandelt hat. Er gesteht damit selbst seinen Mangel an Scharfblick und seine radikale Unfähigkeit zu. Er verkündet und proklamiert die Niederlage der Arbeiterklasse drei Tage vor dem vollständigen Siege. Und aus dieser angeblichen Niederlage, welche sein Sektierergeist fieberhaft in sich aufnimmt, machte er sich eine Waffe gegen diejenigen der Socialisten, welche den Sieg herbeiführen halfen.

Der Streik ist in voller Entwicklung, der Kampf dauert fort und weil die Unternehmer noch eine Gederbe des Widerstandes zeigen, so beist sich der Genosse Kritschewsky zu erklären, daß alle unsere Anstrengungen umsonst waren, daß sie sogar eine Wendung gegen die Arbeiter genommen hätten. Er giebt nicht 24 Stunden Zeit, um die Wirkung des Votums abzuwarten.

Diese Abstimmung ist nutzlos, wiederholt er, da die Unternehmer das Schiedsgericht wiederholt abgelehnt haben. Ja, aber, indem sie nach einer solchen Debatte und nach einer solchen Abstimmung es nochmals ablehnten, setzten sich die Unternehmer in eine unhaltbare Situation. Und sie konnten das Schiedsgericht nur ablehnen, indem sie genau das zugestanden, was die Arbeiter verlangten. Somit hat die Abstimmung ihre volle Wirkung gehabt, wenn nicht eine rechtliche, so doch eine thatsächliche (un effet non de procedure, mais de fond). Zudem sich der Genosse Kritschewsky in der Abshätzung der moralischen Kräfte so schwer irt, zeigt er, daß er unfähig ist, die Dinge klar zu sehen oder daß die wachsende Erregung der sektiererischen Votumisten seine Aufrichtigkeit beeinträchtigt hat.

Jetzt vor der uns Auge springende Offenständigkeit der Thatsachen ist er natürlich verpflichtet, anzuerkennen, daß dieser Sieg nicht bloß eine lokale Bedeutung hat, sondern daß er den allgemeinen Sieg der Textilbranche anstündet und vorbereitet. Noch mehr als das. Es ist der Kampf um den Neunjundentag ohne Lohnreduktion, der dort für die ganze Arbeiterklasse Frankreichs gewonnen wurde. Wägen wir mit unsrer propagandistischen und parlamentarischen Thätigkeit auch noch so wenig dazu beigetragen haben, so genügt es doch, uns über das Urteit des Korrespondenten des „Vorwärts“ hinweg zu trösten.

Es ist wahr, es bleibt ihm noch eine Rettung, deren er sich bedient, nämlich daß der Kampf nicht gewonnen worden sei durch uns, sondern durch unser. Darüber will ich nicht streiten. Ich weis, daß ohne die betwundernswürdige Ausdauer, ohne das Geschick und die Klugheit alle unsere Anstrengungen umsonst gewesen wären. Aber ich weis auch, daß diese selben Arbeiter nach errungenem Siege auf Vorschlag des Streikkomitees durch ein Votum von 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen „den Ausdruck ihrer Anerkennung“ an diejenigen richteten, welche der Repräsentant des „Vorwärts“ verleumdete.

Die Arbeiterklasse ist eben weibildender, klüger und gesunder Sinnes, als alle diese Sektierer! Die Arbeiter des Houthales haben zwischen den verschiedenen Verantwortlichkeiten wohl zu unterscheiden gewußt; sie haben verstanden, die Fesler des Generals, welcher seine Weisungen noch verschärft, zu konsultieren, und zu

bestehendes Blatt „Neschweret“, die „Beratung“ (Mohammed empfiehlt Beratung vor jedem Thun). Dies Organ der jungtürkischen Partei, das für Ordnung und Fortschritt eintritt, hat Niza Bey zum Begründer, den Sohn des Englisch Ali Bey, früher landwirtschaftlicher Beamter in Brussa. Vergebens hatte er dem Sultan seine Dienste angeboten; strenge Bewachung war die Antwort gewesen. Etwa 1800 sah er, „um die kaiserliche Majestät über Heilmittel aufklären zu können“. Er gab die „Beratung“ in Paris, zeitweise in Genf, wo er sich auch mit den „Medizinern“ verbandete, später (seit 1896) in Brüssel heraus. Sobald die französische Regierung von der türkischen wirtschastliche oder politische Konfessionen erhielt, wurde Niza Bey zum Dank angeklagt und verfolgt, endlich ausgewiesen. Seitdem erscheint die Zeitung zweifach, halb in französischer, halb in türkischer Sprache. Niza Bey fordert eine Konstitution und halbe Volkssouveränität, etwa nach englischen Muster, und tritt sehr scharf gegen Religion und eingebildete Moral auf. Von weiteren ausländischen Blättern wären zwei Londoner erwähnenswert, die für den Sturz des jetzigen Sultans agitierende „Freiheit“ („Hurriyet“) und die „Zukunft“ („Istikbal“).

Nicht vorübergehen dürfen wir an den verbreiteten revolutionären Flugblättern. Ein Mediziner, zeitweise Leiter der Genfer Partei, gab sogenannte „Kanzelreden“ (Hutbe) heraus, in denen er durch Koransprüche (in alter Dudschrift) das Volk der Regierung abspenstig zu machen suchte. Viel verbreiteter ist das in glänzender Stil geschriebene, von großen historischen Kenntnissen zeugende Mahkome-i-kübra, das große Gericht, verfaßt von einem Mediziner, dem turben Nihal „dem Schweigenden“. Der Dichter träumt eine Versammlung in der Sophiamoschee, eine Versammlung der Toten, Mohammeds und der Kalifen, aller osmanischer Herrscher. Die 32 trefflich charakterisierten Sultane treten nacheinander auf und geben als Patrioten ihre Fehler und Schwächen zu. Endlich wird der jetzige Sultan vor Gericht geschleppt, vergebens sucht er seine Thaten zu rechtfertigen; man spricht das Verdammungsurteil über ihn aus und jedem Mohammedaner wird verboten, in dieses Sultans Namen ein Gebet zu verrichten.

Die ausländische Presse findet nur schwer Verbreitung in der Türkei. Die postlagernd an die Postämter der Mächte in Konstantinopel, Smyrna, Saloniki, Beirut gesandten Zeitungen werden von Agenten, Saisern, Ausländern abgeholt, welche sie heimlich verbreiten, dabei selteneren überfallen zu werden und — wie es unabweiglichen Leuten in der Türkei ergeht — dann zu „verschwinden“. Periodisch beschlagnahmte die Regierung die ganze eintreffende Post. Dann werden alle kompromittierten Familien unglücklich gemacht. Bei Protest der Mächte bittet man um Verzeihung.

Wir kommen nun zur Besprechung der eigentlichen türkischen offiziellen Presse. Gute Zeitungen und gute Bücher gab es vor 18—25 Jahren, als noch eine relative Rede- und Pressfreiheit existierte; Zeitungen wie die „Zeit“ („Wakyt“), der „Weg“ („Tariik“), das „Glück“ („Sesadet“), kultivierte Litteratur, Wissenschaft, Sprache, sorgten für Vermehrung der Druckereien und Verbesserung des Drucks. Dichter wie Kemal Bey, Schinassi, Nasim Rahsi waren als Redakteure thätig. Mitarbeiter war fast das ganze gebildete Volk, dessen beste Einfendungen man mit ästhetischen und grammatischen Erläuterungen abdruckte. Manches Talent wurde dabei entdeckt,

gleicher Zeit haben sie dem Präsekt, welcher sich im Namen der Regierung bemühte, den Konflikt zu lösen, Gerechtigkeit widerfahren lassen; sie haben auch verstanden, die Anstrengungen der socialistischen Kämpfer, welche inmitten der Schwierigkeiten aller Art unermüdlich mit ihnen arbeiteten, um den Sieg zu gewinnen, anzuerkennen.

Man vergleiche mit dem engherzigen und verleumdertischen System des Genossen Kritschewsky die Tagesordnung, welche Tausende von Proletariern an jenem Tage des Sieges, an welchem sie die Wiederaufnahme der Arbeit feierten, angenommen haben.

Das Streikkomitee schlägt den Streikenden die Annahme folgender Resolution vor:

Die Generalversammlung der Streikenden dankt dem Präsekt des Nord-Departements für sein Eingreifen und richtet den Ausdruck ihrer Anerkennung an alle diejenigen, welche die Arbeiter von Armentières und Houplines in ihrem Kampf unterstützt haben, namentlich an die Zeitung „Réveil du Nord“ (das sozialdemokratische Organ von Lille, N. d. B.), an die Genossen Jaurès, Delafalle, Desmons, Ribola, Sauve-Evauch und Maurice Monier, die ihnen eine dauernde Unterstützung zu teil werden ließen, an die Genossen, Bürgermeister von Armentières und Houplines, Daudrumez und Sobier, an die Redner, welche in den Versammlungen der Streikenden das Wort genommen, an die Organisatoren und an die freiwilligen Arbeiter der Volksmägen von Armentières und Houplines, an alle, die durch Geldunterstützungen den Widerstand gestärkt haben und den endlichen Sieg mit herbeiführen halfen.

Angesichts der gewonnenen Resultate beglückwünscht sich die Versammlung, daß es der Kaltblütigkeit der Arbeiter gelungen ist, jeden Zusammenstoß zwischen Arbeitern und den Truppen zu vermeiden, trotz der Provokationen des Generals Lohes, des Kommandanten der Besatzungstruppen, dessen Haltung einstimmig getadelt wird.

Das war der richtige, gerechte und lange politische und soziale Sinn einer Klasse, die sich organisiert und für die wachsenden Schwierigkeiten ihrer Rolle vorbereitet. Wo bleibt da die Revolution Delors, die für den Genossen Kritschewsky den ganzen Horizont ausfüllt? Die Proletarier haben gar nicht daran gedacht, und sie war in der That nichts andres, als eine Minderheit des Sektentums. In dieser Weise fällt der Genosse Kritschewsky alle Proportionen, so läuscht er das socialistische Deutschland über die Bedeutung der Bewegung in Frankreich und über die Kämpfe des französischen Proletariats.

Und die Enquete über die Verhältnisse in der Textilindustrie und der Arbeiter? Kritschewsky mißachtet ohne Zweifel auch diese. Und doch gewinnt diese eine große soziale Bedeutung durch die Debatte, der sie ihre Entstehung verdankt. Die Reaktionsäre und Konserbativen aller Gattungen fühlen es wohl, und sie suchten sich für das Votum, das sie öffentlich abgeben mußten, zu rächen, indem sie sich bei der geheimen Abstimmung demühten, meinen Eintritt in die Kommission zu verhindern. Und in der ersten Sitzung der Kommission, welche Intriguen, um sie zu schwächen, um sie in Paris festzulegen, um sie auf ein bloßes Korrespondenzbureau, welches Dokumente in Empfang zu nehmen hätte, herabzudrücken, um sie von vornherein in ohnmächtige Unterkommissionen zu zerlegen. Glücklichweise waren alle diese Versuche umsonst, die Kommission bleibt in ihrer Gesamtheit in die wichtigsten Centren der Textilindustrie, um direkt mit dem ganzen Problem in Verührung zu kommen.

Und währenddem wir in dieser Weise ohne Unterlaß mit der organisierten Arbeiterklasse kämpfen, sieht der Genosse Kritschewsky nur das eine Ding und spricht nur von dem einen Ding, nämlich, daß durch uns der Schrecken des Säbels über dem Proletariat herrsche.

Er (Kritschewsky) ist's, der mich zwingt, alles dies zu sagen. Die Arbeiter des Houthales und des Nord-Departements werden es mir bezeugen, daß ich in dieser Periode des Kampfes nicht einmal die Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Schulen und die Eifersüchteleien der Sektler hineingezogen habe. Es ist mir aber unmöglich, dieses tendenziöse und skandalöse System, welches, diesmal wie immer, unsere Gedanken und Handlungen fesselt (denature), passieren zu lassen, ohne einen Protest, ohne eine Erklärung an die Socialdemokratie Deutschlands zu richten.

Diesen Protest werde ich nicht erneuern. Schon oft haben socialdemokratische Freunde Frankreichs oder Deutschlands mich gefragt: Aber warum antworten Sie nicht auf diese falschen Darstellungen, auf diese gezwungenen Auslegungen und ständigen An-

griffe auf die Regierung verboten, man durfte jedoch ein wenig politisieren, einheimische Angelegenheiten besprechen, auch wohl mal eine Witte um Abhilfe ansprechen. Das ist jetzt alles erfüllt. Auch die bescheidenste Bemerkung ist verboten. Die letzte Zeitung mit etwas höheren Tendenzen, der „Dolmetscher der Wahrheit“ („Terdjuman-i-hakikat“) liegt im Sterben. Kein Wunder auch, daß sich gebildete Leute nur schwer noch zum Redakteur hergeben, weil das fast ein entehrender Stand geworden ist. Die Presse ist auf die Staatsubvention angewiesen, da jede Zeitung weniger als 5 Pf. kostet und pro Exemplar vom Verleger eine Steuer von 1 Pf. zu zahlen ist. Ueberfliegen wir schnell die hauptsächlichsten Blätter. „Sabah“ (der „Morgen“) hat vor 3—4 Jahren nationale Revellen gesammelt; seitdem jedoch ist auch in ihm jedes höhere Element verschwunden. Unfrer „Aruz“ Zeitung entspricht der panislamistische, lediglich von Mohammedanern gefesete und geschriebene „Ikdam“ (der „Fleisch“), den zu lesen in den „höheren“ Ständen zum guten Ton gehört. Streng religiös, stut der „Ikdam“ sogar prinzipiell nichts gegen Aberglauben „Malmat“ („Nachrichten“) in türkisch-arabischem Text und „Sorvot“ (das „Vermögen“) in türkisch-französischem Text sind Gründungen des als stumpfsinnigen Journalisten und Spekulanten natur in der ganzen Türkei berichtigten Tahir (zu deutsch: der „Saubere“). Dieser Ramm von niedrigster Bestimmung schuf zuerst gegen die übrige Presse eine gefährliche Konkurrenz durch eine illustrierte Zeitschrift, bei der lediglich Papier und Seper bezahlt zu werden brauchten, da der Inhalt durch offenen systematischen literarischen Diebstahl und Nachdruck zusammengeräubert wurde. Die Nachrichten aus Europa beschränkte er auf Verbrechen, Selbstmorde, Ueud, Parlaments-Skandalaffären und suchte durch diese gehäßige Auslese alle moderne Kultur verächtlich um für den Islam untauglich zu machen.

Zahlreich sind die in fremder Sprache erscheinenden Konstantinopeler Blätter, aber ohne größere Bedeutung, trotzdem ihnen etwas mehr Spielraum zugestanden wird. Von den Provinz-Zeitungen sind als selbständigere Organe nur die in Smyrna, Saloniki („Assyr“, das „Jahrhundert“) Beirut zu erwähnen. Die übrige Provinzpresse ist ein geradezu beispielloses Schamomen: Der Sekretär des Provinzialrats, der des Gouverneurs und der Direktor der öffentlichen Arbeiten sind die Hauptredakteure. Mitarbeiter sind die aufstrebenden jungen Beamten. Selbstverständlich sind die Beamten zum Abonnement gezwungen, gelesen werden diese Blätter jedoch so gut wie gar nicht.

Der Türkei genügt nicht nur die finanzielle Abhängigkeit der Presse; eine ungleich schlimmere Fessel ist die Censur. Zwar können im Gegensatz zu Zeitschriften Tageszeitungen auf eigene Gefahr sehr viel unternehmen, jedoch geht der Herausgeber gerade deswegen vorsichtiger zu Werke als der schlimmste Censur, weil das Organ einfach verboten, der Redakteur verbannt resp. wenn er weniger angesehen ist, andern willkürlichen Mißhandlungen ausgesetzt werden kann. Die Censurbehörde ist beinahe ein Ministerium zu nennen, hat verschiedene Sprachabteilungen und zählt zu ihren Beamten auch alle Angestellten für — öffentliche Aufklärung! Ein guter Unterthan darf natürlich ein nicht einwandfreies Buch gar nicht erst vorlegen. Ein Spionagesystem ver-

griffe des Korrespondenten des „Vorwärts“ oder der Redakteure der „Neuen Zeit“? Meine Antwort ist einfach: Die Zeit mangelt uns. Man müßte alle Tage berichten und wir haben hier alle andre Dinge zu thun. Die sozialistische Partei Deutschlands wird also auch in Zukunft die Dinge in Frankreich unter dem Gesichtspunkte des Genossen kritisch beurteilen. Er lennt sie ohne Zweifel viel besser als wir alle, die wir die Verantwortung der Handlungen zu tragen haben. Und er beurteilt die großen Arbeiterkonflikte wie denjenigen, der soeben in dem Hospital siegreich beendet wurde, viel besser als die Arbeiter selbst, welche die Schwere des Kampfes zu tragen hatten.

Ein für allemal verfahren wir uns gegen ein tendenziöses System der Berichterstattung und Auslegung, das einen Stempel bedeutet, und wenn der Genosse kritisch neue Vändigkeiten zu hören nötig hat, wenn ihm das Beispiel der Verständigungslosigkeit oder Unaufrichtigkeit, das er bei allen seinen Mitteilungen bezüglich des Streiks gegeben hat, nicht genügt, um sich selbst kennen und beurteilen zu lernen: wir verzichten darauf, ihm einen noch weiteren und klareren Spiegel vorzuhalten. Jean Jaurès.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. In Gera wurden fünf Socialdemokraten und acht Gegner gewählt. In Kattowitz beteiligten sich unsere Parteigenossen zum erstenmal an den Stadtverordnetenwahlen. Sie erhielten 79 Stimmen. Auch die Polen traten zum erstenmal auf und brachten 30 Stimmen zusammen. Die bürgerlichen Parteien hatten 756 Stimmen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Durch Verbreitung von Wahlplakaten und Stimmzetteln in einem schlesischen Orte sollten die Parteigenossen Brieger, Kiefer und Scholz die Verordnungen für Schlesien übertreten haben, indem sie Sonntags eine „öffentlich bemerkbare Arbeit“ verrichteten. Die Angeklagten bestritten, eine Arbeit im Sinne der Oberpräsidial-Verordnung über die äußere Heiligung der Sonntags- und Feiertage verrichtet zu haben. Sie wurden jedoch in zweiter Instanz vom Landgericht Briesg zu Geldstrafen verurteilt. Das Landgericht führte aus: Die Angeklagten hätten die Verteilung der Druckschriften systematisch besorgt. Sie hätten die Plakate und Zettel, von denen sie eine größere Anzahl bei sich führten, von Haus zu Haus und in die Häuser hineingetragen, um sie dort dann abzugeben. Diese ihre Thätigkeit hätte vom Publikum wahrgenommen werden können und sei auch wahrgenommen worden. Somit handele es sich um eine öffentlich bemerkbare Arbeit, die an Sonntags- und Feiertagen nicht gestattet sei.

Die Angeklagten legten Revision ein. Rechtsanwalt Dr. Heinemann hob in der Verhandlung vor dem Kammergericht hervor, daß das Verteilen der Schriften in den Häusern ja ohne weiteres straflos sei. Und was den Aufenthalt auf der Straße angehe, so habe das Kammergericht ständig daran festgehalten, daß es für die Annahme einer öffentlich bemerkbaren Arbeit im Sinne der Verordnung genaugere Feststellungen darüber bedürfe, in welcher Art und welcher Menge die Schriften von den einzelnen getragen wurden, ob eine gewisse Anstrengung damit verbunden gewesen sei usw. Die Feststellungen des Landgerichts seien in der Beziehung ungenügend, vor allem viel zu allgemein. Sie könnten die Verurteilung der Angeklagten keinesfalls stützen.

Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf indessen die Revision mit folgender Begründung: Die Feststellungen des Vorberichters reichen vollkommen aus, um die Verurteilung auf Grund der Oberpräsidialordnung zu rechtfertigen. Das Verteilen in den Häusern scheidet allerdings aus. Aber durch die Thätigkeit des herumlaufens mit den Druckschriften, des Indichhäusergehens, hätten die Angeklagten eine öffentlich bemerkbare Arbeit vollbracht, die sie Sonntags nicht hätten vornehmen dürfen.

— Wegen Beleidigung eines Senators Reichenbach wurde Genosse Graeger vom „Lüneburger Volksblatt“ zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Genosse G. hatte die Behauptung aufgestellt, verschiedene unwahre Behauptungen über den Streik in der Reichenbachschen Fabrik seien von Herrn Reichenbach in die Presse lanciert worden.

Sociales.

Landesversicherungs-Anstalt und Schiedsgericht.

Ein schwerer Kompetenzkonflikt, der sich bis auf das Zimmerlegen und Ofenheizen ausdehnte, war zwischen dem Vorsitzenden der Landesversicherungs-Anstalt Berlin, Herrn Dr. Freund, und dem Vorsitzenden des Berliner Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung, Herrn v. Gostkowski, ausgebrochen. Der Konflikt, der im einzelnen

hindert es, Bücher ohne Censur durchzuführen. Selbst viele Wörter sind von vornherein verboten: so Vaterland („Länder Seiner Majestät“), Naturalisten, Realisten, Socialisten, Verfassung, Parlament, Revolution, Dynamit, Thraneei etc. Für „Voll“ giebt es überhaupt gar kein Wort. Wie unter solchen Umständen eine türkische Zeitung aussieht, ist schwer vorzustellen! Jeden Sonnabend liest man einen Besuch über den Hofbesuch des Sultans, eine Anhäufung von Titeln und Phrasen im vornehmen Arabisch. Er wird mindestens genannt: Schatten Gottes auf Erden, glorreichster Nachfolger des Herrn der Propheten, der Stolz aller Herrscher, Beherrscher der beiden Kontinente und der beiden Meere, Wohltäter der ganzen Menschheit. Die erste Spalte oder auch Seite ist angefüllt mit Ernennungen und Ordensverleihungen, dann folgen offizielle Mitteilungen. Brächtig hören sich die Telegramme an: „Danke der Fürsorge Sr. Majestät ist eine Schule in... errichtet“. Oft werden aus den Gemeinde-Gaststätten „Schulen“ gemacht! Die geringste Kleinigkeit wird gemeldet; beliebt ist alles, was der Regierung nichts kostet. Der Ton ist stets hochfahrend nach oben und unten, händisch nach oben. Der und der Vorkämpfer habe eine Audienz nachgesucht, schließlich sei sie ihm bewilligt, er habe die hohe Ehre genossen, den Staud des Thrones zu küssen. Langatmige Ausführungen preisen die Wohlthätigkeit des Sultans; ein Beispiel: „Unser heiligsten Oberfeldherrn seinen Soldaten zu preisen erzeigten wir die angenehme Gelegenheit bei dem Anlaß der allergnädigsten Bewilligung von 200 Pfaisern (40 M.) für den Bau einer Schutzbatare für einen Soldaten in...“. Minimalste Geldbewilligungen für Witwen und Waisen werden spaltenlang gepriesen, ebenso die Wohlthätigkeit der Verwaltungsbehörden der Privatgüter des Sultans. Von literarischem Jubel ist in der Zeitung wenig zu finden, allenfalls die Uebersetzung eines möglichst ideenarmen französischen Romans. Im allgemeinen ist die Besprechung äußerer und innerer Politik verboten. Allenfalls werden Darstellungen der Reibereien auswärtiger Mächte aus dem „Figaro“ überfetzt. Bei Fürstbesuchen beim Sultan heißt es: „... kommt, um dem mächtigsten und höchsten Monarchen seine Verehrung auszudrücken“. Gelogen und verschwiegen wird über alle Mächte; da heißt es beispielsweise: „Gestern ist der König von Italien Umberto in seinem Schloß ruhig und sanft eingeschlafen“. Der von Kurpfuscher-Anzeigen strotzende Annoncentheil beschließt das Blatt.

Zum Schluß eine kleine Scene aus dieser Atmosphäre: Man hat einen gebildeten Türken ein französisches Weltblatt lesen sehen. Grund genug, ihn zur Volkzeitung des Sultansviertels zu führen. Der dortige Sicherheitskommissar, ein roher Analphabet, herrscht ihn an: Welchen Glauben hast Du? — Ich bin Mohammedaner (— andernfalls Heide!). — Warum liest Du feindliche Zeitungen und nicht die Sr. Majestät? — Ich glaube als anständiger und gebildeter Mensch die Freiheit zu haben, Zeitungen in einer Sprache zu lesen, die ich lange geübt habe. — Du bist ein Däse, wenn Du Dir dummeurtheile einbildest, Du habest irgend eine Freiheit. Damit Du diese Einbildung aufgiebst, sollst Du 60 Diebe erhalten! — Geschicht.

einen etwas komischen Anstrich, im ganzen aber doch einen ziemlich ersten Hintergrund hatte, war entstanden aus der Zwitterstellung, die den Hilfsbeamten der Schiedsgerichte durch das neue Zentralgesetz (§ 104 Abs. 4) zugewiesen worden ist. Früher waren diese Beamten Privatbeamte des Vorsitzenden des Schiedsgerichts; um sie sicher zu stellen, machte man sie zu Beamten der Versicherungsanstalt, also zu öffentlichen Beamten. Damit wurde der Vorsitzende der Landes-Versicherungsanstalt ihr Vorgesetzter, der Disziplinargewalt über sie hat. Sie werden vom Vorstand der Versicherungsanstalt angestellt und in Pflicht genommen. Ihr Gehalt und ihre etwaigen Aufzählungsverhältnisse werden von dieser Behörde bestimmt. Aber da sie beim Schiedsgericht beschäftigt sind, unterstehen sie der unmittelbaren Dienstaufsicht des Schiedsgerichts-Vorsitzenden. Beim Schiedsgericht Berlin ist dieser neue Zustand am 7. April d. J. perfekt geworden. Das Schiedsgericht ist natürlich keine der Versicherungsanstalt untergeordnete, sondern eine völlig selbständige Behörde, als Organ der Rechtsprechung ist sie Berufungsinstanz gegen Entscheidungen des Vorstandes der Versicherungsanstalt. Der Konfliktstoff liegt bei diesem seltsamen Verhältnis gewissermaßen in der Luft, namentlich wenn die Vorstände der beiden so miteinander verknüpften Behörden nicht gerade in dicker Freundschaft leben. Das scheint nun bei den zwei Berliner Herren auch nicht der Fall zu sein und so haben sie wegen der Hilfsbeamten des Schiedsgerichts seit der kurzen Zeit des Bestehens dieses neuen Zustandes eine ganze Anzahl kleiner Streitigkeiten um ihre Autorität gehabt, die allmählich zu immer größerer Gereiztheit führten und schließlich in einer großen Beschwerde-Aktion explodierten, mit der der Oberbürgermeister, der Polizeipräsident, das Reichs-Versicherungsamt und der Aufsicht der Versicherungsanstalt beschäftigt wurden.

Der Streit begann schon gleich bei der Verpflichtung der Beamten. Herr Dr. Freund ist der Meinung, daß es seine Sache sei, den Beamten Urlaub zu erteilen; er ließ deshalb die Beamten zur Verpflichtung als Anstaltsbeamte laden zu einer Zeit, zu der sie des Urlaubs von ihrer Dienstthätigkeit bedürften, und zwar alle zu gleicher Zeit, er ordnete auch eine Art der Gehaltszahlung an, daß die Beamten wiederum alle zu gleicher Zeit des Urlaubs von ihrer Dienstthätigkeit zum Zwecke der Abholung ihres Gehalts an einer entfernt gelegenen Kassenstelle bedürft hätten. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts, der sich dadurch nicht nur in seiner Autorität verletzt fühlte, sondern in der Regel auch eine Schädigung des Dienstbetriebes beim Schiedsgericht sah, verweigerte seinerseits den Beamten den Urlaub zu Gehaltszahlung. Dadurch gerieten einige Beamte, die ihr Gehalt nicht durch Mittelspersonen abholen lassen konnten, in Geldverlegenheiten. Darum wies der Vorsitzende des Schiedsgerichts diesen Beamten das Gehalt vorläufigweise aus der Kasse des Schiedsgerichts an, die gepreist wird aus der Kasse der Versicherungsanstalt. Er meldete das zwar sofort dem Vorstande der Versicherungsanstalt, Dr. Freund aber erkannte diese Zahlung nicht an und ließ den Beamten das Gehalt auf ihre Kosten nochmals zu senden. Diese Streitigkeiten um das Recht der Urlaubserteilung bezogen sich auch auf die Erteilung des Sommerurlaubes und der Krankmeldungen. Es ist eigentlich selbstverständlich und bedarf gar keines Nachweises, daß der Vorsitzende des Schiedsgerichts, der für den ordentlichen Dienstbetrieb beim Schiedsgericht haltbar ist, auch über den Urlaub seiner Bureaubeamten in dem vorgeschriebenen Rahmen zu bestimmen haben muß; Dr. Freund wollte zwar dem Schiedsgerichts-Vorsitzenden zugestehen, daß er um seine Meinung befragt, also am Ende diese auch beachtet werden würde, anordnen aber wollte durchaus Dr. Freund den Urlaub. Aus Prinzip! sagt er; zur Wahrung seiner Autorität.

Herr Dr. Freund erwies sich in dem Kampfe um seine Autorität als ein Mann von lauter Prinzipien. Sogar über das Densitzen durch einen Bureaubeamten wollte er aus Prinzip bestimmen. Die drei in Berlin domizilierten Schiedsgerichte, von denen aber nur eins zur Landes-Versicherungsanstalt Berlin gehört, sind in demselben Gebäude untergebracht und auch ihre Kassengehäfte sind an einer Stelle vereinigt und werden seit je von einem Beamten verwaltet. Dieser ist als Hilfsbeamter des Berliner Schiedsgerichts jetzt Beamter der Berliner Versicherungsanstalt und verwaltet die Kassengehäfte der beiden andern Schiedsgerichte im Nebenamt. Seit Jahren und zur Zufriedenheit und zum Vorteil aller Beteiligten. Auch die Beheizung der Bureauräume aller drei Schiedsgerichte wird seit Jahren von einem Beamten des Berliner Schiedsgerichts ausgeführt. Nach der Umwandlung der Anstellungsverhältnisse der Beamten des Schiedsgerichts verlangte nun Dr. Freund, daß seine besondere Genehmigung zur Ausübung dieser Nebenbeschäftigungen eingeholt werde. Nur aus Prinzip! Versagen wollte er sie keineswegs.

Und dergleichen Kleinigkeiten mehr. Allenthalben zeigte Herr Dr. Freund das Bestreben, wie ein kleiner Autokrat, gefragt zu werden um Dinge, über die er praktisch gar nichts wissen und sagen konnte, für die er immer, sollten seine Anordnungen nicht oft unausführbar werden, auf die Wissenschaft des Schiedsgerichts-Vorsitzenden angewiesen war. Dieser leitet die Dienstgehäfte des Schiedsgerichts, er allein weiß, wie er seine Beamten verwenden muß und deshalb muß auch er das Bestimmungsrecht haben, nicht aber der Vorsitzende der Landesversicherungs-Anstalt, der in die Angelegenheiten des Schiedsgerichts doch nicht das geringste dreinzureden hat.

Bei alledem bediente sich Dr. Freund bei seinem vielfachen Schriftwechsel mit dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts gewisser Wendungen, wie sie allerhöchstens dem Vorgesetzten gegen den Untergebenen nachgesprochen werden. Es war so weit gekommen, daß Herr v. Gostkowski es ablehnte, mit Herrn Dr. Freund noch weiteren Schriftwechsel zu pflegen.

Der Vorsitzende des Schiedsgerichts beschwerte sich schließlich über Herrn Dr. Freund bei den zuständigen Instanzen und bekam allenthalben in der Hauptsache recht. Der Polizeipräsident, an den die Beschwerde zunächst zu gehen hatte, stellte sich auf die Seite des Schiedsgerichts-Vorsitzenden und ebenso das Reichs-Versicherungsamt, das formell zu entscheiden hatte.

Kamentlich in der Gehaltszahlungs-Angelegenheit erklärte es zwar die Vorkassenzahlung aus der Kasse des Schiedsgerichts als nicht korrekt, sprach aber Herrn Dr. Freund seine „ernstliche Mißbilligung“ für sein Verfahren aus.

Ebenso stellte sich der Aufsicht der Versicherungsanstalt auf die Seite des Schiedsgerichts-Vorsitzenden. Dort wurde auch die erstfeste Seite dieses Missverständnisses hervorgehoben. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Beamten des Schiedsgerichts von dem an allen Prozessfällen als Partei interessierten Vorstande der Versicherungsanstalt unabhängig sein müssen. Es dürfe in ihnen nicht die Verpflichtung entstehen, daß sie in ihren persönlichen Verhältnissen abhängig seien vom Vorstande der Versicherungsanstalt. Es wurde dem zwar entgegengehalten, daß die Rechtsprechung ja nicht von den Bureaubeamten ausgeht, und daß diese überdies Gr und G e s e s in ihren Anstellungen, Gehalts- und Aufzählungsverhältnissen vom Vorstande der Versicherungsanstalt abhängig seien, welcher Zustand auch nur g e s e l i c h geändert werden könne. Doch wurde auch darauf hingewiesen, daß thatsächlich schon der Vorsitzende des Schiedsgerichts die Abberufung eines Beamten habe verlangen müssen, der ihn von der Versicherungsanstalt Brandenburg überwiesen war; er hätte bei der Aftenbearbeitung fortgesetzt im Interesse dieser Anstalt gehandelt. Diese Gefahr ist auch in der That nicht von der Hand zu weisen. Wenn auch die Bureaubeamten an der Rechtsprechung nicht teilnehmen, so sind sie bei der Aftenbearbeitung trotzdem in der Lage, in bestimmten Grenzen einseitige Interessen wahrzunehmen zum Nachteil des rechtsprechenden Publikums und es wird deshalb auch der Gesetzgeber an diesem Kleinstrich zwischen den beiden Behörden nicht achtlos vorübergehen dürfen. Es dürfte unter Umständen doch wohl zu erwägen sein, ob die Stellung der Hilfsbeamten der Schiedsgerichte nicht geändert werden muß. Es ist ohne Zweifel ein widersprüchvoller Zustand, daß eine Berufungsinstanz mit ihrem ganzen Personal abhängig ist von einer Instanz, deren Entscheidungen sie nachprüfen und eventuell zu korrigieren berufen ist.

Gewerbegerichtliches. In Erfurt wurden in der Klasse der Arbeiter sämtliche Kandidaten des Gewerkschaftsartells gewählt und in der Klasse der Unternehmer ebenso bis auf einen, der mit einer Stimme Minderheit gegen den Kandidaten der Innungen unterlag. Vollständig siegte die Liste des Gewerkschaftsartells sowohl in der Klasse der Arbeiter wie der der Unternehmer in Eisenach. Die Arbeiterliste des Gewerkschaftsartells wurde auch in Jena gewählt und zwar ohne Gegenliste. Dasselbe geschah in Hanau. In Freiburg i. V. wurde zum erstenmal nach dem System der Verhältniswahl gewählt. Das Gewerkschaftsartell erhielt 750 und die christlichen Gewerkschaften 686 Stimmen; es gelten danach von jeder Partei fünf Beisitzer als gewählt.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen Berlins, wahret Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt:

Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einstündiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonntag und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 5 1/2 Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einstündiger Mittagspause sowie je 1/2 stündiger Frühstücks- und Vesperpause beschäftigt werden.

Kündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unzüchtige Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Thätlichkeiten, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossen werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Ausstellung von Zeugnissen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungekürzt und zurückzuweisen.

Strafgelder. Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgeldern müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Hygienische und Schutzmaßregeln. Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Befeuchtung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzvorrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Bedürfnisanstalten müssen in genügender Zahl vorhanden und so eingerichtet sein, daß Sitte und Anstand nicht verletzt werden.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und innegehalten werden.

Wir weisen darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Befichtigung der Mißstände in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Beschwerden nehmen entgegen: Fräulein Vaaber, Blücherstraße 49, Hof II. Frau Baufsch, Postdorsstr. 43, Diergeb. I. Frau Dr. Wehl, Lothringersstr. 67, I. Frau Laß, Waterloo-Ufer 9, im Laden. Frau Reich, Lindenstr. 3, linker Aufg. IV. Frau Ties, Blumenstr. 63, I rechts. Frä. Heidemann, Alte Jakobstr. 108, IV. Frä. Gränberg, Köpnickstr. 8b, IV. Frau Jech, Niddorf, Steinmetzstraße 120, Hof I. Frau Schmidt, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 130.

Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7—9 Uhr. Gewerkschafts-Bureau, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 16, im Laden. Vorm. 9—11 und nachm. 6—8 Uhr.

Die Gewerbe-Inspektions-Beauftragten Frä. Reichert, Engel-Ufer 4, Frä. Kummert, Georgenkirchplatz 21, Frä. v. Bennigsen-Förder, Prinzen-Allee 88, sind für Arbeiterinnen allein jeden Donnerstag von 7—8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9—10 Uhr vormittags zu sprechen.

Die Beschwerdekommmission der Arbeiterinnen Berlins.

Verfammlungen.

Zu der Kronen-Brauerei tagte am Mittwoch wieder eine stark besuchte Kommunalwähler-Verfammlungen. Genosse Ewald, der leitende Vertreter des 43. Kommunal-Wahlbezirks sprach über zu seinen Wählern. Er begann seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß es freisinnige in Berlin gar nicht mehr gebe, denn die preussischen Landtagswahlen haben gezeigt, daß die, welche sich freisinnige nennen, mit den Reaktionen ein Herz und eine Seele sind. Uns kann es nur recht sein, wenn sich die Parteigruppierung so gestaltet, daß alle bürgerliche Parteien vom Freisinn bis zur äußersten Rechten uns geschlossen gegenüberstehen. Wir wissen dann mit wem wir es zu thun haben. Mit entschiedenen Gegnern ist immer noch besser fertig zu werden, wie mit falschen Freunden. Wie auf politischem so gehören die Freisinnigen auch auf kommunalem Gebiet zu denen, die weder Verständnis für die Interessen des Volkes, noch den Willen haben, diese Interessen zu vertreten. Der Redner besprach eine Reihe der besamten Vorkommnisse auf dem Gebiet der städtischen Verwaltung und zeigte dabei, wie sehr die Interessen der arbeitenden Bevölkerung durch die Vertreter des Freisinn geschädigt worden sind, wie diese Herren immer nur nach „oben“ schielen, und auf einen Wind von hoher Stelle heute das anzulocken bereit sind, was sie gestern erst beschloffen haben. Es kann keine Frage sein, daß die Berliner Arbeiter solche Leute nicht zu ihren Vertretern machen, es kann auch nicht fraglich sein, daß der 43. Bezirk auch diesmal wieder für unsere Partei gewonnen wird, aber es kommt auch darauf an, daß der Sieg mit einer bedeutend größeren Stimmenzahl wie bei der vorigen Wahl errungen wird, und ferner gilt es, auch den 42. Bezirk den Freisinnigen abzunehmen. Dafür möge jeder Genosse seine Kraft einlegen. — Nach dem mit lebhaft aufgenommenen Vortrage richtete der Vorsitzende, Karl Fischer, die Mahnung an die Anwesenden, für rege Wahlbeteiligung und Mitarbeit Sorge zu tragen, worauf er die Verfammlungen mit einem Hoch auf die Socialdemokratie schloß.

Marktpreise von Berlin am 25. November 1903

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.		Korrekturen, neue D. Str.		Korrekturen, neue D. Str.	
*Weizen, gut D. Str.	15,90	15,87	Kornfleisch, neue D. Str.	6,50	6,00
„ mittel	15,84	15,81	Kornfleisch, alte 1 kg	1,90	1,20
„ gering	15,78	15,75	„ do. 500 g	1,50	1,10
*Roggen, gut	13,00	12,98	Schweinefleisch	1,60	1,10
„ mittel	12,95	12,94	Kornfleisch	2,00	1,20
„ gering	12,92	12,90	Hammelfleisch	1,80	1,10
†Gerste, gut	14,50	14,30	Butter	2,90	2,00
„ mittel	14,20	14,10	Eier	60 Stück	5,00 3,00
„ gering	14,00	13,90	Kartoffeln	1 kg	2,20 1,20
†Hafer, gut	15,60	14,70	Wale	2,50	1,40
„ mittel	14,60	13,70	Hander	2,60	1,20
„ gering	13,60	12,70	Redte	2,00	1,00
Milchstroh	4,16	3,66	Barische	1,80	0,80
Heu	7,30	4,90	Schleie	3,00	1,40
Erdbeeren	40,00	25,00	Welle	1,40	0,80
Spießbohnen	50,00	25,00	Stroh	per Schoß	15,00 3,00
Rüben	60,00	30,00			

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Freitag, den 27. November, abends 9 Uhr:

11 Volksversammlungen

in folgenden Lokalen:

- 1. Kreis:**
Industrie-Festsäle, Beuthstr. 20/21
- 2. Kreis:**
Kabels Brauerei, Bergmannstr. 5/7.
- 3. Kreis:**
Dresdener Kasino, Dresdenerstr. 96
- 4. Kreis (Südost):**
Urania-Säle, Brangelstr. 9/10.

- 4. Kreis (Ost):**
Königshaus, Gr. Frankfurterstr. 117
- 5. Kreis:**
Schützenhaus, Linienstr. 5.
- 6. Kreis:**
Fröbels Allerlei-Theater, Schönhäuser Allee 148.
Wilke, Brunnenstr. 188.
Schmidt, Gartenstr. 9.
Lehmann, Schulstr. 29.
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49

Tagesordnung in allen Versammlungen: **Verkündung des Wahlergebnisses.**
Zahlreichen Besuch erwarten

Achtung! Bananschlager! Achtung!

Der Lokalverein der Bananschlager Berlins und Umgegend hat am Sonntag, den 29. November 1903, vormittags 10^{1/2} Uhr **Versammlung** bei Franke, Sebaldstr. 39. Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, den 29. November 1903, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15, Saal 1:
Versammlung der Einsetzer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des H. F. Fendel. 2. Wahl eines Revisors. 3. Branchenangelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Obmann.

Tischler-Verein zu Berlin.

(E. H. 89.)
Sonntag, den 28. November, abends 8^{1/2} Uhr, Melchior-Str. 15:
Versammlung
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn Dr. Südkum über: „Das Wesen des Arbeitsvertrages“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. NB. Die Bilets zum Weihnachts-Vergnügen am 1. Feiertag in Herzberg's Dresdener Kasino, Dresdenstr. 96 (Zoo der Leipziger Sänger und Ball) gelangen zur Ausgabe.
Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste (auch Frauen) haben Zutritt. Der Vorstand.

Central-Verband der Zimmerer Deutschlands

Zahlstelle Berlin u. Umgegend.
Sonntag, den 29. November 1903:
2 Versammlungen.
Bezirk 4 (Osten): Nachmittags 5^{1/2} Uhr bei Keller, Koppentstraße 29 (oberer Saal).
Tages-Ordnung: Die Gewerkschaftsbewegung und was müssen die Frauen davon wissen. Referent: Genossin Frau Thiede.
Bezirk 15 (Rixdorf): Nachmittags 3 Uhr bei Mercker, Steinmühlstraße 113.
Tages-Ordnung: 1. Gewerkschaftliches. 2. Das Unfallversicherungsgesetz und seine Bedeutung für die Arbeiter. Referent: Arbeitersekretär Genosse G. Link.
Es ist Pflicht der Mitglieder, vollständig zu erscheinen. Im Bezirk 4 findet die Versammlung mit Frauen statt. Der Vorstand.



Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**

Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsre Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen.

Herren-Kragen, — reinfarben, garantiert 4fach, — verschiedene Façons in allen Größen, Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.
— Geschlossene Kragen — per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf. Manschetten, Prima, garant. 4fach 1/2 Dutzend 1.80 Mk., Oberhemden, Serviteurs, Krawatten, in größter Auswahl, Trikotagen, Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe. Detailverkauf zu Engrospreisen.
Ernst Marcuse, Mühlstr. 23.

Restaurant Paul Scholz
Barutherstr. 22, Ecke Zossenerstr. 1.
Vereinzelzimmer für Zahlstellen noch einige Tage frei (auch Sonntagabend). — Gutes Bayrisch und Welshier. 34312

Kopfläuse — Nebst Brut verschwinden sofort durch Caschidil. Erfolg überraschend. In Drogerien 50 Pf. „Puffi“

Frische Blut- und Leber-Wurst

Heute gibt es wieder in bekannter tadelloser Qualität.
Rich. Augustin, Lindenstr. 69.
„Vorwärts“-Haus. Frühstück- und Mittagstisch. Sitzungszimmer.

Nur in Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Köpstr. 2, Koch & Seeland enorm billige **Reste** für Herren-Anzüge, Winter-Paletots, Hosen, Kinder-Anzüge usw. • Damen-Tücher.



Nickel-Remont.-Uhren von 5 M. an
Silb. Remont.-Uhren „ 8 „ „
Gold-Remont.-Uhren „ 15 „ „
Regul.-Nussb.-Uhren „ 9 „ „
Reelle schriftliche Garantie.
E. Möbis,
82 Koppen-Strasse 82
3 Min. v. Egl. Bahnh.

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Metallarbeiter **Hermann Gärtner** nach langen schweren Leiden verschieden ist. 34945
Dies zeigen tiefbetrübt an Witwe Gärtner nebst Kindern. Admiraistr. 3.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. November, um 3 Uhr von der Halle des neuen Jacobikirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Todes-Anzeige.
Den am 25. d. M., nachts 2^{1/2} Uhr, erfolgten Tod Ihrer geliebten Tochter **Gertrud Vogt** zeigen tiefbetrübt an **Paul Vogt** nebst Frau. Beerdigung Sonntag, den 29. November, um 3 Uhr vom Paul-Gerhardt-Friedhof.

Dankfagung.
Für die überaus große Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters des Arbeiters **Karl Schulz** sage dem Herrn Chef Otto Heumann, dem Meister Herrn Koch, sowie allen Kollegen der Firma Koch u. Heumann, ebenfalls den Vereinsmitgliedern und allen Bekannten meinen herzlichsten Dank. 34896
Die trauernde Witwe **Frau Schulz** nebst Kindern Schöneberg, Reimingerstr. 8.

Sägen-Schränkzangen, höchst praktisch, jede Säge kann damit geschränkt werden, ist auch zu anderen Zwecken noch brauchbar. Defektwerden ausgeschlossen. Preis 1,50 M. Nur zu haben bei **Richard Siebach, Plauen i. V., Rinnelberg 11.** Für Wiederverkäufer hoher Rabatt.

Hamburger Cigarrenlager
500 000 Ia. Sumatra, Brasil, Vorstd. v. 20 Mk. für Tausend an zu verk.; von 500 Stück an gegen Nachnahme. **Leo Isaacsen, Hamburg, 145/11^a Gerhofstrasse 32.**

Winter-Joppen. **Winter-Paletots.** **Winter-Joppen.** **Winter-Paletots.**

Elegante **Jackett-Anzüge** in allen modernen Farben und Streifen 18-45 Mark.
Rock- und Gehrock-Anzüge schwarz und farbig von 25-54 Mark.
Stoff-Hosen von 3-14 Mark.

Winter-Paletots elegante und moderne Verarbeitung in allen modernen Farben und Streifen von 16-54 Mark.
Jünglings- und Knaben-Garderobe in grosser Auswahl.
Moderne Westen von 1,75-7,50 Mark.

Gegründet 1879.
Herren- und Knaben-Garderobe
Julius Lindenbaum
141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.
Grösstes Geschäft der Branche in den Bezirken O, NO, SO.
Feste Preise! **Feste Preise!**

Einen Versuch bitten wir mit unserer anerkannt guten 5 Pfg.-Cigarre **Meteor** zu machen; Sie haben dann eine hochfeine Qualitäts-Cigarre gefunden.
Alleinverkauf bei **Stein, Chausseestr. 65/66.**

Nur neueste Moden.
Dieser leichte, schwarze Hut mit Futter, moderne Form, kostet 1,90 M. **Cylinderhüte und Chapeau claquees** in großer Auswahl.
Special-Hut-Engroslager nur neuester Moden. Einzelverkauf zu Fabrikpreisen im Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Treppe, drittes Haus vom Alexander-Platz.
Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise. 32772
Filzhüte für Herren, mit Atlasfutter M. 1.50, höchste Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität M. 4.50.

Die weltbekannte **Bettfedern-fabrik** Gustav-Ludwig-Berlin, Pringelstr. 46, verleiht gegen Rücknahme garant. neue Bettfedern d. Fd. 50 Pf., beste Goidbannen d. Fd. 1.25, beste Goidbannen d. Fd. 1.75, beste Goidbannen d. Fd. 2.25, 3 bis 4 Fäden zum großen Übertritt. Verpackung frei. Preis v. Federn gratis. Bitte Anerkennungskarte.

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntag, den 29. November, 1/2 Uhr: **Brannenstrasse** (Bahnhof Gesundbrunnen) nach **Wilhelmsruh.** 18/5
Donnerstag, den 3. Dezember: **Versammlung** bei **Merkowski, Andraastr. 26.**

Partei-Expeditionen:
Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenbinderstr. 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Frig, Pringelstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Engelke, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Bauhofstr. 14/15 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Sanders, Salzweberstr. 8, im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz:** Hermann Rasche, Hügelstr. 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Wars, Kastanien-Allee 95/96. — **Alt-Gliencke:** W. Pries, Rudowerstr. 69. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Seifenbrennerstr. 1, Ecke Goethestr., vorn l. — **Deutsch-Wilmersdorf:** W. Ridel, Umlandstr. 108, part. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen:** Otto Seidel, O. 112, Kronprinzenstraße 50, l. — **Grünau:** Rüd. Budak, Köpstr. 1, ll. — **Rixdorf:** R. Heinrich, Prinz Handjerystr. 7, im Laden. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumer, Rastin-Lutherstr. 51, im Laden. — **Ober-Schöne-weide:** Otto Rünzer, Ohmstr. 1a, 2 Treppen. — **Nieder-Schöne-weide:** Sonatowsky, Berlinstr. 8. — **Johannisthal:** Paul Mann, Köpstr. 7. — **Adlershof:** Gustav Hise, Hohenbergstr. 8. — **Köpenick:** Friedrich Woid, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** D. Bernice, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. Rohr, Duppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. — **Baumschulenweg:** Stod, Ernststr. 2, ll. — **Treptow:** R. Bolz, Wiesenstr. 37, vorn III. — **Neu-Weissensee:** W. Kesse, König-Chaussee 33a, l. — **Rummelsburg:** Forger, Prinz-Albertstr. 5a. — **Tegel, Borsigwalde, Daldorf und Waldmannslust:** Paul Kienast, Borsigwalde, Schubartstr. 43. — **Pankow:** R. Kummert, Florastr. 43. Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen. Bitte ausschneiden.

Steppdecken
Gelegenheitskauf!
Wollatlas, alle Farben 4,85
Similiseide, alle Farben 6,00
Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00 M.
Special-Haus **Emil Lefèvre,** Berlin S., Oranienstrasse 150.

Unsinn
ist es, für einen Kleider viel Geld auszugeben. Wir liefern aus echt englischen Stoffen für 40.— M. einen eleganten Paletot, 50.— M. einen eleganten Anzug nach Maß. **Labellover** ist, gute Verarbeitung, in Material wird garantiert. Auf Wunsch senden Fachmann mit Muster.
Modehaus „Gentleman“
Friedrichstr. 131d, Ecke Karlstr. 1. Etage. 33002
Klein Laden. Bitte auf Firma zu achten.
Sirischfleisch 25-30-40 Pf., Brustchen und Blätter.
Große Hosen M. 2,75 u. 3.—
Oderbr. Gänse 55 u. 60 Pf.
Junge Enten, Hühner, Kaninchen 70 Pf., Dresdener: Amt IV, A. Ritschl, Strahe 61. 1599.

Puppen-Fabrik u. Klinik

Brunnenstr. 119, Otto Kreyszig, Brunnenstr. 119.
kauft man, wie bekannt, am besten und billigsten Puppen, sowie sämtliche für Puppen nötige Artikel. Ersatzteile werden gratis besorgt.
Puppen-Reparaturen billigst.

Damen erhalten elegante Garderoben
nach Maß bei nur geringem Zeitaufwand. [32632]
Neue
J. Kurzberg, Königstr. 47 II.
Direkt an Alexanderpl.

Oderbrucher und pommerse Gänse
sowie Gänsefleisch, Lebern, Lieren u. Gänselein empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen
Fritz Weber, Grüner Weg 57,
im Keller.

Dr. Simmel, Preisstr. 41,
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.
Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/8, Sonnt. 9-11

16. Ziehung 5. Klasse 209. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 26. November 1903, nachmittags.
Aus der Gewinne über 240 Mill. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Die Gewinne.)
189 430 78 061 713 18 093 1006 185 235 419 641 87
2031 49 142 401 522 746 (5000) 894 929 3049 123
349 427 58 282 610 904 64 4009 80 386 492 514 33 903
(500) 59 54 5041 (1000) 421 (3000) 46 68 521 36 45
(500) 670 704 6135 629 675 757 804 (500) 70 7150 261
359 550 62 (500) 79 700 58 988 8106 240 778 91 499
618 83 610 715 (1000) 9318 567 643 951
10471 698 95 984 11000 7 18 74 126 238 90 421
32 02 (500) 540 84 677 847 990 23 01 12072 (5000)
4 286 335 (3000) 416 549 620 (500) 72 774 (500) 822
632 13065 144 344 477 573 742 829 61 14270 95
619 15 86 776 91 15115 42 458 688 829 934 16004
63 90 (500) 90 (1000) 131 250 326 405 55 76 545 741 83
853 90 79 80 912 86 17018 87 177 85 287 311 476 612
878 (1000) 92 18025 81 95 124 256 422 (500) 43 734
900 19028 307 58 609 30 638 71 (500) 76 76 909
20016 253 638 603 53 60 856 928 21037 143 234
429 85 608 878 663 22022 (500) 106 61 83 810 (500)
35 99 900 67 23022 34 84 221 432 615 786 90 (500)
818 960 24016 26 60 (500) 153 117 40 367 (1000) 467
612 24 65 640 705 904 25074 235 72 95 84 26019
28 96 135 234 251 665 (500) 663 81 90 764 75 815 9
27000 98 143 95 290 80 90 341 47 91 435 515 801 938
54 81 89 28246 601 763 814 884 986 29011 (500) 38 39
470 75 307 442 (500) 690 750 (1000) 817 51 956
30033 228 (3000) 89 383 387 (500) 663 753 31088
95 (500) 139 (3000) 96 348 71 87 403 680 761 842 903
36 (500) 65 32229 331 59 447 677 709 920 **33100**
438 617 (1000) 929 34085 140 269 82 491 543 50 615
946 97 (500) 908 28 35010 79 82 96 285 320 94 97 326
41 714 878 (3000) 36034 97 102 201 381 407 37004
(1000) 102 339 49 716 928 38241 52 458 (1000) 75
832 90 39023 29 97 254 430 68 569 74 719 828
40090 211 24 59 547 749 61 97 832 71 (1000) 983
41106 25 238 812 703 803 42049 (500) 289 888
519 30 27 31 41 897 929 43306 503 715 88 856 44219
63 91 500 726 906 72 45127 31 338 (1000) 82 400 503
725 41 882 44067 (500) 91 628 (1000) 73 (500) 889
100 47 (500) 65 (500) 47295 491 525 642 77 94 721
834 61 48925 26 292 328 50 494 503 35 64 690 818 35
48 810 23 (500) 49003 26 148 273 (500) 318 59 516
27 41 631 854 (1000)
50153 (500) 398 448 602 936 73 51498 578 920
35 52059 (1000) 233 96 320 (500) 97 406 (1000) 679
703 816 943 (500) 87 93 53243 56 76 306 48 522 654
717 843 54144 215 338 544 61 811 72 84 55094 427
684 870 56900 114 76 401 (500) 9 597 607 727 614
(3000) 87 57033 234 76 463 78 782 834 929 69 81
58132 82 93 904 723 816 59014 41 91 (3000) 131 32
(3000) 215 87 372 629 730 804 20 453
60090 60 445 334 (500) 765 839 62 981 61076 207
568 677 817 62140 215 382 823 75 868 63046 67 327
88 609 11 (1000) 716 864 64559 64 603 732 56 71 848
923 61 65013 (1000) 223 61 903 538 49 713 (1000) 35
849 975 90 66118 559 612 73 74 67086 (500) 90 108
314 49 57 92 433 (500) 671 (1000) 801 929 68431 784
832 910 69029 67 71 138 86 342 98 419 946 686 (1000)
90 833 37
70021 37 40 291 (3000) 80 505 716 500 (500) 71
963 (1000) 72066 201 (1000) 35 (1000) 372 93 651 705
34 (3000) 44 79 97 72271 429 733 74 815 90 938 57
(3000) 73088 165 317 20 424 59 70 924 64 74447
683 75618 (1000) 21 75 706 932 (500) 50 76014 (1000)
273 288 613 47 (3000) 24 85 905 42 973 77090 11 21
(3000) 242 47 501 43 48 823 921 32 78037 64 (500)
164 78 276 422 69 504 58 767 839 67 79030 (500)
37 92 134 420 48 692 83 985
80042 81 352 501 (500) 679 700 840 966 75
81193 377 489 82000 49 (3000) 190 230 346 443 46
672 88 (1000) 637 35 775 (1000) 301 36 81 83019 83
(1000) 337 68 (500) 86 (500) 618 798 876 987 84014
70 205 307 466 (3000) 591 19 30 43 671 85 803 928
85066 164 445 694 961 (3000) 86080 496 586 65 721
67 93 914 87175 (1000) 294 (3000) 674 439 79 91 96
(500) 527 880 945 58040 194 274 93 326 757 932 (1000)
89083 182 274 83 384 90 (500) 433 500 616 (500) 51
89 714 22 874
90046 49 123 201 318 820 964 91183 281 83 348
543 87 (3000) 94 833 747 915 51 61 92038 60 157 87
(500) 287 377 402 (500) 24 529 642 50 808 17 (1000) 67
81 860 93007 424 548 642 748 94029 23 54 200 865
83 847 70 72 95248 90 411 562 645 954 96177 228
482 620 62 717 (500) 801 969 73 (1000) 97028 306
(3000) 17 67 (500) 77 (500) 430 (500) 49 564 65 756
919 98013 329 (1000) 871 (3000) 76 799 (1000)
99088 (500) 111 66 348 76 63 550 60 77 739 76 822 31
100015 338 489 (1000) 894 965 101117 73 97
212 86 344 77 465 569 603 810 34 102053 419 35 68
558 82 789 103044 (1000) 144 221 (3000) 507 90
876 104029 42 338 434 365 739 50 (1000) 812 70 981
105123 73 212 52 641 719 31 73 838 87 106064 68
78 (1000) 117 (500) 272 (3000) 444 627 64 610 76 (500)
803 17 925 107019 146 444 559 108137 297 311
44 583 634 717 23 99 805 93 92 109044 142 (3000)
64 (1000) 61 307 73 94 890 960
110079 325 37 67 (500) 484 584 624 (1000) 40 928
69 11142 80 236 45 444 (3000) 863 (1000) 99 112094
436 62 63 641 (3000) 55 781 (500) 810 92 912 113018
73 82 138 79 289 417 43 639 78 82 812 114044 71 160
(3000) 85 245 626 (1000) 857 45 956 87 115065 367
681 (3000) 806 953 116001 34 130 248 54 586 95 600

16. Ziehung 5. Klasse 209. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 26. November 1903, nachmittags.
Aus der Gewinne über 240 Mill. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Die Gewinne.)
789 806 (3000) 23 040 117160 (1000) 243 386 504
707 85 90 813 53 118074 75 80 116 90 578 84 758 862
929 (300) 119029 (500) 84 93 382 88 94 413 47 99
538 056 (500) 944 (1000)
120079 230 91 (500) 417 507 75 767 900 (1000) 8
121196 290 328 465 75 86 506 66 625 88 951 122286
823 49 915 123079 103 210 69 (500) 346 67 444 532
86 673 973 124047 169 345 81 451 663 (3000) 703 809
71 125323 (500) 467 418 (1000) 39 (1000) 90 752
77 802 60 940 126140 589 88 618 783 127126 314
539 662 794 884 903 128063 90 147 266 361 (5000)
79 796 887 78 129073 362 73 512 782 805 908 64 80
130096 471 503 62 82 763 930 44 (1000) 84 131000
401 (1000) 7 500 658 708 61 870 912 97 132359
(1000) 415 607 986 133234 470 97 500 36 694 718
134029 142 240 574 94 699 61 81 110001 85 857 135108
289 338 62 445 63 806 15 136263 604 723 (3000) 805
83 137013 28 103 14 80 212 357 (3000) 613 731 912
23 25 138117 (500) 391 437 618 37 842 906 46 139003
139 273 412 502 4 828 (1000) 49 970
140082 341 555 614 74 74 959 (500) 141012
90 176 243 498 78 99 99 (500) 558 659 73 848 94
142014 42 286 (500) 443 76 391 744 (500) 67 92 865
938 82 143225 229 79 541 736 48 823 953 (500) 87
144084 246 (500) 670 880 937 145027 186 (500) 221
368 442 547 58 90 (500) 95 (500) 600 (1000) 70 721
967 75 146227 48 329 99 401 12 19 338 96 147044
146 338 425 57 (3000) 877 148093 179 367 541 682
55 871 (3000) 914 38 81 149025 330 36 50 424 90 63
646 836 (1000) 43 858
150033 92 98 149 233 500 605 31 88 763 830 151225
359 340 (500) 625 (500) 827 (500) 32 62 66 930 81 152031
(1000) 71 190 240 303 84 79 536 (500) 617 881 (500) 99
153224 81 333 (500) 61 490 546 700 999 154088 88
195 (500) 349 95 430 49 89 (1000) 715 57 (1000) 63 934
155104 203 318 484 636 879 80 156238 422 514 679
705 11 991 157699 102 (3000) 387 (3000) 451 671 705
60 62 964 65 158068 53 160 207 22 44 413 51 807 10
(500) 638 48 768 969 83 159060 338 422 (500) 34 747
843 987 (3000) 93
160225 601 32 (1000) 857 16106 545 89 15001
816 162099 65 349 422 56 60 98 534 59 623 163185
273 321 (1000) 32 93 444 (3000) 548 (500) 789 955
164002 56 218 99 326 705 72 823 165034 (1000)
99 174 83 207 19 (500) 344 64 419 39 44 717 35 848
166074 240 79 98 533 72 (500) 83 613 167164 (500)
220 38 424 28 539 (1000) 697 77 168505 145 (3000)
94 226 49 (500) 430 59 (500) 528 613 25 38 738 (500)
40 169279 334 85 496 694 96 706 23 37 (3000)
884 918
170132 223 483 92 544 780 (1000) 923 (500) 58
171208 577 (3000) 610 (500) 61 96 906 172010 108
92 296 523 634 839 81 90 976 173119 (500) 26 75
(500) 447 70 17 (3000) 580 94 814 174000 28 188
238 340 58 (3000) 83 95 90 840 904 91 175085 116
48 206 (500) 402 674 873 176048 58 87 523 88 620
75 779 177094 542 59 759 178301 332 432 73
804 923 179100 68 87 316 (3000) 421 69 789 (500) 89
69 999
180043 121 23 44 60 67 241 540 624 729 30 181037
98 609 756 63 75 810 78 906 182006 111 57 235 (1000)
300 56 62 647 774 874 (500) 962 92 93 183003 117
74 306 20 416 (3000) 48 64 (3000) 654 65 785 833 61
(1000) 184056 (1000) 597 65 940 185109 225 638
57 753 900 224 29 186017 129 273 345 86 488 800
606 13 873 187027 (1000) 57 791 943 (1000) 188038
129 82 406 577 667 747 86 882 934 189033 283 315
19 461 (500) 68 (500) 554 713 38 985
190467 679 789 948 191121 80 (1000) 318 37
57 485 533 49 (1000) 79 (500) 91 693 (1000) 733 61
(1000) 844 192289 693 76 827 193135 328 483
97 579 (3000) 97 708 848 978 194073 115 329 416
23 (500) 608 36 754 82 195046 (3000) 61 172 216 304
704 34 928 72 78 196018 41 91 245 98 407 43 569
685 744 883 197134 603 512 749 885 993 198319
107 40 504 (500) 5 66 718 813 54 969 199049 56 75
199 409 48 65 675 84 738 75 900 61 79 92
200033 61 93 171 279 300 556 917 47 201042
801 981 61 93 202103 13 92 428 63 517 (1000) 671
734 805 951 203023 67 174 252 90 320 30 413 (3000)
604 629 61 882 204220 30 460 596 79 917 25 205238
44 500 94 624 771 825 (1000) 206060 (1000) 134 (500)
60 404 (500) 9 803 722 903 95 207017 84 298 306
(500) 427 633 77 737 877 933 208157 90 308 30 47
306 23 438 83 636 93 962 209058 255 (500) 94 390
411 588 905 75
210019 139 358 93 706 841 92 211521 624 (500)
705 33 (3000) 212016 47 182 226 56 (5000) 95 369
831 30 916 213151 243 94 361 420 849 214007 216
(3000) 26 (500) 93 245 649 714 51 851 (1000) 926 (500)
215040 64 119 207 80 644 615 983 216099 (1000)
147 254 620 (1000) 22 32 60 505 664 81 739 94 830 637
217018 32 70 93 159 234 64 383 462 528 59 708 867
218246 (500) 301 23 59 415 62 503 74 678 (1000)
219161 61 308 571 750 71
220027 231 302 69 (3000) 628 44 87 707 221007
142 442 (3000) 83 842 222177 201 10 86 95 308 414
(500) 527 643 790 883 94 997 223014 143 242 329
88 720
Am Gewinnrade verbleiben: 1 Prämie zu 300.000 M.,
1 Gewinn zu 200.000 M., 1 zu 100.000 M., 2 zu 50.000 M.,
6 zu 10.000 M., 11 zu 5000 M., 241 zu 2000 M., 297 zu 1000
M., 694 zu 500 M.

16. Ziehung 5. Klasse 209. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 26. November 1903, nachmittags.
Aus der Gewinne über 240 Mill. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Die Gewinne.)
318 763 857 965 1369 412 581 697 15 (1000) 820 31
53 92 2060 (500) 61 434 510 (1000) 650 707 931 44
3082 85 127 73 234 79 431 821 26 949 71 (3000) 4022 45
152 (500) 77 95 328 426 (500) 73 549 82 807 8 (500) 767
5012 257 372 495 677 745 94 833 956 60 6188 224 (3000)
74 79 345 502 51 77 817 43 996 (1000) 7102 232 383 644
(500) 79 8063 264 15 516 663 716 69 889 904 90 9023
332 411 591 970 93
101177 212 44 369 33 641 760 946 11029 587 (500)
89 733 817 965 (500) 12909 33 107 257 (500) 72 76 568
83 792 (500) 76 (3000) 670 78 13005 81 137 38 89 431
(500) 37 559 63 686 776 849 58 980 14002 189 (500)
323 38 53 546 96 (3000) 798 829 991 25010 191 250 58
434 (500) 504 709 37 898 962 16012 (500) 29 73 633
17 359 90 651 17039 70 102 40 80 217 94 300 439 514 308
41 18002 30 44 417 (500) 43 674 693 804 012 19091
170 258 407 669 731 (500) 829 63
20139 58 207 95 438 55 667 808 18 (1000) 21257
(500) 363 467 89 644 815 945 22084 87 334 (500) 453
547 59 88 759 839 933 36 23022 (3000) 144 223 (500)
302 436 502 645 721 31 41 63 530 922 (1000) 24023 219
333 38 53 546 96 (3000) 798 829 991 25010 191 250 58
(1000) 392 571 671 708 85 919 26042 80 86 176 242 80
527 (1000) 631 47 58 798 879 965 27049 78 79 104 262
317 670 88 964 28068 101 270 330 (3000) 408 41 867
538 833 927 29288 300 60 447 501 903 780 855 (500) 987
300501 96 313 24 54 55 671 (3000) 906 67 (500) 79
31014 45 211 825 823 66 32112 201 585 (1000) 631 903
61 (500) 94 33023 47 72 93 330 (1000) 733 34004
(500) 318 542 99 613 80 736 900 35147 88 261 488 514
624 26 875 (500) 99 912 51 80 96 36064 114 34 83 277
310 479 83 762 82 909 37115 30 295 98 494 620 737
(500) 78 90 822 30 76 961 38077 (500) 422 510 41 (500)
624 49 50 82 785 (1000) 39039 47 103 73 90 326 433
(3000) 509 438 98
40035 21

Stadtverordnetenwahlen

finden in der dritten Wählerklasse

heute, am 27. November

von morgens 9 bis abends 8 Uhr in den folgenden Kommunal-Wahlbezirken statt, in denen die dabei benannten Kandidaten seitens der Sozialdemokratie aufgestellt sind:

- 2. Kommunal-Wahlbezirk: **Waldeck Manasse.**
- 5. " " **Hermann Werner.**
- 8. " " **Otto Antrich.**
- 13. " " **Paul Singer.**
- 14. " " **Arthur Stadthagen.**
- 17. " " **Emil Kerfin.**
- 18. " " **Max Schöneemann.**
- 24. " " **Paul Schneider.**
- 25. " " **Bernhard Bruns.**
- 28. " " **Franz Kohle.**
- 31. " " **Hermann Schubert.**
- 37. " " **Hermann Borgmann.**
- 39. " " **Wilhelm Gründel.**
- 42. " " **Karl Anders.**
- 43. " " **Ferdinand Ewald.**
- 47. " " **Richard Augustin.**

Die Parteigenossen, welche heute helfen wollen, werden ersucht, sich an folgenden Stellen einzufinden:

- 1. Wahlkreis: Morgens 8 Uhr im Central-Wahlbureau bei Glaue, Krausenstr. 18.
- 2. Wahlkreis: Morgens 8 Uhr: 5. Kommunalbezirk bei Kunkle, Wilowstr. 59 (Central-Bureau); 8. Kommunalbezirk, die Stadtbezirke 67, 70 bei Seidel, Wittenwalderstr. 16; Stadtbezirke 68, 69, 71 bei Scholz, Jossenerstr. 1 (Central-Bureau); Stadtbezirke 72, 73, 74 bei Wolf, Plan-Wer 27.
- 3. Wahlkreis: Morgens 8 Uhr für den 17. Bezirk: Restaurant Wolf, Pringensstr. 23; Restaurant Ahmuh, Pringensstr. 59; für den 18. Bezirk: Restaurant Wendt, Alexandrinenstr. 39; Restaurant Jessel, Sebastianstr. 38. Die Parteigenossen aus andern Wahlkreisen, welche sich um noch zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, sich nach der Centrale, Alexandrinenstr. 39, zu begeben.
- Vierte und fünfte Wahlkreis: 24. Bezirk bei Paul Wittin, Warschauerstr. 61; 5. Baumgarten, Königsbergerstr. 7; Dolar Blume, Straßauer Allee 31b. 25. Bezirk bei Otto Franke, Jorndorferstraße 8. 28. Bezirk bei Schulze, Weberstr. 40a; Post, Niederstr. 5, und im Centralbureau, Rosenthalerstr. 57 (fünfter Kreis).
- Vierte Wahlkreis früh 7 1/2 Uhr auch bei Wittin, Südbörsenstr. 1 (Hauptredaktion Amt IV Nr. 1709).
- Fünfte Wahlkreis: Freiwillige Hilfskräfte für die Stadtverordnetenwahl wollen sich früh von 1/8 Uhr an bei Veltter, Neue Königsstr. 60, melden.
- Sechster Wahlkreis: Früh 8 Uhr: 31. Bezirk: Behrend, Ehorinerstr. 7; Bernau, Schwedterstr. 23 (Amt III, 586); Ziedler, Saarbrückerstr. 6. 37. Bezirk: Korff, Elisabethstr. 18; Weigmann, Bernauerstr. 94; Diele, Ackerstr. 123 (Amt III, 5114); 39. Bezirk: Keiffen, Gartenstr. 101; Michaelis, Eichendorffstr. 21; J. Kaiser, Pfingststr. 6 (Amt III, 5422). 42. Bezirk: A. Streif, Kirchstr. 22. 43. Bezirk: A. Fischer, Waldstr. 8 (Amt II, 600). 47. Bezirk: August Dohy, Müllerstr. 32a; Herm. Schwandt, Seestraße 25; Adolf Abendroth, Waldstr. 42/43; Joh. Friede, Magstr. 13b (Amt II, 3157).

Die Genossen, welche nicht den ganzen Tag helfen können, werden gebeten, sich wenigstens nachmittags besonders zwischen 5 und 6 Uhr in obigen Lokalen zur Verfügung zu stellen.

Parteigenossen, beteiligt Euch zahlreich an der Agitationsarbeit! Wer es irgendwie einrichten kann, übe sein Wahlrecht schon vormittags aus!

Die sozialdemokratischen Wähler der ersten und zweiten Abteilung werden ersucht, morgen und übermorgen in allen zur Wahl stehenden Bezirken ihre Stimmen auf den Genossen Paul Singer zu berechnen.

Heute abend 8 Uhr finden zur Verkündung des Resultats der Stadtverordnetenwahl in Berlin Volksversammlungen statt, und zwar in folgenden Lokalen: Industrie-Festhalle, Ventstr. 20/21; Habels Brauerei, Bergmannstraße 5-7; Königshof, Wilowstraße 37; Dresdener Kasino, Dresdenerstr. 96; Urania-Säle, Brangelstr. 9/10; Königshof, Große Frankfurterstr. 117; Schützenhaus, Linienstr. 5; Kröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148; Wille, Brunnenstraße 188; Schmidt, Gartenstr. 9; Lehmann, Schulstr. 20; Kronen-Brauerei, Alt-Roabit 47-49. Zahlreichen Besuch erwarten

Die Vertrauensleute.

Der Prozeß Skwilecki

Bewegt die Gemüter der Reichshauptstadt natürlich noch lebhaft. Wenn man den in dieser Angelegenheit einlaufenden Berichten trauen darf, so ist die Gräfin als die eigentliche Hauptperson des Dramas ungefähr in der Lage des Grafen Waldersee, als dieser nach China zog, wobei natürlich der Unterschied zu vermerken ist, daß der Weltmarschall damals seine Vorbeeren aus offiziellen und offiziellen Kreisen auf Vorstoß erntete, wogegen die Gräfin für ein hinter ihre liegendes Martyrium von der Bevölkerung als Heldin des Tages gefeiert wird. Die Dame war für die Reportage natürlich ein fetter Bißchen und mußte sich von einer Mitarbeiterin des „Berliner Tageblatt“ gestern früh interviewen lassen. Das wäre an sich belanglos, beachtenswert ist aber, daß die Gräfin dem erwähnten Besuch außer 200 Glückwunsch-telegrammen den folgenden, vom 24. November, also dem Tage vor der Freisprechung datierten Brief ihres lieben Feindes Seltor Skwilecki zeigte:

Herrn Justizrat Bronker.

Hochwohlgeboren.

Bevor der Richterspruch gefällt worden ist, fühle ich mich verpflichtet, folgende Erklärung abzugeben: Ich bin durch den Gang der Verhandlungen zur Einsicht gelangt, meine Verbände auf Grund von mir nicht zu beweisender Thatsachen beschuldigt zu haben. Nachdem ich dieses ausgesprochen, erlaube ich Euch Hochwohlgeboren ergeben, den beteiligten Personen dieses mitteilen zu wollen; auch hoffe ich, daß dieselben meinen Irrtum werden entschuldigen wollen.

Hochachtungsvoll

Seltor Skwilecki.

Die Verteidigung hat bekanntlich in der Verhandlung von diesem sensationellen Brief keinen Gebrauch gemacht. Ueber ihre Behandlung im Untersuchungsgefängnis sagte die Gräfin u. a.:

„Das schlimmste für mich während der Untersuchungshaft war, daß ich bis August keinen Spiegel hatte. Denken Sie, eine Dame ohne Spiegel! Und dann noch eins. Am 6. Uhr wurde

mir das Chbested fortgenommen. Sollte ich nachher noch etwas genießen, so mußte ich mit den Fingern essen. Abscheulich, nicht wahr? Sehen Sie mich nicht an! Ich bin arm wie Floh, habe nicht zum Anziehen. In der Haft schrieb ich viele Briefe, las alle Zeitungen, freilich nur deutsche, die polnischen waren mir verboten, und sogar eine Handarbeit habe ich gemacht... In einem kleinen Koffer hatte ich meine nötigen Toilettesachen, nur der Gebrauch von Schere und Rasierapparat war mir unteragt. Von Januar bis Juli habe ich mit niemandem im Untersuchungsgefängnis sprechen dürfen. Erst dann erhielt ich die Erlaubnis, mit den Oberaufseherinnen während der vorgeschriebenen Promenade zu sprechen.“

Der Prozeß verursachte auch gestern noch mancherlei Aufregung im Kriminalgerichts-Gebäude, insbesondere im Raum der Gerichtskasse, die noch von zahlreichen Personen behufs Auszahlung der Zeugengebühren in Anspruch genommen wurde. Daß es dabei zu vielfachen Auseinandersetzungen und Beschwerden über die Berechnung der Zeugengebühren kommt, ist selbstverständlich. Zu den Personen, die mit der für sie herausgerechneten Geldsumme nicht zufrieden waren, gehörte die Hauptbelastungszeugin Hedwig Andruszewska, bei welcher als entgangener Arbeitsverdienst die Summe von 1,50 Mark pro Tag angenommen war. Sie beanspruchte einen höheren Satz, da sie in ihrer Heimat einen höheren Tagesverdienst habe, mußte sich aber mit dem Hinweis begnügen, daß sie bei Gericht schriftlich einkommen solle. — Auch der kleine Graf erschien in Begleitung der beiden Komtessen an der Gerichtskasse, da auch für seinen und seiner Begleiterin Aufenthalt in Berlin nicht unbedeutende Kosten entstanden waren, die nun durch die Gerichtskasse ersetzt wurden. Als die Komtessen mit der unschuldigen Hauptperson des langwierigen Prozesses das Gerichtsgebäude verließen und eine Droschke bestiegen, wurde die Gruppe vom Straßenpublikum erkannt. Im Nu war die Droschke von einer großen Menschenmenge umlagert, die dem zukünftigen Majoratsherrn von Wroblewo und seinen Begleiterinnen deutlich ihre Sympathie bekundete. — Unter der Verögerung des Skwilecki-Prozesses durch die Hecrierung des Zeugen Ewell und anderer Zeugen aus Warschau hat auch die gestern begonnene neue Schwurgerichtstagung zu leiden gehabt. Sie sollte schon am Montag ihren Anfang nehmen; Hals über Kopf mußten aber die Geschworenen abbestellt und die ersten Termine aufgehoben werden, da der Schwurgerichtssaal erst gestern frei wurde.

Die Entlastungszeugin Frau Wiedowska aus Wroblewo, die, wie wir seiner Zeit berichteten, auf den Antrag des Ersten Staatsanwalts Dr. Steinbrecht unter dem dringenden Verdacht des Meineides und der Begünstigung im Laufe des neunten Verhandlungstages verhaftet worden war, ist gestern mittag aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen worden. Sie hatte im Gegentag zu ihrer früheren vor dem Untersuchungsrichter beschworenen Aussage in der Hauptverhandlung eidlich belundet, daß die alte Antela Andruszewska am Tage der Geburt des kleinen Joseph Stanislaus in Wroblewo anwesend war. Die Verhaftung dieser Zeugin hatte, wie wir seiner Zeit berichteten, dem bekannten Juristen Justizrat Staub Anlaß zu Betrachtungen über Mängel im Voruntersuchungs-Verfahren gegeben.

Akessor Müller, der als Vertreter des Zweiten Staatsanwalts den Geschworenen in seiner Anklagerede so ungeschickt vor den Kopf stieß, sollte nach Elberfeld strafversetzt werden, doch hat er es, wie das „Berl. Tageblatt“ ebenfalls meldet, vorgezogen, seinen Abschied aus dem Staatsdienst zu nehmen.

In der Presse giebt sich nur eine Stimme der Befriedigung über den Ausgang des Prozesses zu erkennen. Vemerkt sei u. a. eine Mitteilung der „Voss. Ztg.“:

Die Geschworenen haben mit Opferfreude ihres Amtes gewaltet; sie haben auch Verständnis für die Vorgänge und für die Personen bewiesen und sich in ihrem eigenem Urteil durch nichts beirren lassen. Es klingt freilich wie eine Satire auf das Verfahren, wenn einer der Geschworenen im Gespräch auf die Bemerkung, er dürfe doch nur den Zeugen glauben, die vereidigt wurden: lächelnd antwortete: „Im Gegenteil, in diesem Prozeß glauben wir nur den Zeugen, die unbeeidigt gelassen wurden.“ Die Geschworenen hatten ebenso wenig wie die Zuhörer oder die öffentliche Meinung ein andres als sachliches, ideales Interesse am Ausgang des Prozesses.

Das „Berliner Tageblatt“ erörtert die bedenkliche Taktik des Staatsanwalts und des Untersuchungsrichters:

Zeugen, die beläsend auszusagen, werden in der Voruntersuchung vereidigt und sie werden damit auf ihrer Aussage festgenagelt, wenn sie sich nicht einer Anklage wegen Meineides aussetzen wollen. Gegen Entlastungszeugen wird dagegen, noch bevor der Prozeß beendet ist, ein Strafverfahren wegen Begünstigung eingeleitet und daraufhin ihre Vereidigung abgelehnt. Diese Taktik hat wohl nicht zum mindesten dazu beigetragen, daß in diesem Prozeß die Geschworenen die Schuldfragen verneinten. Aber sie zeigt doch deutlich, daß hier etwas faul im Staats Dänemark ist, und so rufen wir den Räumern, welche über die Reform unres Strafprozesses zu beraten haben, ein dringendes „caveant consules“ zu. Hoffentlich sind die Lehren dieses Prozesses nicht verloren.

Die „Staatsbürger Ztg.“ schreibt:

Der Prozeß kostet dem Staat die Meinigkeit von etwa 150 000 M. Der Ausgangspunkt des Prozesses ist der Wunsch des Grafen Seltor, Majoratsherr von Wroblewo zu werden. Sein Wunsch ist unerfüllt geblieben, der Spruch des Zivilgerichts hat sich auf strafrechtlichen Wege trotz erheblicher Aufwendungen, die er gemacht hat, nicht heiligen lassen; er bleibt zu Recht bestehen, und der in „Gothaer“ bereits eingetragene junge Graf Joseph Adolf Stanislaus wird nach menschlicher Berechnung demnächst Majoratsherr von Wroblewo werden. Wäre es nicht angezeigt, wenn Graf Seltor nun die Kosten dieses Prozesses auf sich nähme und damit die preussischen Steuerzahler um ein Erhebliches entlastete?

Ueber die Fehler der Staatsanwaltschaft äußert sich auch die „National-Zeitung“:

Nach dem Ausgange des Prozesses fragt man sich erstaunt, ob ein solches Aufgebö von — Richtbeweismaterial vor den Geschworenen wirklich nötig war, ob der Fall Wroblewo einen andern Erfolg haben wird, als den, die neuerdings immer häufiger werdenden Klagen über staatsanwaltschaftlichen Hebereiher noch erheblich zu vermehren!

Nur ein Wast, nämlich der fromme „Reichsbote“, benutz den Prozeß, um für Dunkelmänner-Pläne Propaganda zu machen:

Man hat die öffentlichen Gerichtssäle schon öfter als eine Hochschule des Verbrechens, dessen Vertreter es vorzugsweise sind, welche die Zuhörerräume belagern, bezeichnet; hier lernen sie, wie es gemacht wird. Aber wenn das auch vielleicht zu viel gesagt ist, so kann das dort verkehrende, meist sehr minderwertige Publikum doch nicht als kompetent für die Kontrolle der Rechtspflege, wozu doch die Öffentlichkeit bestimmt sein soll, gelten; in dem übrigen Publikum aber wirkt diese Defensivität abkühlend auf das Gewissen und die sittlichen Anschauungen, zumal wenn ein solcher Sensationsprozeß den andern jagt, wie jetzt, wo auf den Wisse-Prozeß der Oldenburger Verantwörtung und der Skwilecki-Prozeß folgte. Deshalb muß man immer wieder sagen: Schaft Wandel.

Das Blatt bleibt eine Erklärung dafür schuldig, inwiefern das als minderwertig bezeichnete Publikum durch die ihm neuerdings in öffentlicher Gerichtsverhandlung vorgeführten Bilder zum Kindes-unterchieden, zum Hazardspiel oder zu den militärischen Ungehörigkeiten, die im Wisse-Prozeß aufgedeckt sind, angeregt werden soll. Andre Leute als Grafen, Minister und Offiziere kommen als Ver-

führungsojekte in den erwähnten Prozessen kaum in Betracht; werden diese Menschenkategorien aber von dem konserverativen Blatt in moralischer Hinsicht für so haltlos gehalten, daß aus dem bösen Beispiel heraus noch mehr solcher Sensationsprozesse zu erwarten wären?

Aus Industrie und Handel.

Saatenstand in Deutschland. Am die Mitte des Monats November war der Stand der Saaten in Deutschland nach der amtlichen Statistik (Nr. 1 sehr gut, Nr. 2 gut, Nr. 3 mittel (durchschnittlich), Nr. 4 gering, Nr. 5 sehr gering):

	Weizen	Winterweizen	Roggen	Junger Alee
November 1903	2,3	2,1	2,3	2,3
Oktober 1903	2,4	2,1	2,4	2,2
November 1902	2,6	2,4	2,8	2,4
1901	2,3	2,3	2,1	2,5
1900	2,3	2,0	2,3	2,3

Dazu heißt es in den Bemerkungen des „Reichs-Anzeigers“: Während im nordwestlichen Deutschland das schon seit Anfang Oktober herrschende, überwiegend nasse Wetter noch bis Ende desselben Monats anhält und infolgedessen die Fortsetzung und Beendigung der unterbrochenen Bestellungsarbeiten sehr verzögert wurden, trat in dem übrigen Deutschland schon Mitte Oktober ein Umschwung zum Besseren ein; mildes, schönes Herbstwetter, das die ganze Verichtsperiode hindurch anhält, förderte hier die Bestellung und begünstigte die Entwicklung der Frühen, sowie das Keimen der späteren Winter-saaten. Nachtfröste kamen nur vereinzelt vor. Aus allen Gegenden kamen Klagen über das zahlreiche Auftreten von Feldmäusen, die stellenweise schon Anlaß zu Unpflügen oder Nachsäungen gaben. Fast ebenso verbreitet zeigt sich die Ackermaede.

Die schon im September in die Erde gebrachten Saaten haben sich schon entwickelt und kräftig bestockt und gehen, abgesehen von stellenweisen Schädigungen durch Mäuse oder Schnecken, gut in den Winter über. Die erst nach der langen Regenperiode gefallene Halmfrüchte, und zwar der größere Teil des Weizens, aber auch ein erheblicher Teil des Roggens, lagern am Schluß der Verichtsperiode teils noch im Keime, teils waren sie erst in den letzten Tagen aufgelaufen. In einigen Gegenden, in denen der Boden besonders stark durchnäßt war, ist die Herbstsaat noch nicht beendet.

Kohlenhandel. In der gestrigen Nebenbesitzer-Versammlung des Kohlenhandels wurden der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge die Richtpreise für Kohlen, Coals und Briquets unverändert wie bisher festgesetzt. Die Abgabe und die Entschädigung für den Mehr- und Minderabgab für das letzte Vierteljahr wurde auf 1 M. resp. 1,50 M. angelegt; ebenso wird die Höhe des Strafgebotes für jede Tonne der an die Beteiligten nicht gelieferten Menge auf 2 M. pro Tonne bestimmt.

Der Abstieg blieb im Monat Oktober gegen die Beteiligung um rund 22 Proz. zurück. Die Förderung weist gegen September eine Steigerung von 1,81 Proz. und gegen Oktober des Vorjahres eine solche von 7,93 Proz. auf. Die Förderung betrug im Oktober 4 942 540 Tonnen in 27 Arbeitstagen, das ist 183 057 Tonnen pro Tag und ist gegen September um 3252 Tonnen, gegen Oktober 1902 um 13 442 Tonnen gestiegen. Der arbeitstägliche Versand an Kohlen, Coals und Briquets betrug 16 739 Doppelwaggons und stieg gegen September 1902 um 138 Doppelwaggons und gegen Oktober 1902 um 1023 Doppelwaggons.

Stahlwerksverband. Auch die „Rheinische Zeitung“ weist von ernsten Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen zu berichten, die sich zu einem Stahlwerksverband zusammenschließen wollten. Wie sie bestätigt, ist bei den letzten Verhandlungen über den Stahlwerksverband eine Spaltung der beteiligten Werke eingetreten. Dabei stehen sich die rheinisch-westfälischen Werke und die sogenannte Frankfurter Gruppe schroff gegenüber. Zu letzterer gehören die Burbacher Hütte, die Döbelinger Eisenhütte, die Alfelder Hütte und das Feiner Walzwerk, die Maximilianshütte in Rosenberg, die Köhlingischen Eisen- und Stahlwerke, die Rombacher Hütte, Gebr. Stumm in Remscheid und de Wandel u. Co. in Hagen. Diese Werke fordern eine um 155 000 Tonnen höhere Beteiligung und sind entschlossen, im Falle der Ablehnung ihrer Forderung die Verhandlungen abbrechen. Sie verfügen über eine Hochofenzeugung von etwa 2 1/2 Millionen Tonnen.

Andrerseits besteht bei verschiedenen der größten rheinisch-westfälischen Werke keine Reigung, die alten Verbände zu erneuern, so daß im Falle des Scheiterns des Stahlwerksverbandes eine Auflösung verschiedener Syndikate der Eisenindustrie erfolgen dürfte. Das Blatt verweist weiter darauf, daß sich auch aus der für den geplanten Verband vorgesehenen Verrechnungsweise Rechnungsverschiedenheiten unter den Werken ergeben.

Vom Kaffeehandel. Brasilien wird in immer stärkerem Maße zum Kaffeeexportanten der Welt. Nach dem diesjährigen Bericht des brasilianischen Finanzministers erreichte die Kaffeeproduktion der Welt im Erntejahre 1901/02, d. h. in der Zeit vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902, mit 19,5 Millionen Sack (a 60 Kilogramm) ihren Höhepunkt. Davon entfielen auf Brasilien allein 15,5 Mill. Sack, was gegen 1889/90 mit 4,2 Mill. Sack eine Vermehrung der Produktion um etwa 270 Proz. bedeutet, während die Produktion der andren Länder mit 3,5 Mill. gegen 4,4 Mill. Sack um etwa 25 Proz. geringer war als im Jahre 1889/90.

Die Kaffee-Ausfuhr aus den brasilianischen Kaffeehäfen Rio de Janeiro, Santos, Victoria und Bahia gestaltete sich in den drei letzten Erntejahren (für 1902/3 ist nur die Zeit vom 1. Juli 1902 bis 31. März 1903 berücksichtigt, es fehlt also das letzte Viertel dieses Jahres), wie folgt:

	Wert (loft Hafen inkl. Exportzoll)	Sack	Milreis	1000 Sterl.
1900/01	10 898 005	461 877 865	20 532 343	
1901/02	15 243 178	506 856 770	24 533 701	
1902/03	10 666 297	326 508 226	16 102 903	

Aus diesen Häfen wurden außerdem noch jährlich ca. 250 000 Sack für inländischen Konsum nach andren brasilianischen Häfen verschifft, vorzugsweise Pernambuco, Pará, Manaus und Porto Alegre, wobei zu bemerken ist, daß die Tariffäge des „Lloyd Brasileiro“ von Rio nach Pará und Manaus viel höhere sind, als die nach Europa gezahlten.

Hauptbezugsländer von brasilianischem Kaffee waren im Jahre 1901 (unter Angabe der Mengen für den eignen Konsum in Klammern): die Vereinigten Staaten mit 6 874 421 (6 818 897), Deutschland mit 2 808 519 (1 705 476), Frankreich mit 2 183 870 (629 468), Oestreich-Ungarn mit 689 946 (601 395), Italien mit 205 107 (185 685) Sack.

Gewerkchaftliches.

Arbeiter Deutschlands!

Der Kampf in Crimmitschau wird zur Zeit mit rasender Erbitterung geführt. Die Thatfache, daß die Konjunktur vor Weihnachten abgeklaut hat und die Erkenntnis, daß der Kampf für sie verloren ist, wenn sie nicht jetzt Arbeitswillige für die im Januar neu beginnende Saison aufstreiben, hat die Unternehmer zu den unerschöpflichsten Anstrengungen veranlaßt.

In Crimmitschau finden sie keine Arbeitswilligen. So haben sie ihre Sendlinge nach Osten und Westen, nach Norden und Süden in die Welt gesandt. Die Herbergen werden nach Streikbrechern abgesehen.

Es sind denn in der That auch eine Anzahl von so herangeholten Leuten eingetroffen, aber später wieder abgereist.

Sollte es denn wirklich noch irgend wo einen Ort geben, in dem man von dem Klassenkampf in Crimmitschau nichts weiß?

Arbeiter Deutschlands! Weist die Spinner und Weber im Rheinland, im Elsaß, in Bayern und anderwärts darauf hin, daß in Crimmitschau die Löhne weit niedriger sind als in ihrer Heimat! Weist sie darauf hin, daß sie ihre eigene Lebenshaltung für alle Zukunft herabsetzen helfen, wenn sie wegen vorübergehender stauer Zeit an der bisherigen Arbeitsstelle nach Crimmitschau gehen, von wo aus man der Industrie anderwärts auf Kosten der Arbeiterschaft die schlimmste Schmutzkonkurrenz macht.

Spinner und Weber! Geht nicht nach Crimmitschau! Nehmt nicht die Stellen der Leute ein, die ohne Zugeständnis von Seiten der Unternehmer nie in die Fabriken gehen.

Arbeiter Deutschlands! Deckt den Zehnfunden-Kämpfern in Crimmitschau den Rücken! Halte die Verräter fern! Tragt den Kämpfern Munition zu!

Berlin und Umgegend.

Der Holzarbeiterstreik bei der Firma Kummel dauert unverändert fort. Am Mittwoch waren zwar Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisation zusammengelassen, um über eine eventuelle Beilegung der Differenzen zu verhandeln. Das Resultat der Verhandlungen war jedoch ein negatives, weil die Unternehmer sich nur zu kaum nennenswerten Zugeständnissen verstehen wollten, die den berechtigten Forderungen der Arbeiter bei weitem nicht entsprechen.

Von einer Aussperrung wurden am Mittwoch die gesamten Arbeiter der Pianofabrik von Lehmann u. Co., Königsbergerstraße 3, betroffen, weil die dort beschäftigten Posierer (Holzarbeiter-Verband) einige Forderungen gestellt hatten. Im Laufe des gestrigen Tages sind die Differenzen aber bereits zu beiderseitiger Zufriedenheit wieder beigelegt worden, die Aussperrung hat somit nur einen Tag gedauert.

Achtung, Leistenvergolder Berlins! Die Firma Methlow Co., Berlin, Köpenickerstr. 100a, ist eifrig bemüht, unter den Leistenvergoldern einen Mann ausfindig zu machen, welcher sich zum „Reinlernen“ von Vergolderinnen hergiebt. Diese billigen Arbeiterinnen sollen dann gegen die männlichen Arbeiter als Preisrückerinnen ausgespielt werden. Wir erwarten daher, daß kein ehrenhafter Kollege sich dazu hergiebt, unsre Branche gemeinsam mit den Fabrikanten ruinieren zu helfen.

Wer das unternimmt, trägt die Verantwortung dafür, wenn es darüber zu erbitterten Kämpfen kommt.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder.

Deutsches Reich.

Wenn die Aussperrung der Töpfer in vollem Umfange durchgeführt wird, dürfte diese eine der größten Aussperrungen werden, die Deutschland bisher gesehen hat. Dem Unternehmer-Verband gehören 102 Firmen an. Bisher haben von diesen 86 an 23 Orten gelündigt. Wird die Aussperrung perfekt, so kann die Zahl der auf die Straße geworfenen Arbeiter etwa 15 000 betragen.

Die Hausperre gegen Schwindelunternehmer in Magdeburg führt anscheinend auch zu Konflikten mit den „ehrlichen“ Firmen am Orte. Ein solcher Unternehmer, Herr Wille, hat es unternommen, einen Bau, auf dem Arbeiter um ihren Lohn geprellt worden sind, weiter zu führen und wollte nur einen Teil seiner Leute dorthin kommandieren. Diese weigerten sich, ihren um den Lohn betrogenen Kollegen in den Rücken zu fallen. Nun werden sie mit der Motivierung fortgeschickt: „Wenn Ihr nicht auf den gesperreten Bauten arbeiten wollt, so habe ich für Euch keine Arbeit mehr und Ihr seid entlassen!“ — Wer nicht um seinen verdienten Lohn betrogen werden will, gehe nicht nach Magdeburg.

Der Bergarbeiter-Verband hat im Plauenschen Grund einen schönen Sieg davon getragen. Bei der Wahl der Berg-Schiedsgerichts-Mitglieder wurden die Verbandsmitglieder Häuer Thomas, Drechsler und Schlotterbeck mit 210, 208 und 195 Stimmen gewählt, während es die Gegnerpartei nur auf 22, 7 und 6 Stimmen gebracht hat. Es hatten von 320 Wählern 230 gewählt.

Der Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, Genosse Leim-peter, wurde von der Strafkammer in Bochum zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte behauptet, daß auf den Jochen „Graf Schürer“ und „Grim“ mehrere Mündigungen vorgenommen worden seien, um die Zahlstelle Rangel-Großop des Bergarbeiter-Verbandes zu vernichten. Die Verhandlung ergab, daß mehreren Vergleuten nach 4½ resp. 5jähriger Tätigkeit ohne äußerlich erkennbaren Grund gelündigt worden sei, darunter auch dem Vertrauensmann der Zahlstelle. — Das Gericht erkannte an, daß die Vergleute wohl eine Verächtlichung zu dem Glauben hätten, ihre Entlassung sei wegen der Verbandszugehörigkeit erfolgt, ein Beweis wäre jedoch dafür nicht erbracht. Außerdem erkannte das Gericht in der Form des Artikels eine Beleidigung.

Ausland.

Der Taff-Bale-Entscheid des britischen Oberhauses, nach dem die Eisenbahner-Gewerkschaft zur Zahlung von ca. 500 000 M. Entschädigung verurteilt wurde, weil ihre Beamten den Streit gegen die Taff-Bale-Bahn-Gesellschaft mit „ungehörigen“ Mitteln geführt, unter andern die Arbeiter zur Arbeitsniederlegung ohne Kündigung „verleitet“ hätten, macht in den Vereinigten Staaten Schule. So sind Schadenersatzklagen bei den amerikanischen Gerichten anhängig gemacht gegen die Gewerkschaft der Buchbinder in Chicago in Höhe von 30 000 Dollar, gegen die dortigen Bauarbeiter-Gewerkschaften in Höhe von 50 000 Dollar, gegen die Gärtler in Höhe von 30 000 Dollar und gegen die Gewerkschaft der Zuberbäcker in Chicago in Höhe von 20 000 Dollar. Die Filiale der Gewerkschaft der Maschinisten in Rutland (Vermont) ist zu 2500 Dollar Schadenersatz verurteilt worden, und jedes einzelne Mitglied mit seinem Gut und Gut für persönlich haftbar erklärt. In Danbury (Connecticut) sind die „Vereinigten Hutmacher von Nordamerika“ und die „Amerikanische Arbeiter-Föderation“ auf 350 000 Dollar Schadenersatz verurteilt wegen Boykott und sogar wegen Gebrauchs der Kontrollmarke.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Nieder-Schöne-weide. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 28. November, abends 8½ Uhr, die ordnungsmäßige Vereinsversammlung bei Franz stattfindet. Es erwartet vollzähliges Erscheinen
Der Vorstand.

Grünau. Der Wahlverein hält morgen abend 9 Uhr in der „Grünen Ecke“, Köpenickerstr. 88, seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Grünwald referiert über: Der Weltverkehr zu Wasser und zu Lande. Gäste willkommen.

Lokales.

Ein Volksgesicht sei der heutige Tag!

„Zum Sturm aufs rote Haus“ — das ist die Losung des 27. November! Die stille, emsige Arbeit der Agitation zu den Stadtverordneten-Wahlen, die unsere Parteigenossen unermüdet und pflichtgetreu in den letzten Wochen geleistet haben, soll heute ihren Lohn finden. Kommunalwähler der dritten Abteilung, ihretwegen Eure Pflicht! Trete Mann für Mann an die Wahlurne und stimmt für die Kandidaten der Sozialdemokratie! In Berliner Freisinnigen ist nach den Landtags-

Wahlen der Kammer geschwollen, und sie hoffen, daß sie nun auch bei den Stadtverordneten-Wahlen wieder etwas günstiger abschneiden werden. Der „schimpfliche Sieg“, den die „Freisinnige Volkspartei“ (wie sie schamlos noch immer sich nennt) auf Grund des Landtags-Wahlrechtes noch einmal davontragen durfte, ist in den Versammlungen des Freisinn dreist und unverfroren hingestellt worden als ein Beweis, daß „der Socialdemokratie nichts mehr gelinge“. Die freisinnigen Erwählten von Geldsack Gnaden haben kein Wort des Tadels dafür gefunden, daß durch eine Handvoll Landtagswähler erster und zweiter Abteilung, deren Vertrauen sie allein noch besitzen, die in der dritten Abteilung vereinigte breite Masse des Volkes niedergestimmt worden ist. Triumphierend über die Brutalität eines solchen „Wahlrechtes“ haben sie gehöhnt: „Wo sind denn Eure drei Millionen vom 16. Juni?“

Die Parteifreunde dieser Männer, die Witschuldigen solcher Wahlentrechtung der gewerthätigen Bevölkerung, treten heute in Berlin vor Euch, Kommunalwähler der dritten Abteilung, und betteln um Eure Stimmen. Am 20. November haben die Cassel, Kreitzing, Rosenow und Konforten stolz lächelnd die Frucht der Vergewaltigung des arbeitenden Volkes, ihre Berliner Landtagsmandate, in Empfang genommen. Am 27. November präsentieren sie Euch Kommunalwählern ihre Gesinnungsgenossen, ihre Kollegen im Stadtparlament, die Homann und Fried und Drense, die im roten Hause den acht freisinnigen Streich mitgemacht haben, den Beginn der Landtagswahl für die dritte Abteilung auf eine den Arbeitern ungenügende Tageszeit zu legen; den „König von Moabit“, Herrn Gerde, der an jedem arbeiterfeindlichen Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung teilzunehmen bereit ist und bei der Wahl von den Gesinnungsgenossen eines Pregel, den Rammern der „Bürgerpartei“, mit unterstützt wird; den Maurermeister Leng, Vorsitzenden des Hausagrier-Vereins, der in Berlin-Nord zu den forschtesten dieser gemeinschädlichen Vereine gehört.

Aber das Kommunal-Wahlrecht, wiewohl gleichfalls ein Dreiklassen-Wahlrecht, ist weniger brutal als das Landtags-Wahlrecht und darum weniger günstig dem Freisinn. Hier gibt es kein Niederstimmen der dritten Abteilung durch die erste und zweite, hier kann wenigstens durch die dritte Abteilung die gewerthätige Bevölkerung sich Gehör und Geltung verschaffen. Heute, wo die dritte Abteilung wählt, haben nicht die Geldsäcke zu entscheiden, heute entscheidet das Volk. Darum gehört am 27. November der Sieg nicht dem Freisinn, sondern der Socialdemokratie. Ein Volksgesicht sei der heutige Tag, ein Volksgesicht über den volksfeindlichen Freisinn!

Die Hausagrierer und ihre Beschützer bei den Stadtverordneten-Wahlen.

Die Städte-Ordnung bestimmt, daß in der Stadtverordneten-Versammlung mindestens die Hälfte der von jeder der drei Wähler-abteilungen zu wählenden Stadtverordneten den Reihen der Haus-agrierer entnommen werden muß. Durch diese Vorschrift wird gegebenenfalls die Socialdemokratie genötigt, den Wählern einen Hausbesitzer als ihren Vertreter zu empfehlen. Wenn vor den Stadtverordneten-Wahlen bei der Auslosung der Wahlbezirke, die diesmal einen Hausbesitzer in das Stadtparlament entsenden sollen, das Los ein paar für uns günstige Bezirke getroffen hat, dann bleibt uns nur übrig, dieser lästigen Bedingung bei der Aufstellung der Kandidaten Rechnung zu tragen.

Es versteht sich von selbst, daß die socialdemokratischen Hausbesitzer sich mitteilen zur Stärkung des Hausagrierertums in der Stadtverordneten-Versammlung. Wir erfüllen notgedrungen die gesetzlich vorgeschriebene Bedingung, aber unsre Vertreter in der Stadtverordneten-Versammlung, die hausbesitzenden wie die nicht-hausbesitzenden, bekämpfen dort rücksichtslos die Hausagrierer und ihre Herrschaftsgelüste. War jene Bedingung vom Gesetzgeber als ein Privileg des Grundbesitzes gedacht und beabsichtigt, so macht ihm die Socialdemokratie, wo sie an der Gemeindeverwaltung teilnimmt, einen Strich durch seine Rechnung.

Andero handelt der Freisinn! Die Vertreter des Freisinn in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung sind, mit sehr wenigen Ausnahmen, eifrig bemüht, das Hausagrierertum zu schützen und zu füttern. Man denke an die Haltung, die die Mehrheit der freisinnigen Stadtverordneten zu der socialdemokratischen Forderung einer kommunalen Regelung des Wohnungs-wesens eingenommen hat! Die ablehnenden Beschlüsse, die damals gefaßt wurden, sind erklärlich aus den intimen Beziehungen, die zwischen Freisinn und Hausagrierertum bestehen. Die Berliner Hausbesitzer sorgen dafür, daß schon bei der Auswahl und Aufstellung der freisinnigen Stadtverordneten-Kandidaten möglichst nur Männer ihrer Clique berücksichtigt werden. Wer nicht ihre Approbation erhält und trotzdem als Kandidat aufzutreten wagt, dem wird es von seinen eignen, freisinnigen Parteifreunden verurteilt schwer gemacht, in das rote Haus hineinzukommen.

Der Einfluß der Hausagrierer auf den Freisinn geht so weit, daß es ihnen sogar gelingt, einen etwa ohne ihre Zustimmung oder gar gegen ihren Willen gewählten freisinnigen Stadtverordneten noch nachträglich zu sich hinüberzuziehen. Ein lehrreiches Beispiel hierfür ist der Stadtverordnete Goldschmidt. Er vertrat früher einen Bezirk der dritten Abteilung, aber vor zwei Jahren entschied das Los, daß sein Bezirk einen Hausbesitzer zu wählen hatte. Herr G. war kein Hausbesitzer und — wollte auch keiner werden. Die Hausbesitzer selber zählten ihn zu ihren Gegnern, weil er manchmal ein tadelndes Wort über sie gesprochen. Was nun thun? „Fatal!“ sagten seine Parteifreunde, aber der Ausgeloste dachte: „Famos!“ In seinem bisherigen Bezirk wäre er ja lässlich durchgefallen; so aber konnte er sich im Anstand in die zweite Abteilung hineinretten. In die zweite Abteilung, die wie die erste von den Hausbesitzern als ihre Domäne betrachtet wird! Es gab heftige Kämpfe — die Hausbesitzer stellten ihm einen eignen, ebenfalls freisinnigen Kandidaten gegenüber — aber er schaffte es doch und kriegte sein Mandat. Nicht lange nachher machte er seinen Frieden mit den Hausagrierern. Inzwischen hat er sich weiter entwickelt und heute — agitiert er für die Wiedertwahl des freisinnigen Stadtverordneten Iden. Dieser Iden, ein Kollege G.'s aus der zweiten Abteilung, ist einer der schlimmsten Führer des Hausagrierertums in Berlin-Südost. Vor zwei Jahren arbeitete er heftig gegen die Wahl des „Hausbesitzerfeindes“ Goldschmidt; künftig wird er's nicht mehr thun. Eine Hand wäscht die andre.

Der befehlte „Hausbesitzerfeind“ von ehedem giebt sich bei andern Gelegenheiten als „Volksmann durch und durch“; in der Stadtverordneten-Versammlung gehört er zur „Neuen Linken“, da versteht sich das ohnedies von selber. Er liefert jetzt den Beweis, daß man „Volksmann“ sein und — dem Hausagrierertum dienen kann. Das Volksgesicht der Wähler dritter Abteilung braucht der Vorsichtige ja nicht mehr zu fürchten. Aber die übrigen Beschützer des Hausagrierertums, mit denen der Freisinn bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen wieder vor die dritte Abteilung hintritt, sollen es am 27. November erfahren, daß auch für sie hier keine Stätte mehr ist. Hinaus mit dem Freisinn aus der dritten Abteilung, hinaus mit allen, die zum Hausagrierertum halten! Die dritte Abteilung darf allein der Socialdemokratie gehören!

Zur Ausübung ihres Wahlrechtes erhalten heute die städtischen Arbeiter und Beamten ohne jeden Abzug für die Versammlung einen zweiwöchigen Urlaub. Die Wahlen beginnen um 9 Uhr.

Zur Förderung der Berliner Konsumgenossenschaftsbewegung finden in der ersten Dezemberwoche verschiedene Volkerversammlungen statt. Um für zahlreichen Besuch dieser Versammlungen Propaganda zu machen, findet am Sonntag, den 28. November, morgens 8 Uhr, von nachstehenden Stellen aus Flugblatt-Verbreitung statt. Es ist Pflicht jedes Genossenschaftlers, sich an dieser Verbreitung zu beteiligen und für regen Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen. Die Verbreiter wollen sich melden bei: Wachgänger, Ewinemilinderstr. 34. Abendroth, Vabstraße, Ecke Gropiusstraße. Pfaff, Reimkendorferstr. 68. Wittchow, Kleine Hamburgerstraße 27, Ecke Elshäuserstraße. Borgfeld, Krudtstr. 35. Thomien, Gneisenaustr. 30. Rehbach, Hagelsbergerstr. 23. Raufsch, Wintstraße 12.

Die Wärmehallen am Alexanderplatz sind eröffnet. Leider fehlt es den dort einkehrenden Kernien der Armen oft an den notwendigen Kleidungsstücken, besonders aber an festem Schuhzeug. Die Verwaltung im Stadtbahnhof 98, an der Dirlsenstraße, gegenüber dem Polizeipräsidium, ist gern bereit, Gaben für die Obdachlosen und Frierenden zur Verteilung an diese entgegenzunehmen. Angesichts des schlechten Wetters sind sie doppelt willkommen.

Eine entsetzliche Familienkatastrophe

verursachte Mittwochsabend gegen 11 Uhr auf dem Stadtbahnhof Stralau-Kummelsburg ungeheure Aufregung. Dort warf sich der 30 Jahre alte Schneider Johannes Manikiewicz mit zwei Kindern vor einem Stadtbahnhofzug auf das Geleise. Der Vater und das eine Kind wurden auf der Stelle getötet, das zweite Kind, ein Mädchen, verstarb in der Nacht im Kummelsburger Krankenhaus.

Ueber den graufigen Vorfall wird uns weiter berichtet: Johannes Manikiewicz ist am 28. November 1873 in Poakitz, Kreis Scharnau, geboren und seit sechs Jahren mit einer Lande-männin verheiratet. Der Ehe sind drei Kinder, ein Knabe Karl, jetzt fünf Jahre alt, und zwei Mädchen, die vierjährige Wally und die neun Monate alte Anna entsprossen. M. wohnte in Porphagen-Kummelsburg, Vöschstr. 15, und arbeitete für die Firma Rudolph Herzog in der Breitenstraße; er würde ein gutes Auskommen gehabt haben, wenn seine Frau nicht krank gewesen wäre. Sie litt an Unterleibskrebs und die langwierige Krankheit verursachte bedeutende Ausgaben, infolgedessen M. sich in ständigen Kassaengedrang befand. Die Verhältnisse gestalteten sich noch ungünstiger, als Frau Manikiewicz vor vier Monaten nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte. Das kleinste Kind fand Unterkunft bei Verwandten in Berlin. Manikiewicz befand sich seit dieser Zeit in einem verzweifelten Zustande. Seit zwei Monaten war er die Mietschuldig geblieben; die Möbel gehörten ihm schon längst nicht mehr, und der Unflathliche vermochte nur mit Mühe so viel zu erwerben, wie er für den notwendigen Unterhalt gebrauchte. Wiederholentlich äußerte er sich dahin, daß er mit seinen Kindern den Tod suchen wolle. Nachbarn bemühten sich, den Armen zu trösten, und erklärten sich auch bereit, den Kindern die notwendige Pflege zu teil werden zu lassen. M. lehnte jedoch jede Hilfe ab. Scheinbar besserte sich in der letzten Zeit sein Gemütszustand. Am vergangenen Sonntag erhielt der Schneider die Mitteilung von dem Tode seiner Frau. Es wurde bei ihm eine Depesche vorgefunden des Inhalts: „Frau gestorben im Krankenhaus.“ Seit dieser Zeit ließ Manikiewicz tief sinnig umher, wies jeden Trost zurück und lehnte auch die Annahme neuer Arbeiten ab. Schon am Dienstag hatte er die Absicht, gemeinsam mit seinen Kindern in den Tod zu gehen. Doch gelang es an diesem Tage Nachbarn, ihn in seiner Wohnung zurückzubalten. Mittwochsabend verließ der Schneider mit seinen beiden Kindern unbeobachtet das Haus.

Als der um 10.55 Uhr abends auf dem Bahnhof Stralau-Kummelsburg fällige Vorortzug Grunewald-Johannisthal in die Station einließ, vernahm die Beamten plötzlich einen furchtbaren Aufschrei, der das Raseln der Räder des an dem Bahnsteig vorfahrenden Trains überdünnte. Sofort wurde die Strecke abgeblockt. Unmittelbar vor der Einfahrt des Bahnhofes, etwa eine Wagenlänge hinter dem Schlafwagen des Zuges, befand sich die Unfallstelle. Den Stationsbeamten bot sich ein schauriger Anblick. Teils zwischen den Geleisen, teils neben den Schienen auf der Strecke lagen die blutigen Körper dreier Personen. Es waren Manikiewicz und seine beiden älteren Kinder. Der Schneider war durch die Räder des Zuges höchstwahrscheinlich gevierelt worden, sein Körper völlig auseinandergerissen. Dem fünfjährigen Karl war der Oberleib vom Unterleib getrennt, der vierjährigen Wally das rechte Bein am Oberschenkel abgetrennt. Nur das Mädchen war noch am Leben; es wurde sofort nach dem Kummelsburger Krankenhaus gebracht, wo es gestern morgen gegen 4 Uhr seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Allem Anschein nach hatte sich M. mit den Kindern zwischen Maschine und ersten Wagen auf die Schienen geworfen. Der Lokomotivführer des Grunewald-zuges hatte von dem ganzen Vorfall nichts bemerkt. Auch fanden sich an den Rädern der Lokomotive keine Blutspuren. Ebenso wenig hatte das Bahnhofspersonal die Katastrophe verhindern können, da sich Manikiewicz außerhalb des Bahnhofes versteckt gehalten hatte.

Zur Beschaffung von Wandschmuck für die Berliner Gemeindegewerkschaften, der in künstlerisch ausgeführten Bildern bestehen soll, werden jetzt die ersten Schritte getan. In der letzten Sitzung des Komitees, das zur Förderung dieser Angelegenheit vor längerer Zeit aus Lehrerkreisen zusammengesetzt ist, konnte der anwesende Stadtschulrat Gerstenberg mitteilen, daß ihm für einen Betrag 1200 M. überwiesen worden seien. Es wurde erwidert, in welcher Weise diese Summe verwendet werden solle, ob sie auf vier oder nur auf zwei Schulen zu verteilen sei. Eine Einigung hierüber wurde noch nicht erzielt. Auch der Vorschlag des Stadtschulrats, den letzten Schulbau des Stadtbaurats Blankstein (Christburgerstraße) und den ersten Schulbau des Stadtbaurats Hoffmann (Glogauerstraße) für diesen Versuch auszuwählen, wurde noch nicht zum Beschluß erhoben. Beabsichtigt ist zunächst nur eine Ausschmückung der Klassenzimmer, doch wurde angeregt, auch die Kufen und die Korridore zu berücksichtigen. Es wurde eine Kommission von drei Personen eingesetzt, die die Bilder auszuwählen soll. In der Sitzung wurde auch der Wunsch ausgesprochen, im Anschluß an diesen Versuch möglichst bald sämtlichen Schulen solchen Wandschmuck zu geben. Man solle, mit der achten Klasse beginnend, in jedem Jahre alle Klassenzimmer je einer Stufe mit Bildern ausstatten, so daß man bei einem jährlichen Kostenaufwande von etwa 10 000 Mark in acht Jahren fertig sein würde. Stadtschulrat Gerstenberg erklärte jedoch, hieran sei vorläufig nicht zu denken.

Taschendiebe in Warenhäusern. Mit dem Beginn des Weihnachtsverkehrs in den Warenhäusern ist auch die Saison der Taschen- und Ladendiebe angebrochen, und fast täglich laufen bei der Kriminalpolizei Meldungen ein von Personen, denen Portemonnaies aus den Taschen verhaftet worden sind. Die Polizei hat in Verächtlichung dieser Thatfache einen umfangreichen Ueberwachungsdienst eingerichtet und es ist ihr auch gelungen, innerhalb der letzten acht Tage sieben Taschendiebe festzunehmen, die sämtlich in der Leipzigerstraße arbeiteten. Unter den Verhafteten befand sich nur ein „Frischer“, während die übrigen schon mehrfach, teilweise mit Justizhaus, verurteilt worden sind. Das in den Warenhäusern herrschende Gedränge wird von den Dieben ebenfalls zur Ausführung von Diebstählen benutzt. Am gestrigen Tage allein wurden drei Ladendiebe abgefaßt, von denen zwei nach Feststellung ihrer Personalkarten wieder entlassen wurden, während der dritte, ein gewerbmäßiger Dieb, der Polizei übergeben worden ist. Die sogenannte Hauspolizei, die von den Warenhäusern-Inhabern organisiert worden ist, wird gegenwärtig von der Kriminalpolizei unterstützt, welche eine Anzahl Beamte täglich für den Innendienst in den Warenhäusern abkommandiert.

Unternehmer-Risiko. Fast eine halbe Million soll, dem „Konfessionär“ zufolge, der junge Inhaber eines Engros-Geschäftes in der Nähe des Dönhofsplatzes in einer einzigen Nacht in einem hiesigen vornehmen Spielklub verloren haben. Vater und Schwiegervater des Spielers haben gemeinsam dessen Spielschulden gedeckt. Im selben Klub hat, nach derselben Quelle, auch ein gegenwärtig in Transvaal weilender Minenbesitzer über 100 000 M. am Spieltisch eingebüßt.

Schade, daß der „Konfessionär“ nicht den Namen des spiel-freudigen Geschäftsinhabers nennt. Bei einem Mann, der so mit den Hunderttausenden herumwerfen kann, bedarf es gewiß nur eines Anstoßes von seiten seiner Arbeiter, um ihnen sagen wie eine zwanzig-prozentige Lohnerhöhung zu bewilligen.

Arbeiter-Risiko. Zwischen zwei Kisten zermalmt wurde gestern Abend gegen 6 Uhr der 26 Jahre alte Knutcher Albert Riefel-
to and, Libbenstr. 23 wohnhaft. Er war vor dem Hause Spöndersstr. 118 mit dem Aufladen mehrerer Kisten beschäftigt und hatte eine größere Kiste auf den Wagen hinaufgeladen. Er bemühte sich, die schwere Sendung etwas zur Seite zu schieben. Hierbei kam die Kiste ins Gleiten und so wurde ihm der Kopf zwischen der auf-geladenen Kiste und einem bereits auf dem Wagen stehenden Klotz festgeklemmt. Durch den ungeheuren Druck wurde dem Arme der Schädel zertrümmert, so daß die Gehirnmasse herausstrat. Als Riefel aus seiner furchtbaren Lage befreit wurde, hatte er bereits die Bewußtsein verloren. Er wurde zunächst nach der Infallstation in der Alexandrinenstraße und von hier aus auf Anordnung des anwesenden Arztes nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Der Zustand des Schwerverletzten ist hoffnungslos.

Theater. An dem Joh. Seb. Bach-Abend des Schiller-Theaters, der Sonntag, den 20. November, im Bürgeraal des Rathhauses stattfindet, werden dieselben Vortragskünstler wie am vorigen Sonntag, die Damen Auguste Höp-
fing und Paula Weinbaum, und die Herren Hjalmar Arberg und Bernhard Dessau mit. Den einleitenden Vortrag hält auch wieder Herr Faxner Aug. Wellmer. — Im Deutschen Theater geht am nächsten Sonn-
abend, den 28. November, „Chrano von Bergerac“ neu ein-studiert mit teilweise neuer Besetzung in Szene; die Titelrolle spielt wieder Otto Sommerstorff, die Krogane Teresina Gehner.

Die Löwenbändigerin Miß Heliot verläßt in den nächsten Tagen Berlin: am Dienstagabend ist ihre Abschiedsvorstellung. Am Sonnabendabend findet für Miß Heliot eine Benefiz-
vorstellung mit neuen Vorstellungen statt.

Ausstellung von Sing- und Niervögeln. Der „Berliner Kanarien-
Züchter- und Vogelschutz-Verein“, welcher alljährlich eine umfang-
reiche Ausstellung von Nier- und Singvögeln veranstaltet, hat für dieses Jahr gemeinsam mit dem „Noabiter Kanarien-Züchter- und
Vogelschutz-Verein“ eine interessante Ausstellung für die Zeit vom 5. bis 8. Dezember vorbereitet. Die Veranstaltung findet in den geräumigen Sälen Ringstraße 20, I statt und umfaßt Kanarien-
vögel, Selbstzucht- und Allgemeine Klasse, Eröten, Papageien usw. Ferner gelangen alle zur Zucht und Pflege erforderlichen Hilfsmittel, als Käfige, künstliche Nester, Futterarten sowie ausgestopfte Vögel und fachwissenschaftliche Druckwerke zur Ausstellung.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Wahlen der ersten Ab-
teilung haben gestern nachmittag mit folgendem Ergebnis geendet: Gewählt wurden: Im 1. Bezirk Theodor Marfus (lib.) 70 Stimmen, Dr. Kommissen (lib.) 67 Stimmen, Rudolf Kaping (lib.) 68 Stimmen. Im 2. Bezirk Dr. Feenkel (lib.) 60 Stimmen, Richard Leben (lib.) 61 Stimmen. Im 3. Bezirk Dr. Eriger (lib.) 56 Stimmen, Rentier Ludwig Ruz (lib.) 50 Stimmen. Im 4. Bezirk erhielten Professor Dr. v. Hitz und Gredy je 59 Stimmen. Die Wahl wurde aber für ungültig erklärt, da hier ein Hausbesitzer zu wählen ist.

Der Charlottenburger Stadtverordneten-Vorsitzer Ströbner macht wieder einmal von sich reden. Diesmal ist die neue Standaflaite von einem seiner bisherigen Anhänger, Herrn Ellenburg inszeniert, einem Manne ohne jede Bedeutung, dessen Wahlzeit abgelaufen ist und der sich dafür, daß er nicht wieder kandidieren darf, an Herrn Ströbner rächen will. Die kommunalen Verhältnisse Charlottenburgs sind durchaus unerfreulich. Die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung bildet die „Freie Vereinigung“, an deren Spitze Herr Ströbner steht. Ströbner ist zweifellos ein Mann von hervorragenden Gaben. Schade nur, daß sein Ehrgeiz noch größer ist als seine Begabung! Der „ungekrönte König von Charlottenburg“, wie er scherzweise genannt wird, hat es verstanden, die Mandate der ersten und zweiten Abteilung unter seine Getreuen zu verteilen. Dabei geht er mit großem Geschick vor. Seine Kandidatenliste ist in der That unparteiisch. Neben Erziehungsmännern finden sich auf ihr Anhänger der freisinnigen Volkspartei, neben wütenden Antisemiten Nationaljuden, neben hervorragenden Männern der Wissenschaft einfache Handwerker. Das einzige Erfordernis, das an die Kandidaten gestellt wird, ist, daß sie frei von jeder Ueberzeugung sind und ihrem Chef blindlings gehorchen. Manchmal allerdings kommt es vor, daß seine Leute ihm den Gehorsam verweigern. Die Strafe folgt dann auf dem Fuße, sie werden das nächste Mal nicht wieder aufgestellt. In der Wahl seiner Mittel ist Herr Ströbner nicht gerade wählerisch. Vor 5 Jahren kandidierte er gemeinsam mit Herrn Dr. Bernstein zum Landtag, genierte sich aber nicht, Gehlsen 500 M. zur Agitation gegen Bernstein zur Verfügung zu stellen. Angeblich hat er Herrn Gehlsen nicht gekannt! Im Frühjahr dieses Jahres richtete er, wie erinnerlich, die heftigsten Angriffe gegen die Armenverwaltung, und als sich die Haltungslosigkeit der Angriffe herausstellte, als es sich zeigte, daß seine Astenauszüge mit dem wirklichen Asteninhalt nicht übereinstimmen, da ließ er sich einfach ein Vertrauensvotum ausstellen, und seine Myrthenorden gehorchten ihm, nachdem sie ihn schon vorher wieder „honorig gegessen“ hatten. Zu diesem Festeffen zu Ehren des Herrn Ströbner hatte man die Dreifigkeit, sogar die sozialdemokratischen Stadtverordneten und den Magistrat einzuladen.

Durch die Enthaltungen des Herrn Ellenburg wird nun darge-
thon, daß Herr Ströbner auch einen schwunghaften Handel mit unbesoldeten Stadtratsstellen betreibt. Ein Stadtrat wurde nicht wiedergewählt, weil er sich weigerte, Anteilsscheine für die „Charlottenburger Tages-
zeitung“, das Organ des Herrn Ströbner, zu zeichnen, zwei andre tonden erst dann auf die Kandidatenliste gesetzt, als sie sich mit 3000 bzw. 1000 Mark an diesem Blatte beteiligten. Auf diese Weise hofft Herr Ströbner allmählich auch den Magistrat sich gefügig zu machen. Die Herrschaft Ströbners zu brechen, ist Ehrensache aller derer, denen das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt. In der dritten Wählerklasse muß er dem Ansturm der Social-
demokratie weichen, in den ersten beiden Klassen wird er seine Herr-
schaft ja wohl noch einige Zeit behaupten. Doch scheint es, als ob allmählich seine eignen Leute sich von ihm abwenden. Schon wird offiziös sein Rücktritt „aus Gesundheitsrücksichten“ angekündigt. Es wäre ein wahrer Segen, wenn der Führer der Unpolitischen endlich von seinem Posten zurücktreten würde. Denn seitdem er in der Stadtverordneten-Versammlung schaltet und waltet, sind Fortschritte auf sozialem Gebiete nicht mehr zu verzeichnen. Die Charlottenburger Kommunalverwaltung, die einst an der Spitze der kommunalen Socialpolitik marschierte, ist heute von andern Gemeinden längst überflügelt, der gute Ruf Char-
lottenburgs ist dahin. Mögen seine Anhänger noch so viel Lobes-
hymnen auf ihn singen, mögen sie ihn bei festlichen Gelagen noch

so sehr preisen, jeder unbefangene Beurteiler wird nur mit einem Gefühl des Bedauerns auf die Aera Ströbner zurückblicken.

In Teltow finden am Montag die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in der Stunde zwischen 5—6 Uhr nachmittags statt. Von sozialdemokratischer Seite ist Säncidermeister Gustav Franke als Kandidat aufgestellt worden. Zwei Parteigenossen sind jetzt bereits in der kommunalen Körperschaft. Sade der sozialdemokratischen Wähler am Orte ist es, in intensiver Agitation dafür zu sorgen, daß auch diesmal die Wahlen mit einem Siege der Socialdemokratie enden.

Stadtverordneten-Wahlen in der Provinz. Bei den Stadt-
verordneten-Wahlen der dritten Abteilung in Potsdam mit großer Majorität die von dem konservativen Neuen Wahlverein, den patriotischen Vereinen, dem Reformverein, dem Haus- und Grundbesitzerverein und den Bezirksvereinen gemeinsam auf-gestellten Kandidaten gegen die Kandidaten der Socialdemokratie, welche leider sogar einen Rückgang an Stimmen gegen die letzten Stadtverordneten-Wahlen zu verzeichnen hatten. Von dem liberalen Bürgerverein waren diesmal keine Kandidaten aufgestellt. In Rathenow siegten mit geringer Mehrheit die bürgerlichen Kandidaten über die Socialdemokraten.

Einen Vorstoß gegen die Reaktion unternahm unsere Spandauer Parteigenossen mit einem Antrage, den sie in der dortigen Stadt-
verordneten-Versammlung einbrachten und der die Vorbereitung einer Petition an den eben gewählten Landtag fordert, in welcher um eine zeitgemäße Reform der preussischen Städte-Ordnung durch Ab-schaffung des Dreiklassen-Wahlrechts, des Hausbesitzer-Privilegiums, des Bestätigungsrechts der Regierung bei Besetzung gewisser Posten in den Kommunen, Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und ge-
heimen Wahlrechts usw. ersucht werden soll. Es ist allerdings sehr zweifelhaft, ob dieser Antrag bei den überwiegend konservativen Stadtverordneten die nötige Gegenliebe finden wird, für alle Fälle aber veranlaßt dieser Antrag die bürgerlichen Stadtväter, daran zu denken, im liberalen Stadtverordnetenratte der Antrag den — liberalen Stadtverordneten gewiß „sehr willkommen“ sein, hat doch ihr Landtagskandidat, Herr Naumann, im Verlauf des letzten Wahlkampfes sehr energisch die Notwendigkeit einer gründlichen Reform der Städte-Ordnung im fortschrittlichen Sinne, betont. Die Zustimmung zu diesem Antrage wird aber auch den Spandauer Stadt-
verordneten deshalb besonders leicht gemacht, weil der neue konservative Landtags-Abgeordnete für Spandau-Dishabelland, Herr Lübecke, welcher auch Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung ist, dann sofort Gelegenheit bekäme, ein wirklich verdienstvolles Werk zu thun, indem er diese Petition so thätig als möglich vor dem Abgeordnetenhaus vertritt.

Gerichts-Zeitung.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II hatte sich gestern der Gerichtsollzieher Hannig wegen Unterschlagung amtlicher Gelder und Fälschung amtlicher Listen zu verantworten. Er war geständig, 3300 M. Gerichtskosten, die er von verschiedenen Kostenschuldnern im Wege der Zwangsvollstreckung einzuziehen hatte, an die Gerichts-kasse nicht abgeführt und in die amtlichen Listen falsche Eintragungen gemacht zu haben. Während die Anklage davon ausging, daß der Angeklagte ein stotteres Leben geführt und die fehlenden Beträge in seinem Ruhez verwendet habe, behauptete dieser, daß er im April vorigen Jahres 2300 M. in Reichsbanknoten auf unerklärliche Weise verloren habe. Um diesen Punkt drehte sich fast die ganze Beweis-aufnahme. Auf Antrag des Rechtsanwalts Leop. Meyer I als Ver-
teidiger des Angeklagten wurde ein Bruder des letzteren ver-nommen, der behauptete, daß in der That der Angeklagte eines Tages im April vorigen Jahres in großer Aufregung zu ihm ge-kommen sei und ihm unter Thränen mitgeteilt habe, daß er auf seinem Dienstwege 2300 M. in Papier verloren habe. Er wolle dies seiner vorgesetzten Dienstbehörde nicht anzeigen, weil er hierdurch den Verlust seiner Stellung befürchte. Der Zeuge hatte an der Richtigkeit dieser Mitteilung seines Bruders seinen Augenblick ge-zweifelt und ihm lediglich 700 M. zur teilweisen Deckung des Ver-lustes gegeben. Der Verteidiger hat die Geschworenen, den An-
geklagten durch Bewilligung mildernder Umstände vor dem Richt-
hause zu bewahren. Die Geschworenen erklärten das Vorliegen mildernder Umstände an, worauf der Staatsanwalt ein Jahr drei Monate Gefängnis beantragte. Der Verteidiger beantragte eine mildere Strafe unter Hinweis auf den unerschuldeten großen Ver-lust, zu dessen Deckung der Angeklagte, lediglich zur Erhaltung seiner Stellung, einen Kriß in die Amtskasse gethan habe. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis.

Eine verhängnisvolle Ohrfeige. Die neue Schwurgerichtsperiode beim Landgericht I, die gestern unter dem Vorsitz des Landgerichts-rats Penz ihren Anfang nahm, verhandelte eine Anklage wegen Mißhandlung mit tödlichem Ausgang gegen den Tischler Karl Patry. Am 11. August hatte der Angeklagte mit einem Werkstätt-follegen eine Piereise unternommen. Sein Begleiter war der Möbelpolierer Geisler. Beide gerieten in eine streitsüchtige Stimmung, als sie dem Alkohol gehörig zugesprochen. Geisler nannte den Angeklagten einen Esel, worüber dieser so erzürnt wurde, daß er dem Beseliger eine gewaltige Ohrfeige gab. Der Geschlagene, der ohnehin nicht mehr fest auf den Füßen stand, fiel um und schlug so heftig mit dem Kopf gegen den Zäpfstein, daß er einen Schädelbruch und einen Bluterguß ins Gehirn erlitt. Er ist am folgenden Tage verstorben. Der Staatsanwalt stellte den Geschworenen andem, dem Angeklagten mildernde Umstände zu-billigen. In diesem Sinne lautete auch der Spruch der Geschworenen, worauf der Gerichtshof den Angeklagten zu acht Monaten Ge-fängnis, wovon drei Monate durch die erlittene Untersuchungs-haft für verbüßt erachtet wurden.

Bestrafter Ordnungsheld. Am Tage der Reichstagswahl voll-führte der Bauernratsbesitzer Stolp in dem holländischen Dorfe Dalgow eine ordnungstretterische Heldenthat ersten Ranges, indem er einen sozialdemokratischen Stimmgittelverteiler ohne die mindeste Veranlassung in roher Weise mit einem Knüttel miß-handelte und ihm mehrere Kopfverletzungen zufügte. Das Spandauer Schöffengericht ahndete diese Heldenthat mit einer Geldstrafe von 30 M.; auf die von dem Vertreter des als Nebenkläger zu-gelassenen Verletzten, Rechtsanwalt Dr. Diekmann, eingelegte Be-rufung erhöhte die Berliner Strafkammer die Strafe nun auf 60 Mark.

Vermischtes.

Aus Halle a. S. wird uns berichtet: Sie rebellieren weiter, die Halle'schen Geschworenen, über deren Ausfretzen gegen einen Amts-
richter wir gestern berichtet hatten. Heute nahmen sie es nicht bloß mit dem Staatsanwalt, sondern auch mit dem Gerichtshof des Schwurgerichts auf. Als der Gastwirt Anton Niemeck, der in der Nacht zum 1. Oktober seine Sachen mit Petroleum getränkt und dann angezündet hatte, wegen Brandstiftung angeklagt war, be-antragte der geladene Sachverständige, Irrenarzt Prof. Ziemle, den Angeklagten auf Grund des § 81 der Straf-Prozess-Ordnung zur Vorbereitung eines Gutachtens sechs Wochen zur Beobachtung seines Geisteszustandes in einer Irrenanstalt unterzubringen. Der Staatsanwalt war der Ansicht, der Angeklagte sei ganz gesund und auch das Ge-
richt lehnte den Antrag ab, da es zu der Ueberzeugung gekommen war, daß der Angeklagte nicht nach § 81 des Strafgesetzbuchs in einem Zustande von Bewußtlosigkeit gehandelt habe. Der Staats-anwalt beantragte nun das Schuldig unter Verneinung mildernder Umstände. Der Verteidiger meinte, die Geschworenen könnten es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren, unter diesen Umständen ein Schuldig auszusprechen. Als man so bis 1/2 Uhr abends verhandelt hatte, zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Sie kamen aber bald wieder und ließen durch ihren Demann kurz und bündig

erklären: Wir lehnen die Beantwortung der Schuldfragen ab. Eine Arbeitsverweigerung, wie sie im Buche steht. — Nummehr mußte doch dem Antrage des Sachverständigen stattgegeben werden.

Amerikanische und deutsche Damen. Ein amerikanisches Kultur-bild giebt die „Kölnische Zeitung“ in folgender Mitteilung: Die Vermählung der Frau Goebel, der reichsten amerikanischen Erbin, wie sie oft genannt wurde, mit dem Herzog von Koburg, rief wieder einmal den New Yorker Frauenpöbel zusammen. Die Trauung fand in der vornehmen St. Thomaskirche an der 5. Avenue und der 52. Straße statt, in der feinsten Gegend, denn an der 52. Straße stehen die Wandelbalkone und gegenüber an der 51. die St. Patrickskathedrale, das stolze kirchliche Bauwerk der Vereinigten Staaten. Ein Aufgebot von 200 Schutzleuten suchte die 10 000 Menschen, meistens Frauen, die sich in den fünf Straßenvierteln zwischen der Goebelschen Residenz und der Kirche sammelten, in Lucht zu halten. Mehrere Male gelang es dem Weibermob, die Postenkette zu durchbrechen. Der Wagen der Neudermählten wurde angehalten, die Weiber stiegen aufs Trittbrett und ließen sich halb n a c h s i e n, nur um das herzogliche Paar von Angesicht zu schauen. Von der Kirchenthür führte ein Wandelgang aus Segelständer nach der Hofstraße; einer Anzahl von Frauen gelang es aber trotz des Polizei-Aufgebots, auf dem Boden kriechend unter die Leinwand zu gelangen und wenigstens den heisererhehten Anblick von unten zu erhalten; dabei wurde ein Frauenzimmer von einem derben Schuttmann am Fuß gepackt und wie ein wider-strebendes Ferkel von der Hand des Wehgers weggezerrt. Fünfzehn Frauen fanden ein Kellerloch unter der Kirche, zur Aufnahme der Kohlen, und schlüpfen hinein, wo sie zwar nicht sehen, aber doch hören konnten, was oben in der Kirche vorging. Nach der Trauung stürzte die Menschenmenge in die Kirche und plünderte den ganzen Blumenstrauß. Nun, es war eben der New Yorker Janhagel, denkt der Leser. Allerdings Janhagel und Pöbel, aber von der amerikanischen Art, nämlich nicht Leute aus den ärmsten Klassen, die sich vielleicht auch einmal in Paris solche Aus-schreitungen zu schulden kommen lassen, sondern Frauen aus den Mittelklassen, sagen wir sogar den besseren Mittel-klassen. Es wird in den Berichten betont, daß die Frauen durchgehends sehr gut, vielfach ausgesucht gut ge-kleidet gewesen seien, und dies stimmt durchaus mit den Beobachtungen, die jeder Unbefangene machen kann, wo der amerikanische Mob in Tätigkeit tritt. Die schmachtvollen Auftritte vor dem Kapitäl in Washington bei der Einsegnung der Leiche McKinleys fielen ganz und gar einem Pöbel der besseren Mittel-klasse zur Last. Bei den meisten Lynchereien sind die Führer sogenannte prominente Bürger.

Uns will scheinen, daß man nicht erst nach Amerika zu gehen braucht, um Beispiele für ein recht bedenkliches Benehmen von Damen der „besseren Klasse“ aufzuföhren. Auch bei dem jetzt beendigten Prozeß Stöckel konnte man erleben, daß elegante Damen aus dem Berliner Westen sich ihre kostbaren Pelze vom Leibe reißen, sowie ihre nicht minder wertvollen Hüte zerdrücken ließen, um nur ja die Sentation der Verhandlung zu genießen. Auch ist es fraglich, ob der Aufenthalt in der unweiten Stidluft des Stadtdors und Ver-handlungsjaales in Noabit, wo diese sonst so peniblen Damen wochenlang aushielten, dem Aufenthalt im Hofkeller der New Yorker Kirche vorzuziehen ist.

Schiffskatastrophen. Wht auf Föhr, 20. November. In den Nacht vom Dienstag zu Mittwoch strandete bei Amrum eine norwegische Bark. Die Boote dieser Bark wurden auf Amrum an-
getrieben, drei Leichen wurden bisher von den Wellen ans Land gespült. Vom Schicksal der übrigen Besatzung ist bisher nichts be-
kannt. Das Schiff ist vollständig aufgebrochen und verloren. — Brunsbüttelerhafen, 20. November. Der holländische Dampfer „Anglia“, von Hamburg nach Rotterdam bestimmt, ist unterwegs untergegangen. Bei Vorkum wurden Leichen und Teile der Ladung angetrieben, wodurch der Untergang des Schiffes be-sätigt wird.

Unwetter im Rheinland. Aus Düsseldorf, Essen, Siegen und andern Orten des Rheinlandes sind Mitteilungen über gestern vor-mittag dort niedergegangene Gewitter eingelaufen. In Dortmund herrschte starkes Sämegefüßer.

Der Rhein ist seit vorgestern in raschem Steigen begriffen. Der heutige Pegelstand beträgt in Köln 3,33 Meter gegen drei Meter am Mittwoch und 2,68 Meter am Dienstag.

Verammlungen.

Der Verband der städtischen Arbeiter hielt am 19. November seine ordentliche Mitglieder-Versammlung ab, welche sehr stark besucht war. Schuberl gab das einleitende Referat über die Ent-laffung der 83 städtischen Gasarbeiter wegen Beteiligung an den Landtagswahlen. Er ließ die Geschichtnisse der letzten Tage Revue passieren und wies nach, daß sowohl Verbandsvorstand wie Ortsleitung davon abgesehen hatten, die Arbeit nieder-zulegen. Zwar waren die Kollegen dieserhalb sehr erbittert, aber wer die Verhältnisse auch nur einigermaßen über-schaute, mußte sich sagen, daß wir dem Magistrat keinen größeren Gefallen hätten thun können, als einen allgemeinen Gasarbeiterstreik wegen der Entlassung zu proklamieren, wie ein großer Teil der Gasarbeiter das gewünscht hätte. Gewiß konnte der Dirigent der Anstalt in der Danzigerstraße mindestens einige zur Wahl gehen lassen, aber die Arbeiter hätten sich nicht provozieren lassen sollen, denn die Folgen eines Gasarbeiter-Ausstandes seien unübersehbar und hätten zum Schaden für die ganze Organisation führen müssen. Gewerkschaftskommission wie Partei hätten die Unterstützung ab-geliebt. Schuberl empfahl eine Resolution, welche die Unterstützung der Entlassenen bezog. In lebhafter Diskussion sprachen eine Anzahl Gasarbeiter ihre Injurirtheit über das Verhalten des Dirigenten der Anstalt IV aus; man mußte aber zugeben, daß die Ortsleitung voll ihre Pflicht erfüllt und nicht anders handeln konnte. Die Versammlung billigte das Vorgehen des Kollegen Schuberl und nahm einstimmig die Resolution an. Von dem Referat über die Stadtverordneten-Wahlen mußte der vorgerückten Zeit halber Abstand genommen werden. Dittmer wies in kurzen Worten auf die Bedeutung derselben für die städtischen Arbeiter hin. Es wurde ein Schreiben an den Magistrat beschlossen behufs Frei-gabe für die Wähler. — Eine Debatte über die Zulässigkeit von Extrasessoren und deren eventuelle Kontrolle durch den Präsidialvorstand erzielte bis nach Mitternacht die Gemüter. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende Fiedig die Versammlung.

Eingegangene Druckchriften.

Dr. Arthur Kann, Naarndorf, Preis 75 M. — Professor Dr. Hoffa, Ginnstadt und Kassel als Heilmittel, Preis 50 M. — Professor Adolph Seeligmüller, Kopsfänger, Preis 1 M. — Sammlung zu beziehen im Verlag D. Coblenz, Berlin W. 30, Dersinger-
straße 22.
G. A. Bued, Sociale Reform, 31 Seiten, 3. Outentag, Verlags-
buchhandlung, G. m. b. H., Berlin 1903, Löhovstr. 107.
Otto Alfred Bach, Eine rote Regierung, Ein Beitrag zu Lösung
sozialer Fragen der Gegenwart, Preis 1 M. — Prof. Dr. Georg
Häcker, Franz Wehling als Historiker, Preis: 30 M. Beide erschienen
im Verlag Witten u. Tischer, Kiel und Leipzig 1903.
Klarstellung Deiner Ziel, Ein Beitrag zur Frage der Operation
ohne Einwirkung des Patienten, Von Dr. med. F. Oberhart, 16 Seiten,
Druck A. Bauer, Jöh.
Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung des Central-
vereins der Bühnener Deutschlands zu Berlin 1903, 63 Seiten, Druck von
Karl Kohn, Deutschstr. 2.
Dr. Moris Mosberg, Erbliche Entartung bedingt durch sociale Ein-
flüsse, Preis 80 M., Stahl und Leipzig 1903, Th. G. Fischer u. Co.
Katalog der Bibliothek der Korporation der Kaufmannschaft von
Berlin, 700 Seiten, Preis 1, — M., Berlin 1903, In Kommission bei
Georg Reimer.
Die freie Kratzwahl und ihre Gegner, Von Dr. F. Schönheim,
Leipzig, Adermann u. Klöber.
Die Urriachen und die Vereitigung der Kurpfuscherei, Von
Dr. A. Gerwald, Berlin W. 30, Verlag von Oskar Coblenz, Preis 50 M.

Neue Staatslehre von Anton Menger. Das Werk, das wir bei seinem Erscheinen im "Vorwärts" ausführlich besprochen haben, ist in einer zweiten billigen Ausgabe im Verlage von Gustav Fischer, Jena, erschienen. — Preis 2 M., gebunden 2,60 M.

Briefkasten der Redaktion. Jeder Anfrage ist die Abonnements-Litteilung beigegeben und mitzuteilen, unter welcher Chiffre Antwort erwartet wird. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

Dr. 73. 1. Majorat bedeutet das Recht des Kellers in der Erbfolge. 2. Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr.

Juristischer Teil. Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr.

Verträge sind die 150 M. für die Dauer von nur sechs Wochen garantiert, nicht für die überstehende Zeit. Ein Abzug findet nicht statt.

Witterungsbericht vom 26. November 1903, morgen 8 Uhr. Stationen: Hamburg, Berlin, Dresden, Leipzig, etc. Wetter: Regen, Wind, etc.

Witterungsbericht vom 26. November 1903, morgen 8 Uhr. Stationen: Hamburg, Berlin, Dresden, Leipzig, etc. Wetter: Regen, Wind, etc.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Theater. Freitag, 27. November. Anfang 7 1/2 Uhr: Oberhand, Samson und Dalila. Schauspielhaus. Wie die Alten lungen.

Urania. Taubenstrasse 48/49. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens. Um 8 Uhr im Hörsaal: Dr. G. Nass: „Die Metalle der Erden.“

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Liebel. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater). Freitagabend 8 Uhr: Die Ehre.

Cirkus Busch. Freitag, den 27. November, abends 7 1/2 Uhr: Nur noch 5 Tage: Heliot, Löwenbraut. Paul Müldners Todessprung.

Sanssouci. Rottbuser Thor — Stat. der Hochbahn. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Theater. Freitag, 27. November. Anfang 7 1/2 Uhr: Oberhand, Samson und Dalila. Schauspielhaus. Wie die Alten lungen.

CASTANS PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Indianer-Riese Alanko Karoo. Boeren-Riese Andries Venter.

Cirkus Schumann. Heute Freitag, den 27. November 1903, abends 7 1/2 Uhr: Gr. ausserordentliche Gala-Vorstellung zum Besten der unterzeichneten Krieger-Zanitäts-Kolonie.

Berliner Prater-Theater. Freitag, den 27. November 1903: Bernhard Rose-Theater-Ensemble. Um Ehr' und Liebe.

Glas-Christbaumschmuck! Wer seinen Kindern zu Weihnachten eine Freude bereiten will, der laufe ein Nütchen des von unsren Genossen angefertigten gold- und silberglänzenden Christbaumschmucks.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. Zum erstmalig: So ist das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater. Zum 50. Male: Frühlingsluft. Operette in 3 Akten u. weiß. Rot. Strauß.

WINTERGARTEN. Nur noch wenige Tage: Saharel australische Tänzerin. Emil Sondermann Humorist vom Central-Theater, Berlin.

Agitationsmaterial! 215 billiges und wirksames Agitationsmaterial empfehlen wir: 100 Exemplare zu M. 7, 500 zu M. 25.

Luisen-Theater. Anfang 8 Uhr. Der Widerspenstigen Zähmung. Sonnabend: Die Jungfrau von Orleans.

Metropol-Theater. Durchlaucht Radieschen! Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.

Casino-Theater. Letzte Woche: Berliner Nachtasyl. Letzte Woche: Gastspiel Kapitan Martens zc.

Reichshallen Stettiner Sänger. Sonntag: 8 Uhr. Montag: 7 Uhr. Café Schurig. Oranienstr. 144, a. Moritzplatz.

Album- und Lederwaren-Fabrik Oskar Gundau. Oranienstrasse 30, Ecke Adalbertstr. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmuckgegenstände zu bill. Preisen.